

*Stiftung Demokratie Saarland*  
*Dialog 15*

## **Der 23. Oktober 1955** **50 Jahre danach**

Dokumentation einer Vortragsreihe

Mit Beiträgen von  
Wilfried Busemann, Dr. phil. Marcus Hahn, Joachim Heinz,  
Dr. Hans-Christian Herrmann, Prof. Dr. Adolf Kimmel

Redigierte Textfassungen

Saarbrücken 2007

## Inhalt

Vorwort <i>von Friedel Läßle</i>	5
Das Saarland - Zankapfel zwischen Frankreich und Deutschland <i>Adolf Kimmel</i>	7
Die Saar im Visier der SED <i>Hans-Christian Herrmann</i>	21
Die Eingliederung des Saarlandes in die Bundesrepublik Deutschland - eine Erfolgsgeschichte? <i>Marcus Hahn</i>	47
Die saarländischen Gewerkschaften und der 23.10.1955 <i>Wilfried Busemann</i>	63
Die Abstimmungen 1935 und 1955 an der Saar im Vergleich <i>Joachim Heinz</i>	85
Kurzbiografien	107

### **Impressum**

*Dialog ist eine Reihe der Stiftung Demokratie Saarland.*

*Die Reihe kann bezogen werden von der Stiftung Demokratie Saarland*

*Bismarckstraße 99, 66121 Saarbrücken, Telefon (0681) 90626-0, Telefax (0681) 90626-25*

*Redaktion und Satz: Karoline Bommersbach*

*Druck und Weiterverarbeitung: Unionprint Satz und Druck GmbH, Saarbrücken*

# Damit unsere Demokratie lebendig bleibt...



Bismarckstraße 99, 66121 Saarbrücken  
Telefon (0681) 90626-0, Telefax 90626-25

## Vorwort

von Friedel Läßle  
Vorsitzender der Stiftung Demokratie Saarland



2005 jährte sich am 23. Oktober zum 50. Mal das Saarreferendum von 1955 – ein ganz besonderes Datum für das Saarland von heute. Damals wurden die Weichen gestellt für die „Kleine Wiedervereinigung“ von 1957 und die weitere Entwicklung unseres Bundeslandes. Vor diesem Hintergrund hat die Stiftung Demokratie Saarland einige ausgewiesene Experten gebeten, im Rahmen einer Veranstaltungsreihe besonders interessante Aspekte der damaligen Ereignisse näher zu beleuchten und einem interessierten Publikum näher zu bringen. Die Vorträge sind in dieser Broschüre abgedruckt:

So hat Prof. Dr. Kimmel das Thema „Das Saarland – Zankapfel zwischen Frankreich und Deutschland“ unter die Lupe genommen. Das Saarland - häufig als Brücke zwischen Frankreich und Deutschland bezeichnet - war jedoch lange Zeit, nach dem Ersten und insbesondere nach dem Zweiten Weltkrieg ein Zankapfel zwischen diesen beiden Staaten. Fünfzig Jahre nach der Abstimmung, die auch heute noch Emotionen weckt, geht der Autor den zentralen Fragen nach: Welches waren die Ursachen dieses zeitweise erbittert geführten Streits? Welche Ziele verfolgte Frankreich nach 1945 mit seiner Politik an der Saar? Was bedeutete das Europäische Statut vom 23. Oktober 1954? Welche Motive lagen der Abstimmung über dieses Statut ein Jahr später zugrunde? Was hat schließlich Frankreich bewogen, die Rückkehr des so umstrittenen „Saargebiets“ an die Bundesrepublik Deutschland, die ja ein völliges Scheitern seiner an der Saar verfolgten Ziele bedeutete, dann doch zu akzeptieren?

Dr. Hans-Christian Herrmann beleuchtete anhand erstmals ausgewerteter Akten das Thema „Die Saar im Visier der SED-Genossen“. Der Autor skizziert das Interesse der DDR, die Beziehungen zwischen Bonn und Paris zu belasten und vor allem die militärische Integration der Bundesrepublik zu verhindern. Der Vortrag beschreibt ausführlich die Arbeit und Struktur der KP Saar sowie die Versuche der SED, Einfluss auf die saarländischen Kommunisten zu nehmen. Dr. Markus Hahn analysierte „Die Eingliederung des Saarlandes in die Bundesrepublik Deutschland“. Der Autor zeigt, dass die saarländische Politik trotz

aller für die Öffentlichkeit scharf formulierten Standpunkte weitgehend unvorbereitet in die Zeit nach dem Referendum gegangen ist. In seinem Beitrag werden die meist negativen Bewertungen beim Währungswechsel anhand aktueller Forschungsergebnisse zum regionalpolitischen Krisenmanagement der Jahre 1956-59 sowie der 1960er Jahre auf den Prüfstand gestellt.

Wilfried Busemann beschäftigte sich mit der Geschichte der saarländischen Gewerkschaftsbewegungen 1946-1966. Nach Meinung des Autors scheiterte der Saarstaat am 23. Oktober 1955, weil die Integration der Gewerkschaften in den autoritären Wohlfahrtsstaat à la Hoffmann/Kirn mißlang. Ausschlaggebend war die Verweigerung elementarer gewerkschaftlicher Grundrechte wie Tarifautonomie oder Streikrecht. Dagegen begründen Montan-Mitbestimmung, akzeptables Betriebsverfassungsrecht usw. die Erfolge des DGB-Saar und seine Integration in das sozialstaatliche System der Bundesrepublik.

Abschließend setzte sich Joachim Heinz in seinem Vortrag mit dem Thema „Die Abstimmungen 1935 und 1955 an der Saar im Vergleich“ auseinander, denn beide Abstimmungskämpfe weisen in vieler Hinsicht Parallelen auf. Personelle, propagandistische und politisch-argumentative Parallelen lassen sich aufzeigen. Und in beiden Abstimmungskämpfen haben die Auseinandersetzungen zu Zerwürfnissen bis in die persönlich-familiäre Ebene geführt, die nicht selten über Jahrzehnte anhielten. Grund genug diesen Spuren nachzugehen.

Ich danke den Autoren dieses Bandes, dass sie mit ihren aspektreichen Beiträgen nicht nur interessante Einblicke in die vielschichtigen Ereignisse gegeben, sondern darüber hinaus auch ein zentrales Kapitel der saarländischen Geschichte beleuchtet haben, denn der 23. Oktober 1955 wird im kollektiven Gedächtnis unseres Landes vermutlich als das wichtigste Ereignisse saarländischer Geschichte haften bleiben.

## Das Saarland – Zankapfel zwischen Frankreich und Deutschland

*Adolf Kimmel*

### **Ziele und Motive der französischen Saarpolitik**

Das Saarland bildete zwischen 1945 und 1955 einen Zankapfel (*pomme de discorde*) zwischen Frankreich und der Bundesrepublik Deutschland, stellte das am schwierigsten zu überwindende Hindernis für die 1950 beginnende Aussöhnung der beiden „Erbfeinde“ dar. Zum Zankapfel wurde es, weil Frankreich versuchte, es von Deutschland loszulösen und die Bundesrepublik nicht akzeptieren konnte, auf dieses unzweifelhaft deutsche Gebiet einfach zu verzichten – auf gar keinen Fall vor Abschluss eines Friedensvertrages.

Das neuerliche Bestreben der französischen Politik gegenüber dem Saarland kann man in eine Reihe länger zurückreichender ähnlicher Versuche einordnen:

- Bereits unter Ludwig XIV. wurde während des Pfälzischen Krieges das Gebiet des späteren Saarlandes von französischen Truppen über längere Zeit, zwischen 1680 und 1697, besetzt.
- Zwischen 1801 und 1815 kam es, nach den Revolutionskriegen, mit den anderen linksrheinischen Gebieten wieder unter französische Besatzung und französischen Einfluss. Im ersten Pariser Frieden (30.5.1814), nach den Niederlagen Napoleons, verblieb es – neben einem Teil der Pfalz – als einziges dieser Gebiete bei Frankreich. Erst im zweiten Pariser Frieden, nach Waterloo, musste Frankreich darauf verzichten.
- Als eigene politische Einheit wurde das Saarland erst nach dem Ersten Weltkrieg geschaffen – auf Betreiben Frankreichs, das dieses Gebiet anektieren wollte. (In Klammern sei angemerkt, dass das Saargebiet keine historisch gewachsene Einheit bildete; es waren vor allem wirtschaftliche Aspekte, die seine Grenzen bestimmten.) Frankreich scheiterte mit seinem Annexionsvorhaben am Widerstand der anderen Siegermächte USA und Großbritannien, die lediglich eine Unterstellung unter den neu gegründeten Völkerbund akzeptierten. In 15 Jahren sollte eine Volksabstimmung über das weitere Schicksal des Saargebietes stattfinden. Bekanntlich entschied-

den sich die Saarländer mit massiver Mehrheit (90,6%) am 13. Januar 1935 für die Rückkehr zu Deutschland, auch wenn es Hitler-Deutschland war.

Welches waren die Ursachen dieses wiederholten Griffs Frankreichs nach dem Saarland, welches waren also die Motive der französischen Saarpolitik? Wenn man davon absieht, dass im Zeitalter der dynastischen Kriege, vor der Französischen Revolution, die Annexion von Gebieten des Besiegten durch den Sieger als „normal“ galten, waren es vor allem zwei Motive, die auch nach 1945 wieder der französischen Politik zugrunde lagen: sicherheitspolitische und wirtschaftliche.

### ***Sicherheitspolitische Motive***

Die Forderung nach der Rheingrenze, also die Annexion aller zu Deutschland gehörenden linksrheinischen Gebiete, wurde zwar von französischen Politikern oder Militärs immer mal wieder erhoben (z.B. von Marschall Foch 1918), aber sie war kein durchgängiges, allgemeines Ziel der französischen Politik. Hingegen gehörte die Schaffung eines Glacis an der offenen östlichen Grenze des Hexagons zu den Konstanten französischer Außen- und insbesondere Deutschlandpolitik. Was heißt das? Die linksrheinischen Gebiete sollten von Deutschland getrennt werden, um sie der gefürchteten deutschen Armee als Aufmarschgebiet zu nehmen und dadurch eine Invasion Frankreichs zu erschweren. Es ist verständlich, dass dieses Motiv nach den Kriegen von 1870/71 und 1914/18, die sich ja ganz überwiegend auf französischem Territorium abgespielt hatten, besonders stark war. Daher die Besetzung des Rheinlands durch französische Truppen nach 1918 und seine Entmilitarisierung nach dem Abzug der Truppen (1930). Dass unter den französischen Politikern und Militärs gleichwohl erhebliche Zweifel daran bestanden, dass dadurch schon die Sicherheit gegenüber dem allzu mächtigen und – aus französischer Sicht – zur Aggression neigenden deutschen Nachbarn gewährleistet wäre, zeigt der seit Ende der 20er Jahre betriebene Bau der Maginotlinie.

### ***Wirtschaftliche Motive***

Sie spielten bei der Behandlung des Saargebietes nach dem Ersten und – wie gleich noch zu zeigen sein wird – nach dem Zweiten Weltkrieg eine entscheidende Rolle. Schon Napoleon III. hatte für sein Stillhalten im preußisch-österreichischen Krieg von 1866 als Kompensation das Saargebiet gefordert – allerdings vergeblich –, und zwar wegen der Kohlebergwerke. Auch nach 1918 dachte Frankreich beim Blick auf die Saar vor allem an die Kohle, dem damals weitaus wichtigsten Energieträger. Während das Saarland allein nicht aus-

reichte, Frankreichs Sicherheitsbedürfnis zu befriedigen – dazu bedurfte es des gesamten linksrheinischen Gebiets –, war seine Kohleförderung und auch Stahlproduktion für den Wiederaufbau Frankreichs, vor allem wegen des weithin zerstörten nordfranzösischen Industriereviere, von erheblicher Bedeutung. Außerdem wollte es sich dadurch vorab zumindest einen Teil seines Anspruchs auf Reparationen sichern.

Ein Motiv spielte bei der französischen Saarpolitik keine Rolle, weder im 19. Jahrhundert noch nach den beiden Weltkriegen: das ethnische. Anders als in Deutschland, wo die Elsässer lange Zeit als Deutsche galten, hielt man in Frankreich die Bevölkerung des Saarlandes nie für französisch. Die Abstimmung von 1935 hatte hie und da eventuell bestehende Illusionen gründlich zerstört. Gewiss versuchte Frankreich – vor allem nach 1945 – die Zustimmung der Saarländer zur französischen Politik zu gewinnen, denn für die französische Herrschaft an der Saar war das natürlich besser als sie gegen Widerstand durchzusetzen. Wenn sich freilich die Saarländer in einer freien Abstimmung für einen Anschluss an Frankreich entschieden hätten, dann wären sie – trotz ihrer deutschen Sprache, Geschichte und Kultur – im politischen französischen Nationsverständnis Franzosen geworden.

## **Die französische Saarpolitik nach dem Zweiten Weltkrieg**

Vorauszuschicken ist, dass die Position Frankreichs 1945 deutlich schwächer war als 1918. Im Ersten Weltkrieg hatte es die Hauptlast des Kampfes gegen das Deutsche Reich getragen, war ein „echter Sieger“ und sein Wort hatte in den Verhandlungen ein entsprechendes Gewicht (auch wenn es keineswegs seine Maximalforderungen durchsetzen konnte). 1945 konnte man es als einen „unechten Sieger“ bezeichnen, denn die katastrophale Niederlage von 1940, die Frankreichs Schwäche krass zutage treten ließ, wurde durch den insgesamt doch sehr bescheidenen militärischen Anteil am späteren Sieg der Alliierten nicht wieder wettgemacht. Frankreich war an den Kriegskonferenzen (Teheran, Jalta), auf denen schon wichtige Entscheidungen bezüglich Deutschlands getroffen wurden, so wenig Teilnehmer wie an der Potsdamer Konferenz. Eine Besatzungszone erhielt es vor allem dank der Fürsprache Churchills (auch dank der Hartnäckigkeit de Gaulles). Ein zweiter Punkt, auf den noch zurückzukommen ist, ist wichtig: Der bald, im Frühjahr 1947, erkennbar einsetzende Ost-West-Konflikt zwischen den USA und der Sowjetunion bestimmte die französische Deutschland- und schließlich auch Saarpolitik.

Frankreich knüpfte an der Saar grundsätzlich an seine Politik von 1918/19 an, wenn auch mit einigen Unterschieden.

Es gab wieder Annexionsabsichten – eine Zeitlang wohl auch bei de Gaulle –, aber angesichts der schwachen Position Frankreichs, der fehlenden Unterstützung der Alliierten und wohl auch der Einsicht, dass eine Annexion kaum Erfolg versprechend war, dass die Ziele der französischen Politik auf andere Weise eher erreicht werden konnten, wurden die Annexionsabsichten bald aufgegeben.

Welches waren nun die Ziele der französischen Saarpolitik nach 1945? Es bildete sich ein relativ breiter Konsens über folgende Elemente:

- Abtrennung des Saarlandes vom übrigen Deutschland;
- Gewährung eines freilich recht begrenzten Autonomiestatus;
- Beherrschender französischer Einfluss in Politik und Kultur;
- Wirtschaftlicher Anschluss an Frankreich.

Insgesamt lief diese Politik auf eine Art französischem Protektorat, ein halbkoloniales Regime hinaus. Selbst Adenauer äußerte nach den in der Bundesrepublik entrüsted abgelehnten französisch-saarländischen Konventionen scharfe Kritik an der französischen Politik: „Der Name ‚Protektorat‘ wäre vielleicht noch zu gut. Man könnte eher von einer ‚Kolonie‘ sprechen – doch das werde ich nicht tun.“ (zit. H.-P. Schwarz, Die Ära Adenauer 1949-1957, S.93)

### **Abtrennung vom übrigen Deutschland**

Sein übergreifendes Ziel, nämlich die Loslösung der gesamten linksrheinischen Gebiete, konnte Frankreich nicht erreichen; die Loslösung des Saarlandes ist eine Art „Überbleibsel“ (Duroselle: „résidu“) dieser ambitiösen Politik, eine Art „Trostpreis“ (H.-P. Schwarz), den man ihm ließ (die Alliierten nahmen Frankreichs einseitiges Vorgehen hin). Die wichtigsten Schritte dieses Vorgehens:

- Dezember 1946: Errichtung einer Zollgrenze zwischen dem Saarland und der übrigen französischen Besatzungszone;
- Juni 1947: Einführung der französischen Währung;
- August 1948: Einführung einer eigenen saarländischen Staatsangehörigkeit.

Damit war die Saar aus der französischen Besatzungszone herausgelöst zu einem Zeitpunkt, als in den Londoner Empfehlungen (Juni 1948) von den Westalliierten die Bildung eines deutschen Teilstaates, der späteren Bundesrepublik, aus den drei westlichen Besatzungszonen beschlossen wurde.

### **Begrenzter Autonomiestatus**

Die Saar wurde also nicht annektiert, wurde kein französisches Département, sondern erhielt eine eigene Verfassung (in Kraft am 17.12.1947), ein eigenes Parlament (erste Landtagswahl am 5.10.1947), eine eigene Regierung. Autonomie also, aber wie eingeschränkt!

In der Präambel der Verfassung hieß es:

*Das Volk an der Saar...gründet seine Zukunft auf den wirtschaftlichen Anschluß des Saarlandes an die französische Republik und an die Währungs- und Zoll-einheit mit ihr, die einschließen: die politische Unabhängigkeit des Saarlandes vom Deutschen Reich, die Landesverteidigung und die Vertretung der saarländischen Interessen im Ausland durch die französische Republik.*

Und nach Art.10 konnte sich auf das Recht der freien Meinungsäußerung nicht berufen,

*...wer die verfassungsmäßige demokratische Grundlage angreift und gefährdet. Änderungen der Verfassung, sofern sie deren Grundgedanken widersprechen, sind unzulässig.*

Die Präambel war dabei selbstverständlich auch angesprochen; eine freie Meinungsäußerung, die diese Einschränkungen nicht beachtete, drohte Inhaftierung oder Ausweisung nach sich zu ziehen. Der Passus über Verfassungsänderungen macht zudem klar, dass der Zustand sehr begrenzter Autonomie nicht als Provisorium gedacht war, sondern dauerhaft sein sollte. Besonders krass kam die Einschränkung der Autonomie darin zum Ausdruck, dass nur Parteien zugelassen wurden, wenn sie auf dem Boden der Verfassung standen, insbesondere deren Präambel anerkannten. Konsequenterweise waren prodeutsche Parteien, die die Rückkehr zu Deutschland propagierten, verboten. Last but not least gab es einen Repräsentanten der französischen Regierung um darauf zu achten, dass alles so lief, wie Frankreich es wünschte: das war bekanntlich Gilbert Grandval – zunächst Gouverneur, später Hochkommissar und Botschafter –, der starke Mann im Saarland, in der Formulierung Eschenburgs (S.100) „ein brutaler, verschlagener, aber einfallsreicher Mann“.

### **Französischer Einfluss**

Er wurde namentlich gewährleistet durch das Verbot prodeutscher Parteien und Zeitungen und durch die von Grandval und seinen Leuten ausgeübte Kontrolle. Der kulturelle Einfluss kam im Kulturabkommen von 1948, das auch die Gründung der Saaruniversität beinhaltete, zum Ausdruck. Der kulturelle Einfluss reichte jedoch keineswegs so tief und erwies sich als nicht so nachhaltig, wie von französischer Seite gewünscht.



**Wirtschaftlicher Anschluss**

Schon im Januar 1946 kommen die Saargruben unter französische Verwaltung; später werden sie von der *Régie des Mines de la Sarre* betrieben. Die Zoll- und Währungsunion habe ich schon erwähnt. Ferner wurde eine Reihe von Regelungen getroffen, um die Wirtschaftsunion mit Frankreich möglichst eng zu gestalten. Die wirtschaftlichen Motive waren 1945 entschieden wichtiger als die Sicherheitsmotive. Letztere hatten durch die Entwicklung der Waffen- und Kriegstechnik (schnelle Panzerverbände, Luftwaffe und Bombenkrieg) viel von ihrer früheren Bedeutung verloren. Kohle und Stahl hielt man dagegen für den französischen Wiederaufbau 1945 mindestens so wichtig wie 1918. Für Frankreich war die Saar 1945 gleichbedeutend mit Kohle. 1946 förderten die Saargruben etwa 1/3 der französischen Steinkohleproduktion; 1949 war es immer noch ¼, 14 Mio. t (Schwarz, S.89). Noch ein anderer Gesichtspunkt war hierbei wichtig: Kämen Kohle und Stahl von der Saar Frankreich zugute, so läge es bei diesen damals entscheidenden Branchen in etwa gleichauf mit der Bundesrepublik, ohne die Saar aber deutlich im Hintertreffen. Da Kohle und Stahl aber auch die Basis des militärischen Potentials bildeten, ist das wirtschaftliche Motiv doch eng mit dem Sicherheitsmotiv verknüpft.

**Positionen und Ziele deutscher Saarpolitik**

In der deutschen Öffentlichkeit und der Politik der Bundesrepublik gab es Konsens über wesentliche Punkte; über andere allerdings nicht.

Einhellig wurde die Meinung vertreten, dass die Saar „geschichtlich und ethnisch deutsches Land“ ist (so Theodor Heuss), dass folglich eine Abtrennung nicht akzeptabel war. Die darauf zielenden französischen Maßnahmen erschienen als willkürlich und wurden abgelehnt. Eine Zustimmung dazu musste vor allem deshalb abgelehnt werden, weil jede Regelung vor einem Friedensvertrag die deutsche Position bezüglich der Oder-Neiße-Grenze unterminieren musste. Folglich war die deutsche Minimalposition, die Saarfrage bis zum Abschluss eines Friedensvertrages zumindest offen zu halten, nicht verhandelbar. Adenauer hatte daneben politische Ziele, für die er keine einhellige Unterstützung fand: Die deutsch-französische Verständigung und die mit dem Schumanplan (Initiative 1950) beginnende europäische Integration besaßen für ihn einen sehr hohen Stellenwert und er wollte vermeiden, dass diese außenpolitische Orientierung durch das ihm letztlich doch nachrangig erscheinende Saarproblem nachhaltig gestört würde. Also ging er dieses Problem sehr behutsam an, vermied i.d.R. die lauten Töne, suchte (vorläufige) Kompro-

misse, machte Konzessionen (etwa beim Beitritt des Saarlandes zum Europarat) und sprach sich schließlich auch für das Saarstatut aus.

Vergleicht man die Ziele der deutschen und der französischen Politik, so erscheinen sie kaum miteinander vereinbar. Das kleine Saarland wurde zum „großen Zankapfel“ („*la grande pomme de discorde*“) zwischen den beiden Nachbarn am Rhein, wurde mehr und mehr zu einer Hypothek der sich anbahnenden deutsch-französischen Aussöhnung und Verständigung.

**Das Saarland und die Saarländer**

Bevor ich die überraschende Lösung des Konflikts in den Grundzügen nachzeichne, sei noch ein rascher Blick auf das Saarland selbst, auf die Haltung der Saarländer geworfen.

Die „Franzosenherrschaft“ scheint eine Zeitlang von einer Mehrheit der Bevölkerung durchaus akzeptiert worden zu sein. Bei der ersten Landtagswahl am 5. Oktober 1947 erhielten die drei im Prinzip profranzösischen Parteien CVP (51,2%), SPS (32,8%) und DPS/FDP (7,6%) zusammen 91,6% der Stimmen, bei einer Wahlbeteiligung von 96%. Auch wenn man berücksichtigt, dass ein gewisser Druck ausgeübt wurde, wird man dieses Ergebnis insgesamt als eine Zustimmung zur französischen Politik interpretieren müssen. Es gab ja in der Tat Aspekte, die bei den Saarländern eine gewisse Zufriedenheit hervorrufen konnten, vor allem wenn sie ihre Situation mit der der Bevölkerung in den übrigen Besatzungszonen, namentlich der französischen, verglichen. (Die sowjetische Zone bleibt natürlich außer Betracht.) Dem Saarland blieben Demonstagen erspart, der Lebensstandard stieg rascher als in den Besatzungszonen (was den Saarländern die wenig schmeichelhafte Bezeichnung „Speckfranzosen“ einbrachte) und sie brauchten keine Flüchtlinge aufzunehmen. (Erinnert man sich daran, dass diese von den „Einheimischen“ ja keineswegs mit offenen Armen empfangen wurden, so wird man auch diesem Aspekt seine Bedeutung beimessen müssen.) Im Übrigen gab es ja damals - 1947 - auch noch keinen deutschen Staat, auf den hin sich die Saarländer hätten orientieren können.

Die Landtagswahl vom 30. November 1952 zeigt immer noch eine starke Unterstützung der Regierung Johannes Hoffmann. Sicher fällt ein Schatten auf diese Wahl, da die prodeutschen Parteien auch diesmal nicht zugelassen wurden, aber die von ihnen empfohlenen ungültige Stimmabgabe erbrachte lediglich 24,5% (zusätzlich 6,9% Enthaltungen). Für diese also noch 1952 beachtlich

breite Basis, auf die sich „Joho“ und die französische Politik stützen konnten, muss noch auf einen weiteren Faktor hingewiesen werden, der besonders strittig ist und der m. W. hier im Saarland lange Zeit die Quelle bitteren Streits und Ressentiments war. (Ich habe sogar an der Universität noch etwas davon gespürt, als ich 1970 hierher kam.) Ich meine die Rolle der Remigranten, die 1935 als Gegner der Rückkehr ins Reich – es war Hitler-Deutschland – emigriert waren und nun aus dem Exil oder auch aus Gefängnissen und KZs ins Saarland zurückkehrten. Sie – Christdemokraten um Joho und Sozialdemokraten – bestimmten lange Zeit die Politik, stärker als anderswo in Deutschland (außer der SBZ/DDR). In der französischen Emigration hatten sie das *Mouvement pour la Libération de la Sarre* gegründet (im Februar 1946 wurde es in *Mouvement pour le Rattachement de la Sarre* umbenannt), das nicht nur die Loslösung von Preußen und Deutschland anstrebte, sondern sogar die sukzessive Eingliederung in den französischen Staat. Sie trugen und unterstützten die französische Politik, waren grundsätzlich frankophil eingestellt und sie wurden von der französischen Militärverwaltung entsprechend gefördert. Die meisten von ihnen hatten in Frankreich Zuflucht gefunden und der Nachbar erschien ihnen nicht als Erbfeind, sondern als freiheitlicher Zufluchtsort. Skeptisch hinsichtlich der Restauration eines deutschen Nationalstaats und sehr offen für den Europagedanken, bezogen sie die moralische Legitimation für ihre Politik aus ihrem Kampf gegen Hitler 1934/5, ihrem Antifaschismus. Infolgedessen gab es an der Saar einen deutlicheren Wechsel der politischen Elite als in der Adenauerschen Bundesrepublik, wo antifaschistisches Engagement und Exilschicksal keinesfalls ein wichtiges Qualifikationsmerkmal für eine politische Karriere bildeten. Freilich haben viele dieser Remigranten, denen man ohnehin mit den üblichen Vorurteilen begegnete (sie galten häufig als Feiglinge, Drückeberger, Deserteure, vaterlandslose Gesellen), durch ihr Verhalten erheblich dazu beigetragen, dass sich immer stärkerer Widerstand gegen ihre Politik herausbildete. Sie machten aus ihrer Enttäuschung über die demokratische (Un)Reife des „deutschen Michel“ keinen Hehl und meinten, dem Gelingen der zweiten deutschen Demokratie mit autoritären Maßnahmen nachhelfen zu müssen (Gerhard Paul: „autoritäre Erziehungsdiktatur“). Vor allem erschienen sie als Vertreter einer Fremdherrschaft, die wegen gewisser Vorteile eine Zeitlang hingenommen, aber im Laufe der Jahre immer deutlicher abgelehnt wurde. 1955, während der Referendumskampagne über das Saarstatut, traten diese Konfliktlinien besonders deutlich zutage.

Aber wie kam es zum Saarstatut, das die überraschende Konfliktlösung brachte und den Zankapfel, um den man sich jahrelang so erbittert stritt, fast wie von Zauberhand zum Verschwinden brachte?

## Der Weg zum Saarstatut

Die Saarkonventionen vom März 1950 erweiterten zwar die Handlungsmöglichkeiten der Saarregierung, brachten aber keine wirkliche Autonomie und enttäuschten die Erwartungen vieler Saarländer. Die Bundesregierung protestierte gegen das einseitige französische Vorgehen – das vorhin zitierte Adenauer-Wort von der ‚Kolonie‘ fiel ja in diesem Zusammenhang – und die Aufnahme des Saarlandes als assoziiertes Mitglied in den Europarat (im Juni 1950) belastete die deutsch-französischen Beziehungen, die sich mit der Verkündung des Schumanplanes (am 9. Mai) gerade zu verbessern begannen. Frankreich schien der Loslösung der Saar von der Bundesrepublik und dem definitiven Status einer von ihm kontrollierten Autonomie sozusagen über die Hintertür näher gekommen zu sein. Das kritische bis empörte Echo in der Bundesrepublik – von Kurt Schumacher über die FDP bis Jakob Kaiser, dem innerparteilichen Gegenspieler Adenauers – nährte den französischen Verdacht über eine Renaissance des deutschen Nationalismus.

In dieser ziemlich verfahrenen Situation setzte sich in den französischen Regierungskreisen allmählich die Auffassung durch, die französischen Interessen, es waren primär wirtschaftliche, könnten am ehesten durch eine Verknüpfung mit der angelaufenen europäischen Integrationspolitik gewahrt werden. Eine Lösung der Saarfrage – natürlich soweit wie möglich im französischen Sinn – wurde zur Vorbedingung für die Ratifizierung des EVG- und des Deutschlandvertrages gemacht. Adenauer ging auf dieses Junktim ein und bot selbst im März 1952 eine „Europäisierung“ der Saar an. (Saarbrücken sollte Sitz der Schumanplan-Behörden werden und es sollte eine autonome Verwaltung unter der Aufsicht des Europarates eingerichtet werden.) Dafür sollten an der Saar die volle politische Freiheit hergestellt und die einseitige wirtschaftliche Abhängigkeit von Frankreich gelockert werden. Vor allem wollte die Bundesregierung mit Blick auf die Oder-Neiße-Grenze das europäische Statut für die Saar unter den Friedensvertrags-Vorbehalt stellen.

Die Positionen lagen erkennbar sehr weit auseinander. Kein Wunder, dass die Verhandlungen scheiterten. Auch ein neuer Versuch, vom Europarat ausgehend und mit dem Naters-Plan als Grundlage, führte zu keinem Ergebnis (Mai 1954). Schließlich einigten sich die beiden Regierungen, die deutsche und die französische, mit Zustimmung der Saarregierung am 23. Oktober 1954 auf ein Statut. Für den Durchbruch entscheidend war, dass Frankreich der Zulassung auch der Parteien nun zustimmte, die für den Wiederanschluss an Deutschland



eintraten (die Zulassung erfolgte dann am 23. Juni 1955) und es auch den Friedensvertrags-Vorbehalt akzeptierte. Es war sogar damit einverstanden, dass die Bestimmungen über die Saar in einem eventuellen, jedenfalls in weiter Ferne liegenden Friedensvertrag von der Bevölkerung in einer freien Abstimmung angenommen werden mussten. Freilich: Frankreich wäre ja bei den Friedensverhandlungen dabei und konnte seine Zustimmung zum Friedensvertrag von einer Saarlösung in seinem Sinn abhängig machen. Verglichen damit erschienen die Konzessionen, die die Bundesregierung machte, substanzieller, denn die enge wirtschaftliche Bindung des Saarlandes an Frankreich blieb letztlich erhalten und – das war am wichtigsten – das Saarland blieb von der Bundesrepublik getrennt. Dank der fortbestehenden wirtschaftlichen Abhängigkeit von Frankreich würde das, so hoffte man, eine profranzösische Autonomie werden bzw. bleiben. Um diese Autonomielösung trotz des Friedensvertrags-Vorbehalts möglichst endgültig erscheinen zu lassen, verlangte Pierre Mendès France, der französische Ministerpräsident, eine Volksabstimmung über das Statut. Adenauer, der befürchtete, dass in einer Referendumskampagne allzu nationalistische Töne angeschlagen würden, wollte lieber eine Landtagswahl nach Annahme des Statuts durch die saarländische Regierung und den Landtag und nach der Ratifizierung durch die französische Nationalversammlung und den Bundestag. Aber er gab schließlich nach. Die Regierung Mendès France stützte sich auf Informationen, wonach eine klare Mehrheit für das Statut zu erwarten war. Auch das Ergebnis der noch nicht so weit zurückliegenden Landtagswahl vom November 1952 war geeignet, in Paris Optimismus aufkommen zu lassen. Selbst unter saarländischen Politikern war noch im Herbst 1954 die Erwartung vorherrschend, das Statut werde angenommen.

So herrschte allgemein der Eindruck vor, Frankreich habe sich in den wichtigen Fragen durchgesetzt. Dieser Eindruck war nicht unbegründet, denn das europäische Statut verschleierte im Grunde nur, dass der Status quo im Wesentlichen fortbestehen würde. Die Europaidee hat unter ihrer Instrumentalisierung für nationale französische Interessen sicherlich gelitten. In der Bundesrepublik gab es denn auch einen Sturm der Entrüstung, vor allem über den Satz:

*Nachdem dieses Statut im Wege der Volksabstimmung gebilligt ist, kann es bis zum Abschluß des Friedensvertrages nicht mehr in Frage gestellt werden.*

Die Zulassung der prodeutschen Parteien wurde dadurch entwertet, sie würde, so fürchtete man in der Bundesrepublik, folgenlos bleiben, wenn das Statut akzeptiert würde. Adenauer stand mit der Verteidigung des Statuts in der Bundesrepublik zunächst ziemlich allein. Die Motive seiner Haltung sind offenkundig – ich habe schon darauf hingewiesen: Für ihn waren die deutsch-französi-

schen Beziehungen entscheidend und um sie nicht zu belasten (und damit auch die Europäische Integration), war er bereit, auf die Saar zu verzichten. Im Übrigen rechnete er wohl damit, dass sich angesichts des deutschen Charakters der Saarbevölkerung eine prodeutsche Lösung allmählich doch durchsetzen würde. Es gelang dem Kanzler aber, seine Bundestagsmehrheit zu überzeugen, wobei die Koppelung der Saarfrage mit den Westverträgen, die der Bundesrepublik die (Fast)Souveränität und den Beitritt zur NATO brachten, wohl ausschlaggebend war. Auch die Verhandlungen über die künftige EWG wären mit einer schweren Hypothek belastet worden, wenn das leidige Saarproblem immer noch weiterschwelte. Verglichen damit war es, vor allem für Adenauer, eben nur zweit- oder dritrangig. Nach einer hitzigen Debatte ratifizierte der Bundestag schließlich das Statut am 27. Februar 1955 mit 264 zu 201 Stimmen bei 9 Enthaltungen. Möglicherweise war den Abgeordneten auch schon bekannt, dass die Stimmung im Saarland umschlug. Nach einer Allensbach-Umfrage vom April 1955, also vor der Zulassung der prodeutschen Parteien, waren nun schon 43% für den Anschluss an die Bundesrepublik, 27% für eine Autonomielösung und nur 13% für eine Europäisierung. Für den Meinungsumschwung spielten wohl wirtschaftliche Gründe eine entscheidend wichtige Rolle. Die Bundesrepublik, in der das Wirtschaftswunder in Gang gekommen war, erschien nun viel attraktiver als Frankreich und die weiterhin recht repressiven Methoden der Regierung Joho wurden als immer weniger akzeptabel empfunden. Hinzu kam, dass das europäische Statut nach der Ablehnung von EVG und EPG durch die französische Nationalversammlung am 30. August 1954 gewissermaßen in der Luft hing, die europäische Perspektive folglich ungewiss, wenig verlockend erschien. In diesem Kontext konnte, wie 1935, das deutsche Nationalgefühl der Saarländer voll durchschlagen.

Der Ausgang der Abstimmung vom 23. Oktober 1955 ist bekannt: Bei einer Beteiligung von 96% stimmten 67% gegen das Statut. Obwohl die französische Regierung betont hatte, eine Ablehnung des Statuts bedeute die Fortdauer des Status quo, war nach der Abstimmungskampagne und dem Ergebnis klar, dass der Anschluss des Saarlandes an die Bundesrepublik die unvermeidliche Folge sein würde.

### **Konfliktlösung ohne Folgeschäden**

Der Ausgang der Abstimmung führte nicht zum Scherbenhaufen zwischen Frankreich und der Bundesrepublik, wie Adenauer immer befürchtet hatte, sondern zum wirklichen „Wunder an der Saar“ (Heinrich Schneider). Dieses

„Wunder“ ist die französische Reaktion und die französische Politik. Die Öffentlichkeit bewies durch ihre Zurückhaltung, um nicht zu sagen ihr weitgehendes Desinteresse, dass ihr das Schicksal des kleinen Landstrichs an der Ostgrenze ziemlich egal (geworden) war. Wenn denn Deutsche dort wohnten, so die weit verbreitete Meinung, und sie erkennbar zu Deutschland zurückwollten, dann sollte und konnte man sie nicht daran hindern. Die französischen Politiker hielten sich, von wenigen Ausnahmen abgesehen, an das, was sich Edgar Faure, der französische Ministerpräsident, und Adenauer in einem Briefwechsel zugesichert hatten, nämlich dass das Ergebnis, wie immer es ausfallen würde, die deutsch-französischen Beziehungen nicht negativ beeinflussen dürfte. Ein Wunder, denn indem Frankreich der Rückkehr des Saarlandes an Deutschland zustimmt, gab es ja die Ziele seiner Saarpolitik auf: die Abtrennung von Deutschland, eine von ihm kontrollierte Autonomie, die Währungs- und Wirtschaftsunion mit Frankreich. Wie ist diese erstaunliche französische Reaktion zu erklären?

Sicher nicht nur und wohl nicht einmal in erster Linie mit den beachtlichen wirtschaftlichen Zugeständnissen, die die Bundesregierung ihm machte: die Moselkanalisierung, die allerdings Frankreich selbst zu 2/3 bezahlte, die die lothringische Kohle wettbewerbsfähiger machen sollte; den Kohleabbau im Warndt für 25 Jahre und eine Liefergarantie von einem Drittel der Saarkohle. (Da Frankreich gleichzeitig eine Abnahmeverpflichtung übernahm, zeigte sich bald, dass dieses Zugeständnis eher dem Saarland und der Bundesrepublik nützte.) Frankreich seinerseits stimmte der Rückgabe der Röchling-Werke zu. Die zunehmend geringer werdenden wirtschaftlichen Vorteile ließen die Bedeutung des Saarlandes für Frankreich allgemein zurückgehen.

Entscheidend waren die politische Konstellation und die politischen Motive: Das deutsch-französische Verhältnis und die Europäische Einigung durften in den Augen nicht nur Adenauers, sondern auch der französischen Regierung, die damals von europäisch orientierten Politikern gebildet wurde, nicht weiter belastet werden. Es ist kaum vorstellbar, dass die EWG-Verhandlungen, die 1955 begannen, so rasch erfolgreich abgeschlossen worden wären, dass die Aussöhnung und Zusammenarbeit der „Erbfeinde“ so gut gelungen wäre, wenn die saarländische Hypothek nicht vorher „gelöscht“ worden wäre. Schließlich hatte Frankreich damals schon ganz andere Sorgen: Am 1. November 1954 hatte der Aufstand in Algerien begonnen, der sich rasch zu einem regelrechten Krieg auswuchs, der zur schwersten Belastung der französischen Politik und zum baldigen Ende der IV. Republik führen sollte. In dieser Situation

konnte Frankreich ein wirtschaftlich ja nicht mehr so wichtiges Saarland, in dem seine Politik inzwischen massiv abgelehnt wurde, als zusätzlichen Unruheherd nicht brauchen. Hingegen war es stark daran interessiert, dass die Bundesrepublik es unterstützte, Verständnis auch für seine weithin kritisierte Algerienpolitik zeigte. Eine nüchterne Einschätzung, die erkannte, dass die alten sicherheitspolitischen Motive überholt waren, dass die wirtschaftlichen Motive längst nicht mehr so schwer wogen wie vor zehn Jahren, dass Zusammenarbeit unter den europäischen Nationen, insbesondere zwischen den Nachbarn am Rhein, das Gebot der Stunde waren, gab in Paris und auch in Bonn den Ausschlag.

## Die Saar im Visier der SED

Hans-Christian Herrmann

### **Bemerkungen zur Quellenlage und zum Stand der Forschung**

Die Erforschung der Saargeschichte nach 1945 hat sich insbesondere in der ersten Hälfte der 90er Jahre deutlich verbessert. Durch die Bemühungen des Saarbrücker Universitätsprofessors Rainer Hudemann<sup>1</sup> öffneten die französischen Archive wie aber auch Privatpersonen ihre Bestände zur Saargeschichte, u. a. auch die Nachkommen des französischen Kommissars im Saarland, Gilbert Grandval, und von Innenminister Edgar Hector. So konnten zahlreiche Studien vorgelegt werden, die durch die Auswertung von deutschen und französischen Archiven ein ausgewogenes und umfassendes Bild der Saargeschichte bieten. Dazu zählt vor allem die Gesamtdarstellung von Armin Heinen<sup>2</sup>, aber auch Einzelstudien zur Sozialpolitik und den Gewerkschaften<sup>3</sup> sowie zu Fragen der Entnazifizierung und Wiedergutmachung von Rainer Möhler.<sup>4</sup> Einen ersten Schritt in diese Richtung markiert die bereits 1984 vorgelegte Studie von Heinrich Küppers zur Bildungspolitik im Saarland.<sup>5</sup>

Damit konnte eine auf einer breiten und sorgfältigen Quellenanalyse gesicherte Darstellung geboten werden, ein großer Fortschritt auch gegenüber der zwischen 1959 und 1962 vorgelegten dreibändigen Publikation von Robert H. Schmidt, die zwar sehr umfangreich ist, sich im wesentlichen aber auf Interviews, Presseartikel und veröffentlichte Dokumente stützt.<sup>6</sup>

Das Referendum entzweite seinerzeit Familien, die Konflikte beim Zusammenwachsen vor allem des christdemokratischen Lagers nach 1955 sollten noch Jahrzehnte später zu spüren sein. So verwundert es nicht, dass das Thema Hoffmann-Zeit bis in die 80er Jahre ein „heißes Eisen“ war. Insbesondere in der Regierungszeit von Oskar Lafontaine (1985 – 1998) begann aber ein unverkrampfterer Umgang mit diesem Zeitabschnitt saarländischer Geschichte. Sicherlich spielt dabei eine Rolle, dass Lafontaine wie Reinhard Klimmt eine gewisse Sympathie für das Konzept einer autonomen Saar empfanden, wobei Heinz Grandmontagne das Interesse dafür sicherlich auch befördert hatte. So nahm der erste SPD-Ministerpräsident an der Saar den Christdemokraten Johannes Hoffmann in die Porträtgalerie der Ministerpräsidenten in der Saarbrücker Staatskanzlei auf und verlieh Richard Kirn den Saarländischen Ver-

dienstorden, nicht zuletzt auch als Anerkennung für sein Wirken als Minister für Arbeit und Wohlfahrt im Kabinett Hoffmann.<sup>7</sup>

Bei der Vermittlung eines umfassenden und differenzierten Bildes zur Hoffmann-Zeit übernahm das Regionalgeschichtliche Museum in Saarbrücken eine Multiplikatorrolle, wie die 1990 konzipierte Ausstellung und ein umfangreicher Ausstellungskatalog zeigen.<sup>8</sup> Der Saarländische Landtag, die Stiftung Demokratie Saarland, die Landeszentrale für politische Bildung, die Arbeitskammer und auch die Union-Stiftung engagierten sich seit den 90er Jahren dafür, die neuen Forschungsergebnisse auch einer breiteren Öffentlichkeit zu vermitteln, sei es durch Druckkostenzuschüsse, Vortragsveranstaltungen oder die Vorlage von Publikationen.<sup>9</sup> An dieser Stelle ist zu bemerken, dass das Thema Saargeschichte bisher im nationalen Gedächtnis noch keine ausreichende Würdigung gefunden hat, man sucht sie im Bonner Haus der Geschichte der Bundesrepublik Deutschland vergebens. Auch bei der Wiedervereinigung 1990, die in ihrer Dimension und ihrem Kontext mit der Saargeschichte nicht zu vergleichen ist, erinnerte man sich nicht an die politische und wirtschaftliche Rückgliederung des Saarlandes 1957 und 1959 – bedauerlich, sollten doch bestimmte negative Phänomene im Kontext der wirtschaftlichen Rückgliederung der Saar bei der Integration der DDR in die Bundesrepublik noch drastischer hervortreten.<sup>10</sup>

Die wissenschaftliche Beschäftigung mit der Hoffmann-Zeit sollte lange Zeit ein Thema sein, dem sich Forscher außerhalb des Saarlandes widmeten. Dabei wurde die Saargeschichte als Teil der internationalen Politik vor allem außenpolitisch untersucht, so etwa von Walter R. Craddock<sup>11</sup>, Per Fischer<sup>12</sup> und Jacques Freymond.<sup>13</sup> Die Saarfrage aus Perspektive der SED und der DDR spielte jedoch keine Rolle. Das Interesse galt vorrangig der Erforschung der Beziehungen zwischen Bonn und Paris. Dies ist um so erstaunlicher, als die Geschichte des Saarlandes nach 1945 auch im Kontext der westeuropäischen Integration steht, und sich gerade vor diesem Hintergrund auch die SED spätestens seit Verkündung des Schuman-Planes am 9. Mai 1950 für die Saarfrage interessierte. In ihm und in der Erklärung der USA vom 10. Mai 1950, Bonn in die westliche Verteidigungsgemeinschaft aufzunehmen, sah die UdSSR eine antisowjetische Weltkonstellation heraufziehen. Adenauers Strategie, die Bundesrepublik an den Westen zu binden, verzahnte sich nun mit einer französischen Außenpolitik, die Sicherheit vor Deutschland anstrebte, indem man den Nachbarn am Rhein in europäische Strukturen einband. Robert Schuman und Jean Monnet gingen davon aus, wer nicht mehr frei über Energie und Stahl verfüge, könne keinen Krieg mehr erklären.<sup>14</sup>

Die Beschäftigung mit der Saarfrage aus der Perspektive der SED steht paradigmatisch für Grundprobleme der Erforschung saarländischer Geschichte zwischen 1945 und 1955. Erst die Einsicht in französische und deutsche Archive erlaubt eine ausgewogene Darstellung, wobei beim vorliegenden Thema natürlich auch die Bestände des ZK der SED und des Ministeriums für Auswärtige Angelegenheiten sowie die des Ministeriums für Staatssicherheit heranzuziehen sind. Da die SED in der Saarfrage operativ und konspirativ tätig war, sind die überlieferten Zeugnisse aber eher rar. Derzeit sind die in den Akten des Hohen Kommissariates überlieferten Informationen brisanter als die der DDR-Organen. Es ist nicht auszuschließen, dass über die Enttarnung von Inoffiziellen Mitarbeitern weitere Informationen gewonnen werden können, wie bei so vielen Aspekten der Saargeschichte, die auch eine Geschichte der Illegalität ist, wenn man an die Tätigkeit der von der Hoffmann-Regierung verbotenen Parteien denkt und an die aufgeheizte Stimmung nach der Ablehnung des Saar-Statuts, die die autonomistischen Parteien zur weitgehenden Vernichtung oder Verschleppung ihrer Unterlagen veranlasste.

Zum anderen zeigt das Thema paradigmatisch eine weitere Herausforderung, die Geschichte der so genannten Hoffmann-Zeit erfordert die Berücksichtigung der außen- und innenpolitischen Ebene. Vorweggenommen sei bereits an dieser Stelle, eine Vielzahl von Fragen bleibt offen, bspw. die Kommunikationswege der saarländischen Kommunisten zu den Genossen der KPD und SED wie aber auch zur PCF, auch die Frage der Zusammenarbeit zwischen PCF und KP Saar, ebenso zu klären ist die Haltung der UdSSR und die Abstimmung zwischen Moskau und Ost-Berlin zur Saarfrage. Die Archive der PCF erfahren gerade eine umfassende Öffnung, der Zugang zu den sowjetischen Archiven steht immer noch aus.

## Die Zulassung der KP nach 1945

Wie nach dem Ersten Weltkrieg war die Saar nach 1945 vom Deutschen Reich abgetrennt und wurde bis zur endgültigen Festlegung der deutschen Westgrenze in einem Friedensvertrag zunächst unter französische Verwaltung gestellt. Nach der Zulassung von Parteien wurde 1947 eine saarländische Regierung gewählt. Die saarländische Verfassung vom 8. November 1947 schrieb eine Wirtschafts- und Währungsunion mit Frankreich fest, das auch die Saarhütten und Gruben kontrollierte. In den saarländischen Parteien gab es unter den in einer Koalition regierenden Christdemokraten (CVP) und den Sozialdemokraten (SPS) von Anfang an Minderheiten, die gegen die enge

Anlehnung an Frankreich waren. Eine klare antifranzösische Position besetzte dagegen von Anfang an als einzige zugelassene Partei die KP, zuerst Saar/Nahe, dann Landesverband Saar.<sup>15</sup> Am 10. Januar 1946 gründete sich die KP als Bezirk Saar-Nahe. Mit Inkrafttreten der saarländischen Verfassung mussten die saarländischen Kommunisten ihre Beziehungen zu SED und KPD abbrechen und den Namen in KP Landesverband Saar ändern.<sup>16</sup>

Die SED hatte seit 1946 versucht, sich über eine Arbeitsgemeinschaft SED/KPD in die französische Zone auszudehnen, die Leitung lag bei Frankreich-Emigrant Franz Dahlem (ZK der SED, ab 1949 Leiter der Westkommission) und Erich Gniffke (SED-Parteivorstand), für die KPD bei Otto Niebergall, Paula Acker und Fritz Bäsel, einer der Vorsitzenden der KP Saar/Nahe. Otto Niebergall, Leiter der deutschen Widerstandsbewegung in Frankreich, kannte das Saargebiet aus der Vorkriegszeit und saß seit 1946 im Saarbrücker Stadtrat, er leitete das Verbindungssekretariat zur SED in der Französischen Besatzungszone, das bis zur Wahl des KPD-Parteivorstandes am 27. April 1948 dem ZK der SED unterstand. Der offizielle Kontakt ins Saarland wurde erfolgreich von französischer Seite gekappt, indem Niebergall aus dem Saargebiet ausgewiesen wurde und zahlreichen Genossen die Interzonenpässe entzogen wurden.<sup>17</sup> Die SED war darum bemüht, gemeinsam mit den französischen Kommunisten gegen den Schuman-Plan und die Europäische Verteidigungsgemeinschaft vorzugehen. Das Verhältnis zu den französischen Genossen war aber in den ersten Nachkriegsjahren eher schlecht, pflegte doch die PCF die Kollektivschuldthese der Deutschen und war nicht bereit, den Widerstandsbeitrag deutscher Kommunisten zu würdigen. Zudem orientierte sich die PCF mehr an der KPD, insbesondere als das Bundesverfassungsgericht am 24. Januar 1952 ein Verfahren gegen die KPD eröffnete, nach ihrem Verbot halfen die Genossen im Elsaß etwa mit der in der deutschen Sprache erscheinenden L'Humanité d'Alsace-Lorraine. Dem gegenüber standen intensivere Kontakte zwischen CGT und FDGB, die im Juni 1950 ein Kampfbündnis gegen den „Schuman-Adenauer-Plan“ schlossen.<sup>18</sup>

### **KP Saar – Veteranenpartei mit Organisationsschwächen**

Ähnlich wie in den westlichen Besatzungszonen zeigt sich auch bei der KP Saar ein deutlicher Mitgliederschwund. Bereits innerhalb weniger Monate nach Kriegsende ging die Mitgliederzahl von 5.273 (Stand 31.12.1946) auf 4.509 Ende Februar 1947 zurück, 1950 waren es nur noch fast 3000.<sup>19</sup>

Für diese Entwicklung sind vor allem drei Gründe zu nennen: Das Bekanntwerden stalinistischer Greuel hinterließ seine Wirkung. Kommunisten, die im Dritten Reich emigriert oder inhaftiert worden waren, zogen sich in den ersten Nachkriegsmonaten häufig traumatisiert ins Private zurück. Hinzu kamen Zweifel am Kurs der Partei, die vehement gegen die Abtrennung der Saar und die Wirtschaftsunion mit Frankreich auftrat und den nationalen Gedanken als integratives Band nutzen wollte, auch damit begründet, einem Aufflammen nationalsozialistischer bzw. „faschistischer“ Tendenzen vorzubeugen. Dies spaltete die saarländischen Kommunisten. So verließ Karl Hoppe am 14. Oktober 1948 die KP Saar, zusammen mit Fritz Bäsel war er 1947 für die KP in den Landtag gewählt worden. Der 1888 im badischen Kützel geborene Hoppe war nach dem Ersten Weltkrieg in die SPD eingetreten, 1929 war er ins Saargebiet gekommen, um als Gauleiter des Reichsbundes die Verbandsarbeit für die Kriegsoffer zu stärken. Im Februar 1935 war er ins französische Exil gegangen und kam über die Arbeit in der französischen Résistance zum Kommunismus. Hoppe baute nach 1945 die Vereinigung der Kriegsbeschädigten und Kriegshinterbliebenen des Saarlandes (VdKdS) auf. Es handelte sich bei ihr um eine reine Kriegsofferorganisation. Obwohl dies den Beschlüssen des Alliierten Kontrollrates widersprach, wurde sie dennoch zugelassen. Hoppe machte die gut 50.000 Mitglieder zählende Vereinigung zu einem professionellen Verband. Sein Aussteigen aus der KP steht paradigmatisch für die Irritation vieler Kommunisten, die vor dem Hintergrund der Erfahrung von 1935 und der Zeit im französischen Exil die nationale Positionierung der KP Saar nicht mittragen wollten.<sup>20</sup>

Mit der Abspaltungsbewegung verbunden war auch, dass viele Genossen zum MRS (Mouvement pour le rattachement de la Sarre à la France) gingen, einer politischen Gruppierung, die für die wirtschaftliche Angliederung an Frankreich warb. Dazu zählte auch Fritz Pfordt, die Gallionsfigur aus dem Abstimmungskampf von 1935. Weitere „Abtrünnige“, die aus der Partei ausgeschlossen wurden, waren der Vorsitzende der Eisenbahnergewerkschaft Eduard Welter und Robert Neufang, Mitglied der Verwaltungskommission.

Die Mitgliederschwäche war verbunden mit einer Überalterung der Partei. Ein Phänomen, das aber auch für die Gesamtgesellschaft galt. Im Unterschied zur Zeit nach dem Ersten Weltkrieg fehlte die jüngere Generation, die KP Saar war eine Veteranenpartei. Ende der 40er Jahre waren gerade mal 10 Prozent ihrer Mitglieder unter 27 Jahre alt. Auch die Mobilisierung der Genossen war schwach, so zahlten 15 Prozent der Mitglieder 1950 keine Mitgliedsbeiträge, zu den



Mitgliederversammlungen in den Ortsgruppen erschien gerade mal ein Drittel der Parteibasis.<sup>21</sup>

Diese Verhältnisse erklären eine weitgehende gesellschaftliche Isolierung der Kommunisten. Es gelang ihnen auch nicht, ein in sich zusammenhängendes eigenes Milieu aufzubauen, da an die Arbeiterkultur- und Sportbewegung nicht mehr angeknüpft wurde und die Arbeiterwohlfahrt in Händen der SPS lag.<sup>22</sup>

Um so erstaunlicher ist es, dass die KP Saar bei den Landtagswahlen 1952 mit 9,5 Prozent gegenüber 1947 gut 1 Prozent zulegen konnte und nun vier Abgeordnete stellte: Oswald Weyrich, Alois Körner, Josef Born und Erich Walch. 1955 erreichte sie immerhin noch 6,6 Prozent und stellte zwei Abgeordnete: Fritz Bäsel und Erich Walch. Dies waren vergleichsweise gute Ergebnisse, bei den Landtagswahlen 1951 in Rheinland-Pfalz und Niedersachsen rutschte die KPD unter 5 Prozent, in Nordrhein-Westfalen lag sie bei 5,5 Prozent, 1947 hatte sie hier noch 14 Prozent erreicht.<sup>23</sup>

Diese Stabilisierung zeigt eine Sonderentwicklung der saarländischen Kommunisten. Der Gegensatz zwischen diesen vergleichsweise respektablen Wahlergebnissen und der strukturellen Schwäche der Partei legt nahe, dass ihre Agitation erstaunlich erfolgreich war und es ihr gelang, Wähler für sich zu gewinnen, die die Sondersituation des Saarlandes ablehnten und die KP rein aus Protest wählten. Dies gilt insbesondere vor dem Hintergrund ihres innerparteilichen Zustands.

### **Machtkampf und Abspaltungstendenzen von Anti-Stalinisten**

Von der Öffentlichkeit weitgehend unbemerkt gab es über Jahre hinweg massive Auseinandersetzungen innerhalb des Landesvorstands. Dazu zählte zum einen die Rivalität zwischen den beiden Vorsitzenden Fritz Bäsel und Fritz Nickolay, beides alte Kommunisten, die sowohl die Emigrationserfahrung als auch die Deportation ins KZ Dachau miteinander teilten.<sup>24</sup>

Ihre Auseinandersetzungen resultierten aus einer persönlichen Rivalität. Bäsel, der zusammen mit Fritz Nickolay nach dem Krieg die Partei wieder aufbaute und mit Nickolay eine Doppelspitze bildete, wurde wohl auf Betreiben des KPD- Parteivorstandes 1950 abgesetzt. Nickolay war im September 1949 zur Schulung nach Moskau geschickt worden, die genauen Umstände bleiben unklar, Franz Dahlem war aber in den Vorgang eingebunden.<sup>25</sup> Pikant war, dass

Bäsel über den Moskauaufenthalt nicht informiert worden war. Nach Nickolays Rückkehr versuchte Max Reimann (seit 1948 Vorsitzender der KPD in den drei Westzonen) Bäsel zum freiwilligen Rückzug zu bewegen.<sup>26</sup> Dies führte bis ins Frühjahr 1950 zu massiven Auseinandersetzungen im Parteiapparat.<sup>27</sup> Bäsel wurde abgesetzt und aus der Fraktion ausgeschlossen. Er verließ die Saar und arbeitete bis 1955 als Chefredakteur für Parteizeitungen in Mannheim und Düsseldorf, 1955 kehrte er ins Saarland zurück.<sup>28</sup> Nachdem aber Nickolay die in ihn gesetzten Erwartungen nicht erfüllte, wurde er Anfang 1951 auf Druck des KPD-Vorstandes wieder abgesetzt, gesundheitlich tatsächlich angeschlagen ging er in die DDR und verstarb dort 1953.<sup>29</sup>

Neben diesen Machtkämpfen schwächten auch ideologische Abweichler die Partei. So gab es eine antistalinistische Gruppe, die sich gegen die seit 1949 forcierte Stalinisierung der Partei wehrte und gegen Bäsel, Nickolay und vor allem Weyrich Position bezog. Ihre Basis hatte sie im Kreisvorstand Saarbrücken.<sup>30</sup> An ihrer Spitze scheint der Saarbrücker Beigeordnete Heinrich Detjen gestanden zu haben, zu seinen Verbündeten zählten u. a. die Genossen Ratering und Sarzicki. Er beabsichtigte mit einigen anderen Genossen die Gründung einer Unabhängigen KP (UKP).<sup>31</sup> Detjen hatte innerhalb der Saarbrücker Stadtverwaltung Einfluss und Ansehen. Ihm war es gelungen, 1946/47 eine parteiübergreifende Opposition gegen den französischen Architekten Henri Pingusson aufzubauen. Detjen betonte gegenüber Grandval den Selbstverwaltungsanspruch der Stadt, zu seinen Verbündeten zählten u. a. Oberbaurat Cartal und die Industrie- und Handelskammer.<sup>32</sup>

Die Vorgänge um Bäsel und Nickolay zeigen die Versuche von KPD und SED, die KP Saar auf stalinistischen Kurs zu bringen. Dabei tat sie sich schwer. Die saarländische KP war weit entfernt von einer Partei neuen Typs. Bezeichnend für die Verhältnisse ist eine Stellungnahme eines saarländischen Kommunisten auf einer Arbeitstagung für Kommunalpolitik in Dresden im Frühjahr 1951, seit 1948 war Sachsen das Partnerschaftsland für die KP Saar: „Die Stadtverordnetenversammlung hat auf mich wie eine Demonstration für Westdeutschland gewirkt (...), weil man hier nicht von einer offenen Diskussion reden konnte, sondern von einer vorbereiteten Diskussion, indem man mit ausgeschliffenen und fertiggestellten Diskussionsbeiträgen herangekommen ist.“<sup>33</sup>

Wie unzufrieden die KPD über die Parteiverhältnisse an der Saar war, zeigt ein Bericht aus dem Jahr 1953: „Dem Sekretariat des Parteivorstandes ist bekannt,



dass im Saargebiet die Beschlüsse der Partei entweder gar nicht beachtet oder nur schematisch und formal in die Partei und in die Bevölkerung getragen und realisiert worden sind.“ Als Ursache wird „die sogenannte Sonderstellung der Partei im Saargebiet“ gesehen, deren Spitze nach dem Motto handele: „Ich dulde keinen anderen neben mir“.<sup>34</sup> Dies war Ausdruck eines Partikularismus, der an der Saar auch zu Zeiten der Abtrennung vor 1935 eine gewisse Tradition hatte.<sup>35</sup> Er basierte auf der Überzeugung, dass man aus örtlicher Perspektive die Verhältnisse besser einzuschätzen vermag als von der Zentrale aus. Insofern war die KP Saar nach 1945 alles andere als eine durchorganisierte Partei. So kritisierten die Instrukteure der KPD, dass es keine Kritik und Selbstkritik gäbe und der Erste Landessekretär keine Betriebsgruppen besuche.<sup>36</sup>

### **„Handwerkelei“ und „niedriger“ ideologischer Zustand**

Seit 1950 nahmen vom KPD-Parteivorstand beauftragte Instrukteure die Arbeit der saarländischen Genossen ins Visier. Ihre Beurteilung fiel mit dem Wort von der „Handwerkelei“ alles andere als respektvoll aus.<sup>37</sup> Kritikpunkte waren das Fehlen einer aktiven Parteikontrollkommission und die fehlende Professionalisierung der Kreisleitungen, die ehrenamtlich geleitet wurden und keine operativen Funktionen wahrnahmen. Zwar bestand im Landessekretariat eine Parteikontrollkommission, die von Erich Walch geleitet wurde, sie erfüllte aber nicht die von KPD und SED erwartete Tätigkeit. Ein Instrukteur stellte Ende 1951 lapidar fest: „Der ideologische Zustand der Partei ist sehr niedrig.“<sup>38</sup> Ursachen waren Schulungsdefizite und Organisationsprobleme, Anweisungen des Parteivorstandes erreichten die saarländischen Genossen erst 3 Wochen nach ihrer Versendung. Trotz massiver Kritik trat aber auch unter Nickolays Nachfolger zumindest bis 1954 keine Verbesserung ein, mit einer gewissen Ironie berichtete ein Instrukteur im April 1952: „Freude scheint man jetzt auch an dem Wort Analyse gefunden zu haben. Man analysiert alles, arbeitet aber nicht die richtige Taktik aus“.<sup>39</sup>

Auch wenn KPD und SED die Arbeit der KP Saar eher gering achteten, so zeigt sich bei der Analyse ihrer agitatorischen Tätigkeit ein differenzierteres Bild. Die Gewerkschaftsarbeit, ein wichtiges Terrain kommunistischer Parteiarbeit, war traditionell ein Vehikel zur Massenmobilisierung und zugleich dialogische Schnittstelle zur Sozialdemokratie.<sup>40</sup> Auch an der Saar begannen Kommunisten bereits vor Kriegsende mit der Gewerkschaftsarbeit. Dies und die Schwäche der sozialdemokratischen Gewerkschaftsarbeit erleichterte ihnen nach der Zulassung der Gewerkschaften, Führungspositionen zu besetzen. Immerhin wur-

den drei Saarkommunisten in den Vorstand der am 1. Juli 1945 gegründeten Einheitsgewerkschaft gewählt; sie bekleideten als Vorsitzender, Stellvertreter oder Organisationsleiter Spitzenpositionen in den Industrieverbänden Bergbau, Eisenbahn, Metall, Öffentliche Betriebe und Graphik. Der besonders wichtige Industrieverband Bergbau wurde von Oskar Müller geführt, der trotz französischer Emigration schärfste nationale und beleidigende Töne gegenüber der französischen Besatzungsmacht anschlug. Müller machte aus seinem Uniformenhaß keinen Hehl und äußerte gegenüber Grandval und dem für Sozialpolitik zuständigen Beamten Alphonse Rieth, beides Résistancekämpfer, dass das Braun ihrer Uniform ihn an das Braun der SA erinnere. Zu seiner Ausweisung führte u. a., dass er mit der IG Bergbau im Ruhrgebiet gemeinsam gegen die französische Besatzungsmacht agitierte und sich in einem Protestbrief an die Internationale der Bergbaugewerkschaften über die Zustände an der Saar beschwerte. In der Absetzung Müllers sah die Mehrheit der Vorstandsmitglieder der Einheitsgewerkschaft die Voraussetzung, die eingetretene kommunistische Majorisierung zu überwinden. Die Wahl des aus der christlichen Gewerkschaftsbewegung kommenden Aloys Schmitt darf nicht darüber hinwegtäuschen, dass die KP in der Gewerkschaft immer noch großen Einfluss hatte. Das Durchbrechen des Prinzips der Einheitsgewerkschaft durch die Zulassung Christlicher Gewerkschaften am 24. August 1947 schwächte die antikommunistischen Kräfte innerhalb der Einheitsgewerkschaft.<sup>41</sup>

Eng verbunden mit der Gewerkschaftsarbeit war die Tätigkeit der Betriebsgruppen, die zentral vom Frankfurter Parteivorstand in einer Betriebskartei erfasst wurden. Bereits 1947 gab es 35 Betriebsgruppen mit fast 1100 Mitgliedern an der Saar, darunter Schlüsselbetriebe wie die Gruben, die Hüttenwerke in Neunkirchen, Saarbrücken-Burbach und Völklingen, die Saarbrücker Verkehrsbetriebe sowie Villeroy & Boch in Mettlach.<sup>42</sup> Einen sichtbaren politischen Erfolg konnte die KP Saar aber daraus nicht ziehen. Der KPD-Vorstand kritisierte, die Betriebsgruppen seien in der Mehrzahl „Ein-Mann-Systeme“ und entsprechend rar seien Betriebsgruppenzeitungen und Flugblattaktionen.<sup>43</sup>

Ebenso enttäuscht war der Parteivorstand über das Scheitern der Zusammenarbeit mit den oppositionellen Sozialdemokraten. Bereits nach Kriegsende versuchte die KP über die Entnazifizierungsfrage eine Einheit mit den Sozialdemokraten aufzubauen. Diese Bemühungen führten immerhin dazu, dass Betriebsausschüsse entstanden, sie zerfielen jedoch bereits wenige Monate später.<sup>44</sup> KPD und SED kritisierten vor allem, dass sich im Industrieverband Metall oppositionelle Sozialdemokraten durchsetzten. Aus Perspektive des KPD-Partei-

vorstandes bedeutete die Abspaltung von Mitgliedern der SPS, die sich als prodeutsche Sozialdemokraten in der von der Hoffmann-Regierung verbotenen Deutschen Sozialdemokratischen Partei (DSP) organisierten, eine strategische Fehlentwicklung. Nach dem Willen des KPD-Parteivorstandes hätten die saarländischen Kommunisten versteckt eine Erosion der SPS durch eine Auslöschung von innen vorantreiben müssen, um eine breite Aktionseinheit mit den Sozialdemokraten unter dem Primat der KP herzustellen. In der Praxis war dies aber schwierig. Auch vor dem Hintergrund der Zwangsvereinigung von KPD und SPD zur SED gingen Sozialdemokraten auch an der Saar auf Distanz. Für Kommunisten war es schwer, mit Sozialdemokraten ins Gespräch zu kommen. Mit Worten wie „Diktatur ist Diktatur“ beendeten viele von ihnen den weiteren Diskurs. Ein Dialog mit Stalinisten kam für die sozialdemokratische Basis nicht in Frage. Entsprechend frustriert waren die KP-Leute. Sie sahen keinen Sinn in der geforderten Zusammenarbeit mit der Sozialdemokratie, „weil dieselben die verbissensten Gegner der S[owjet]U[nion] wären“.<sup>45</sup>

Infolge des Beschlusses der Saarregierung vom Mai 1950, Kommunisten aus öffentlichen Betrieben und Verwaltungen zu entlassen, gab es gerade an der Parteibasis bei SPS-Mitgliedern, von denen nicht wenige im öffentlichen Dienst tätig waren, Berührungssängste.<sup>46</sup> Ab 1952 veränderte sich die Situation, SPS-Mitglieder, die mit der prodeutschen Richtung sympathisierten, verhielten sich offener. Im Kontext der Abspaltung prodeutscher Sozialdemokraten ergab sich eine wachsende Bereitschaft zur Kooperation, so etwa in Wellesweiler, Beckingen, Losheim und Brotdorf, Ensdorf, Ludweiler und Sulzbach. Gleichwohl konnte die KP davon nicht profitieren.<sup>47</sup>

Als ebenso unzureichend empfand der KPD-Parteivorstand die Mobilisierung der KP Saar, von 3.000 Parteimitgliedern 1951 waren nur 20 Prozent in Betriebsgruppen verankert, obwohl über 50 Prozent berufstätig waren.<sup>48</sup>

Dem harten Urteil der Instrukteure steht aber die Einschätzung der französischen Militärregierung und des Hohen Kommissariates im Saarland entgegen, die mit Sorge den KP-Einfluß in Betrieben und Gewerkschaften beobachteten. Von den 19 Mitgliedern des Gesamtbetriebsrates der Saargruben waren 13 KP-Mitglieder, 4 der 5 Mitglieder des geschäftsführenden Vorstandes und 63 von 190 Betriebsratsmitgliedern aller Saargruben wurden der KP zugerechnet.<sup>49</sup>

## **Gewerkschaftsarbeit – erfolgreicher als von KPD und SED eingeschätzt – aber zum Nutzen für DSP und CDU**

Das Urteil der Genossen vom KPD-Parteivorstand war letztlich genauso übertrieben wie die Angst der Franzosen vor der kommunistischen Gewerkschaftsarbeit. So lag die KP Saar gerade in den katholischen Bergarbeiterdörfern bei den Landtagswahlen 1952 mit durchschnittlich 10,03 % etwas über dem Landesdurchschnitt und das trotz einem Katholikenanteil von über 75 % und Pastoren, die die KP offen kritisierten. Dies soll insbesondere etwa in Diefflen, Hüttersdorf und Piesbach sehr ausgeprägt gewesen sein.<sup>50</sup> Die Genossen vom Frankfurter Parteivorstand wie der SED in Berlin berücksichtigten bei ihrer Kritik zu wenig die lokalen Gegebenheiten. Dazu zählte insbesondere, dass die KP zwar zugelassen war, Innenminister Edgar Hector aber die Möglichkeiten seines Amtes nutzte, die Arbeit der KP zu behindern. So wurde das KP-Organ Neue Zeit allein zwischen 1947 und 1952 insgesamt zweiundfünfzigmal verboten. Die Behörden ließen sich 14 Tage und länger Zeit, Versammlungen zu genehmigen, so konnte häufig erst ein Tag vor der Veranstaltung für dieselbe plakatiert werden.<sup>51</sup>

Den Saargewerkschaften fehlte es schon wie zur Völkerbundszeit (1920–1935) an einer straffen Organisation. Sie hatten mehr einen „Vereinscharakter“, Schulungseinrichtungen fehlten und die Zahlungsmoral war schlecht. Die Zulassung christlicher Gewerkschaften an der Saar 1947 hatte die Einheitsgewerkschaft deutlich geschwächt. Deshalb waren die Mobilisierungsmöglichkeiten begrenzt und in keiner Weise etwa mit dem Ruhrgebiet zu vergleichen. Es fehlte an professionellen Funktionären und gewerkschaftlichen Möglichkeiten, zu gestalten und mitzuwirken.<sup>52</sup> Das Saargebiet war während der Völkerbundszeit von den Partizipationsmöglichkeiten, die die Weimarer Demokratie den Gewerkschaften eröffnete, abgeschnitten. Nach 1945 gewannen sie keine Tarifautonomie, ihnen fehlte damit eine der wichtigsten Voraussetzungen, Mitglieder zu mobilisieren. Die Rolle der Lohnerhöhungsagentur blieb ihnen verwehrt. Dazu profilierte sich die Regierung und insbesondere Arbeitsminister Richard Kirn als sozialer Wohltäter. Der Sozialstaat Saarland förderte Familien mit Kindern und unterstützte im Vergleich zur Bundesrepublik Witwen und Kriegsoffer deutlich großzügiger. Hohe Sozialleistungen wurden zum Markenzeichen der Regierung Hoffmann/Kirn, ein Wegfall dieser Leistungen wurde im Falle einer Rückkehr zur Bundesrepublik vorausgesagt. Diese Verhältnisse unterstützten die Versuche der oppositionellen Christ- und Sozialdemokraten, dieses Vakuum auszufüllen und die Belegschaft in den Betrie-

ben und die Gewerkschaftsmitglieder saarpolitisch auf einen antiautonomistischen Kurs einzustimmen. Dabei konnten die oppositionellen Sozialdemokraten auf der Betriebs- und Gewerkschaftsarbeit der Kommunisten aufbauen, vor allem auf ihrer Agitation gegen das französische Patronatsverständnis mit seinem Herr-im-Hause-Standpunkt. Dabei ist zu sehen, dass die von der KP aufgebaute Position nicht zuletzt durch die beiden charismatischen Gewerkschaftsführer Paul Kutsch und Aloys Schmitt ausgehöhlt wurde, die teilweise offen antikommunistisch auftraten und nicht zuletzt durch ihre Persönlichkeiten die Spitze der Gewerkschaftsopposition darstellten.<sup>53</sup>

Die Defizite in Sachen Mitbestimmung und Betriebsverfassung gegenüber der Bundesrepublik boten Möglichkeiten für eine antiautonomistische Propaganda, die von Kutsch, Schmitt und den oppositionellen Sozialdemokraten aufgegriffen wurde. Der gerade in den Saargruben etwa von Generaldirektor Robert Baboin gegenüber den Gewerkschaften eingeschlagene Kurs schwächte die proautonomistischen Gewerkschaftler, die es in den Reihen der seinerzeit starken christlichen Gewerkschaften gab. Sie strebten eine Zusammenarbeit im Sinne einer „confiance mutuelle“ an, was von der Arbeitgeberseite nicht erwidert wurde. Ähnlich verhielt es sich in den grossen Hüttenwerken. Die unterbliebene Integration der proautonomistischen Gewerkschaftskreise unterstützte die von Kutsch und Schmitt betriebene antiautonomistische Ausrichtung der Einheitsgewerkschaft und vor allem des IV Bergbau und die Arbeit von Kurt Conrad und seiner Gruppe. Insbesondere in Neunkirchen, Ottweiler und Homburg verdichtete sich die Arbeit der oppositionellen Sozialdemokraten. Fritz Wilhelm aus Neunkirchen und Erich Neumann aus Wellesweiler waren Vorsitzende der DSP-Ortsgruppe und zugleich Vorsitzende der dortigen Ortsgruppe des I. V. Bergbau. Leo Moser wurde im Frühjahr 1953 zum Zweiten Vorsitzenden des I. V. Metall gewählt.

Das Scheitern des Saar-Statuts und auch des Autonomiekonzeptes wurde aber wesentlich durch die wirtschaftliche Entwicklung gefördert. Ab 1953 waren die Jahre des Aufschwungs und des frühen Wirtschaftswunders an der Saar vorbei. Die Saarwirtschaft litt wie Frankreich unter dem Koreakrieg, die Gruben schrieben rote Zahlen, die Notwendigkeit einer aktiven Strukturpolitik deutete sich an, die dafür erforderlichen Kreditmittel konnte die Saar allein nicht aufbringen. Von der EGKS profitierte die Saar nicht, finanzierte aber zu 7 % ihren Haushalt und damit mehr als die Niederlande und Luxemburg zusammen. Gleichzeitig sahen die Saarländer eine wirtschaftlich prosperierende Bundesrepublik, die mit dem so genannten Wunder von Bern (Fußballweltmeister 1954)

Selbstbewußtsein entwickelte. Die Anziehungskraft der Bundesrepublik wuchs, Frankreich erschien als instabiler Partner, durch Streiks und innenpolitische Friktionen geschwächt. Zugleich wurde die Legitimitätsschwäche der Regierung immer sichtbarer, die mit Ausweisungen, Zensur und Versammlungsverboten die Oppositionsbewegung in die Schranken zu weisen versuchte. Die durch das Emigrantenschicksal geprägte politische Klasse - insbesondere Hoffmann, Hector und Kirn - ließ sich von einem Erziehungsanspruch leiten, nationale Töne mit Härte in die Schranken zu weisen. Die Entfremdung der politischen Klasse von den Regierten wurde immer spürbarer. Dies und die unklaren Regelungen des Saar-Statuts erklären das Scheitern des saarländischen Sonderwegs.<sup>54</sup>

### **SED will mehr Aktivität im Kampf gegen den Schuman-Plan**

Die vor allem ab Frühjahr 1950 geäußerte massive Kritik der Zentrale von KPD und SED an den Saargenossen fällt zeitlich zusammen mit der sich abzeichnenden westeuropäischen Integration. Die SED wollte auch an der Saar eine Massenbewegung gegen die Montanunion aufbauen. Hier hoffte die DDR auf die französischen Genossen als Bündnispartner und auf Vorbehalte im bürgerlichen Lager der Grande Nation. Am 5. April 1951, neun Tage vor der Unterzeichnung des Vertrages über die EGKS, bezeichnete Ost-Berlin das Vertragswerk als Verrat am deutschen Volk, mit dem das Saargebiet annektiert und das Ruhrgebiet von Deutschland abgetrennt werde. Mit dem Motto „Deutsche an einen Tisch“ versuchte die SED gut eine Woche vor Unterzeichnung der EGKS den Schuman-Plan als einen Verrat Adenauers am deutschen Volk darzustellen, bedeute er doch die französische Annexion des Saargebietes. Wilhelm Pieck betonte im KP-Organ L'Humanité, die DDR werde es niemals zulassen, dass von deutscher Seite Krieg gegen Frankreich geführt werde. Die DDR setzte in ihrer Propaganda auf eine angebliche Wiedergeburt des deutschen Militarismus mit dem Ziel, das bürgerliche Frankreich mit Blick auf die mittelfristig bevorstehende Wiederbewaffnung Deutschlands zur Abkehr der westeuropäischen Integration der BRD zu gewinnen. In diesem Kontext wurde der Vorsitzende der Ost-CDU Otto Nuschke vorgeschickt, mit dem MLP (Mouvement de Libération Populaire) Kontakt aufzunehmen und linksstehende Kreise zu gewinnen, die Kontakte zu französischen Kommunisten pflegten.<sup>55</sup>

Aus Sicht der SED war die agitatorische Arbeit der KP Saar grundlegend zu korrigieren, war sie doch sehr stark gegen die wirtschaftliche Stellung Frankreichs an der Saar und vor allem gegen die Wirtschaftsunion mit Frankreich

gerichtet. Parolen wie „Weg mit den Konventionen“, mit denen die KP Saar gegen Hoffmann und die Anlehnung an Frankreich agitierte, paßten nicht zu der von der SED forcierten gesamtdeutschen gegen Adenauer gerichteten Agitation. So bedeutete die Parole „Weg mit den Konventionen“ letztlich Rückschluß an Westdeutschland. Die SED forderte den Aufbau einer nationalen Front und einer Friedensbewegung gegen die Remilitarisierung, zudem müsse die KP Saar die entsprechenden Direktiven der SED zur Grundlage ihrer täglichen politischen Arbeit machen. In der Agitation sollte nicht mehr Frankreich, sondern Adenauer und die USA der Hauptfeind werden, zugleich galt es Rivalitäten zwischen „den amerikanischen und französischen Imperialisten“ zu fördern.<sup>56</sup>

Diese Linie war in der KP Saar umstritten, wurde als ideologische Sackgasse gesehen und war der Basis wie der Öffentlichkeit kaum vermittelbar, wie eine Äußerung eines Mitgliedes des Landespartei Vorstandes zeigt: „Ich bin Internationalist, was heißt hier nationaler Kampf.“ In der Praxis bedeutete dies eine Aufweichung des bisherigen Profils als der einzig zugelassenen Partei mit antiautonomistischem und antifranzösischem Profil. Ost-Berlin sah in der Losung der KP Saar „Rückschluß an Westdeutschland“ einen Irrweg, notwendig seien Losungen nach dem Selbstbestimmungsrecht, nationaler Einheit und Friedensvertrag mit Blick auf die Schaffung eines Gesamtdeutschland.<sup>57</sup> Dieser von der SED forcierte Kurswechsel kam letztlich den prodeutschen Christ- und Sozialdemokraten zugute.<sup>58</sup>

### **Instrumentalisierung des politischen Gegners für Streiks und Sabotageakte**

SED und KPD versuchten in Saarfragen auch mit Industriellen und rechts-extremen Kräften wie der Sozialistischen Reichspartei (SRP) und der Deutschen Partei (DP) zu kooperieren. Die Initiative kam aus Ost-Berlin, wahrscheinlich von der Westabteilung der SED. Das ZK der SED bemängelte, dass die KPD sich der nationalen Dimension der Saarfrage bisher nicht bewusst gewesen sei. Am 30. Mai 1951 wandte sich Ulrich Kloock, ein Instrukteur der SED, an den KPD-Parteivorstand mit dem Plan, „eine Aktionseinheit mit den westdeutschen Industriellen herzustellen, die unmittelbare Interessen im Saarland selbst haben. Dabei ist Wert darauf zu legen, dass diese Kreise zugleich gegen eine Verwirklichung des Schuman-Planes eingenommen werden“.<sup>59</sup> Dieser war am 19. März 1951 paraphiert worden, wobei es im Vorfeld zu Spannungen zwischen Bonn und Paris gekommen war. Im Herbst 1950 hatte die ungelöste

Saarfrage einen erfolgreichen Abschluss gebremst, da die Befürworter der saarländischen Sondersituation wie auch Teile der französischen Administration die Beteiligung des Saarlandes an der Montanunion forderten. Damit hätte Bonn die Saarregierung anerkennen müssen, eine nicht tolerierbare Präjudizierung der Saarfrage, die dem Friedensvertrag vorbehalten bleiben sollte. Ein weiterer Hemmschuh war die Entflechtung der Montanindustrie im Ruhrgebiet und hier der Deutsche Kohleverein (DKV) als zentrale Verkaufsstelle der Ruhrkohle. Die SED bemühte sich, über Mittelsmänner deutsche Industrielle dafür zu gewinnen, Streiks und Sabotageaktionen im Saargebiet finanziell zu unterstützen, um den Schuman-Plan in seiner Umsetzung zu torpedieren. Mißtrauen sollte auf französischer Seite geweckt, die Konkurrenz zwischen deutscher und französischer Montanindustrie angesprochen und die bevorstehende EGKS belastet werden, die am 23. Juli 1952 in Kraft treten sollte.<sup>60</sup>

Am 17. Juni 1951 berichtete Kloock der KPD: „Die Resonanz der westdeutschen Industrie auf eine geplante Unterstützung freiheitlicher Tendenzen im Saarland erscheint recht günstig“.<sup>61</sup> Kloock berief sich dabei auch auf Dr. Wolfgang Bode von der Ilseder Hütte in Peine und Dr. Franz Grabowski von den Metallwerken Buderus im hessischen Wetzlar, ein Unternehmen mit Aktienbesitz der Familie Röchling, deren saarländischen Eisenwerke seinerzeit nach wie vor unter französischer Sequesterverwaltung standen. Akten des gesamtdeutschen Ministeriums ist zu entnehmen, dass zu dieser Zeit die Franzosen versucht haben sollen, Röchlingbesitz auch außerhalb des Saarlandes zu beanspruchen wie die Grube Carl Alexander in Baesweiler bei Aachen. Dies behauptete Hermann Röchlings Schwiegersohn, Dr. jur. Hans-Lothar Freiherr von Gemmingen-Hornberg; zuvor hatte Gustav Strohm, Leiter des Referates für Saarfragen im Auswärtigen Amt, in einem Vermerk die These aufgestellt, die Franzosen strebten in Kontinuität zum Versailler Vertrag eine „Entdeutschung“ des unter Sequester stehenden Röchling-Werkes in Völklingen an.<sup>62</sup> Man muß hierbei das schlechte Image der Familie Röchling in Frankreich berücksichtigen. Der saarländische Stahlindustrielle Hermann Röchling zählte nach dem Ersten Weltkrieg zum profiliertesten Gegner der französischen Präsenz im Saargebiet, in seiner Eigenschaft als Vorsitzender der Reichsvereinigung Eisen im Dritten Reich war er aus französischer Perspektive einer der ehrgeizigsten Wehrwirtschaftsführer, ein französisches Militärgericht hatte ihn im Rastatter-Prozess zu 15 Jahren Gefängnis verurteilt.<sup>63</sup>

Taktisch ging es der SED um eine Instrumentalisierung bestimmter Kreise aus der Industrie. Die vorgesehenen Aktionen sollten die Propaganda der SED



belegen, dass die Saar Opfer eines Tauziehens von deutschen und französischen Monopolen sei; so entscheide die Frage der Zugehörigkeit der Saar über die Macht in der EGKS, denn der Produktionsanteil der Saar war dazu geeignet den französischen Anteil von 27 % dem der Bundesrepublik mit 41 % anzugleichen bzw. ein Gleichgewicht herzustellen, wie es in entsprechenden „Informationsschriften“ des FDGB hieß, die in Deutsch und Französisch publiziert und auf Hütten und Gruben an der Saar, Deutschland und Frankreich verteilt wurden.<sup>64</sup>

Die SED setzte auf eine Zusammenarbeit der KP Saar mit der Demokratischen Partei Saar (DPS), einer bürgerlichen Gruppierung, die immer deutlicher die bürgerliche Opposition gegen die Saarregierung repräsentierte und auch vom gesamtdeutschen Ministerium in Bonn gefördert wurde.<sup>65</sup>

### **Ein gefälschtes Telegramm?**

Was die Zusammenarbeit mit der SRP betrifft, so stellte Kloock über einen gewissen Grafen Thun Kontakt zu den Vorsitzenden Dr. Dorls und Graf Westarp her. Ergebnis war: „Immerhin erhielt Graf Thun die Zusicherung, dass die SRP gegebenenfalls bereit sei, irgendwelche Aktionen gegen die Saarregierung einzuleiten, wenn sie dabei nicht als Partei in Erscheinung zu treten brauche, sondern durch kleine, scheinbar neutrale Aktionsgruppen wirken könne. Eine solche Aktion müsse jedoch finanziell von der SED unterstützt werden“.<sup>66</sup>

Die Kontakte der SED zur SRP stehen möglicherweise mit der Affäre um das so genannte Remer-Telegramm in Verbindung. Seit Frühjahr 1951 war die DPS unter Dr. Heinrich Schneider neu aufgestellt, an ihrer Spitze stand der Textilfabrikant Richard Becker. Für den 6. Mai plante sie eine Großkundgebung zum Schuman-Plan, zu der namhafte bundesdeutsche Politiker geladen waren wie etwa Franz-Josef Strauß und Heinrich von Brentano. Diese Veranstaltung wurde vom saarländischen Innenministerium verboten. Mit einem Telegramm an den Europarat in Strasbourg protestierten die beiden SRP-Vorsitzenden Dr. Dorls und Dr. Remer am 7. Mai 1951 gegen dieses Verbot. Von der Regierung Hoffmann wurde der Vorfall dazu genutzt, die NSDAP-Vergangenheit zahlreicher DPS-Mitglieder herauszustellen und die Partei durch eine angebliche Nähe zur SRP zu diskreditieren. Gegen die SRP war kurz zuvor beim Bundesverfassungsgericht ein Verbotsverfahren eingeleitet worden. Das CVP-Organ „Saarländische Volkszeitung“ und die „Volksstimme“ veröffentlichten am 9. Mai 1951 das Telegramm. Am 21. Mai 1951 wurde die DPS verboten. Der DPS-

Vorsitzende Schneider bezeichnete das Telegramm als Fälschung.<sup>67</sup> Wie Winfried Becker ermittelt hat, äußerte Johannes Hoffmann bereits am 4. Mai gegenüber Grandval, er sei zu einem Verbot der DPS entschlossen. Ob es tatsächlich eine Fälschung war, bleibt unklar. Wenn es eine Fälschung gewesen sein sollte, so ist nicht nur an die Regierung Hoffmann zu denken - strategisch kam der SED ein Verbot gerade recht, förderte es doch ihre Ambitionen, DPS-Kreise für die Unterstützung von Streiks- und Sabotageaktionen zu gewinnen, insofern war ihr an einer Illegalisierung gelegen. Im Juli und dann wieder im Herbst 1951 kam es an der Saar zu wilden Streikaktionen, so etwa zu Arbeitsniederlegungen auf der Grube Viktoria am 27. September. Die Gruben Kohlwald, König, Camphausen, Mellin und Jägersfreude schlossen sich an. Anlass waren stets Auseinandersetzungen mit den jeweiligen Grubendirektoren. Immerhin beteiligten sich 4.800 Bergleute an wilden Streiks, die koordinierende Rolle soll nach französischen Akten KP-Mann Alois Körner übernommen haben. Die französische Seite wie die Saarregierung waren darüber besonders beunruhigt, weil die Streikenden dem Aufruf der Einheitsgewerkschaft zur Wiederaufnahme der Arbeit nicht folgten. Beweis dafür, dass die Gewerkschaft die Basis nicht vollständig im Griff hatte. Diese Vorkommnisse bestätigten die Furcht der Franzosen vor einer kommunistischen Unterwanderung der Gewerkschaften, zugleich auf Seiten des Saarreferates im Auswärtigen Amt die Erwartung, dass wie 1923 die Saarfrage vom Saarkumpel entschieden werde.<sup>68</sup>

Das Remer-Telegramm entsprach den SED-Interessen insofern, als dieses an den Europarat gerichtete Telegramm bei Teilen der westeuropäischen und insbesondere der französischen Öffentlichkeit Bedenken fördern sollte, dass in Westdeutschland nationalistische und revanchistische Kreise aktiv seien. Aus dieser Perspektive passt das Remer-Telegramm in die im Frühjahr 1951 forcierte Propaganda-Offensive gegen die EGKS und die Westintegration.

### ***Ein Attentat gegen den Schuman-Plan***

Anfang Januar 1955 beauftragte das Ministerium für Staatssicherheit einen gewissen Alfred Weise, der sich seit 1949 als so genannter Geheimer Informator bewährt hatte, mit einem Attentat auf den saarländischen Ministerpräsidenten Johannes Hoffmann. Weise behauptete Ende der 90er Jahre, bei der Auftragserteilung sei ein Vertreter des sowjetischen Geheimdienstes dabei gewesen.<sup>69</sup> Für Sabotageakte und Partisanenkampf war Weise im Juni 1954 angeworben und ausgebildet worden. Sein Auftrag war, sich als so genannter „Resident“ zunächst in München niederzulassen, anfänglich ging es vor allem

um Erkundungen. Er benutzte dabei die Identität eines westdeutschen Kommunisten namens Matthias Göbel, der 1954 in die DDR gegangen war und seine Ausweispapiere dem MfS überlassen hatte.<sup>70</sup> Am 3. Februar 1955, einem Donnerstag, startete Weise alias Göbel in München mit dem D-Zug Richtung Saarbrücken, planmäßige Ankunft 16 Uhr 26. Von dort begab er sich ins 30 km entfernte Neunkirchen und stieg in einem Hotel ab. Im Hotelzimmer bastelte er die für Hoffmann bestimmte Briefbombe. Tags darauf warf er sie am Saarbrücker Hauptbahnhof in den Briefkasten, dort wurde die Sendung um 18 Uhr gestempelt, Weise saß zu diesem Zeitpunkt schon wieder im Zug mit Fahrtziel Bundesgebiet. Das kleine Päckchen, leicht beschädigt, fiel auf, zumal es an die Privatadresse des Ministerpräsidenten gerichtet war. Deshalb rief die Post bei der Familie Hoffmann an und vereinbarte die Abholung. Nachdem diese aber zunächst nicht erfolgte, brachte ein Postbeamter das Päckchen samstags zu Hoffmanns Privatwohnung, wo es von dessen Sohn Franz in Empfang genommen wurde. Dieser schöpfte Verdacht, die benachrichtigte Polizei holte das Päckchen mit. In der Waffenmeisterei der Landespolizei bestätigte sich die Vermutung. Die Bombe wurde entschärft und die polizeilichen Ermittlungen setzten ein, aber erst 5 Tage später, am 10. Februar 1955, bestätigte die saarländische Kriminalpolizei den Attentatsversuch. Bereits zu diesem Zeitpunkt sprach viel für Göbels Täterschaft. Im Mai 1955 galt das Attentat als aufgeklärt, der flüchtige Göbel wurde in der „Ostzone“ vermutet. Die regierungsnah saarländische Volkszeitung ging vom „sowjetzonalen Staatssicherheitsdienst“ als Drahtzieher aus.<sup>71</sup>

Das schnelle Ermittlungsergebnis erklärt sich aus einer Selbstüberschätzung bzw. aus der Dummheit des Attentäters, die auch in der Beurteilung des MfS zum Ausdruck kommt. Die Aktion galt als „schlecht vorbereitet“, im September 1955 hieß es in einer für Generalmajor Markus Wolf erstellten Einschätzung über den Attentäter: „Durch den nicht genügend datalisierten Vorbereitungsplan, aber in der Hauptsache durch das eigenwillige Handeln (...) scheiterte die gesamte Aktion“.<sup>72</sup> Die Saarländer kamen Göbel deshalb so schnell auf die Spur, weil er eine Münchener Zeitung zum Einwickeln der Bombe benutzt hatte. Bei der Überprüfung der beim Hotelaufenthalt verbindlich auszufüllenden Meldezettel stieß die Polizei auf Matthias Göbel aus München, die Spurensicherung fand in seinem Hotelzimmer Glassplitter der Glühbirne, die Weise alias Göbel für die Bombe verwandt hatte. Die Polizei erkannte Ähnlichkeiten in der Schrift beim Vergleich von „Göbels“ Meldezettel und der Adresse auf dem Päckchen. Vernachlässigt hatte der Attentäter die Frage, ob sein potentielles Opfer auch tatsächlich das Paket in Empfang nehmen würde. Zum Zeitpunkt

der Postzustellung weilte Johannes Hoffmann in Paris zu den französisch – saarländischen Wirtschaftsverhandlungen, dieser Termin war kein Staatsgeheimnis. Zwischen Saarbrücken und Paris gab es erhebliche Gegensätze, die Saarländer wollten sich aus der französischen Umklammerung lösen und anstelle einer Wirtschaftsunion mit Frankreich nur noch eine wirtschaftliche Zusammenarbeit.<sup>73</sup>

Der Attentäter glaubte, mit dem Hinweis „Persönlich“ und dem Zusatz, der Brief beinhalte Beweismaterial gegen Personen aus Hoffmanns Umgebung, die persönliche Öffnung durch ihn zu gewährleisten, wobei die Bombe wohl so hinterlistig gebaut war, dass nicht direkt das Öffnen des Päckchens, sondern des dicken Briefumschlages, der in dem Päckchen lag, die Explosion herbeiführen sollte.<sup>74</sup> Die Ermittler gingen davon aus, dass Lebensgefahr bestand. Das Material war geeignet, eine Feuerkugel von 65 bis 85 Zentimeter Durchmesser zu erzeugen bei Temperaturen an den Rändern von bis zu 1200 Grad Celsius bei einer Brenndauer von gut 5 Sekunden. Dem steht entgegen, dass in den Unterlagen des MfS, die neun Monate nach dem Attentat verfasst wurden, behauptet wird, das Attentat sollte politische Nervosität erzeugen und eine Möglichkeit eröffnen, auf Hoffmann Druck aus auszuüben. Man hat hier den Eindruck, dass die Aktion nachträglich so dargestellt werden sollte, um ihr Scheitern zu verschleiern, nicht zuletzt auch um auf Weise für weitere „Operationen“ zurückgreifen zu können.<sup>75</sup>

Der Attentatsversuch fällt in die Schlußphase der Ratifizierung der Pariser Verträge. Moskau hatte bereits im Herbst 1954 mit seiner Agitation in der französischen Öffentlichkeit gegen die Europäische Verteidigungsgemeinschaft Erfolge erzielt, sie war in der französischen Nationalversammlung am 30. August 1954 gescheitert.<sup>76</sup> Gegen die Pariser Verträge setzte Moskau auf eine breite gesamtdeutsche Agitation, das ZK der SED beschloss am 21. Januar 1955, in der Bundesrepublik Massenstreiks der Bergarbeiter im Kampf gegen die Pariser Verträge zu initiieren, und so auch SPD, FDP und nationalistische Kreise gegen Adenauers Kurs zu mobilisieren. Das Neue Deutschland veröffentlichte in seiner Ausgabe vom 3. Februar 1955 einen halbseitigen Iswestija-Artikel mit der Schlagzeile „Wiederherstellung der Einheit Deutschlands – eine vordringliche Aufgabe“. Der französische Ministerpräsident Mendès-France musste vor dem Hintergrund der Entwicklung in Nordafrika am 4. Februar die Vertrauensfrage stellen, in den Morgenstunden des Samstags trat er zurück, das Neue Deutschland kommentierte: „In Frankreich wie auch für Westdeutschland schafft der Regierungssturz neue, günstigere Bedingungen



für eine noch breitere Entfaltung der Massenbewegung gegen die Ratifizierung“.<sup>77</sup>

### **Besonnene Reaktion der Saarregierung**

Wäre der saarländische Ministerpräsident getötet oder schwer verletzt worden, das Attentat hätte erhebliche politische Folgen auslösen können. Es sollte vor allem die französische Öffentlichkeit erschüttern. Als Täter wären Kräfte aus der Bundesrepublik oder Saarländer verdächtigt worden, die zu den Gegnern der Anlehnung an Frankreich zählten. So enthielt das Päckchen auch einen Zettel mit der Parole der Befürworter für eine Rückgliederung an die Bundesrepublik: „Deutsch ist die Saar“.<sup>78</sup> Der Öffentlichkeit sollte durch ein Attentat der übersteigerte Nationalismus der prodeutschen Kräfte vermittelt werden und damit das Weiterbestehen einer „faschistischen“ bzw. nationalsozialistischen Gesinnung vorgeführt werden. In Frankreich wie in Europa wäre Misstrauen gegenüber der jungen Bundesrepublik geschürt worden, das Attentat als Beweis für die Bundesrepublik als Unruhestifter und als Bestätigung aller, die immer schon Vorbehalte gegenüber der Westintegration der Bundesrepublik hatten. Insofern hätte ein erfolgreiches Attentat, hinter dem man bundesrepublikanische Kreise als Drahtzieher vermutet hätte, die sich entwickelnde Achse zwischen Deutschland und Frankreich schwer beschädigt.

Das potentielle Opfer Hoffmann wie auch die von ihm geführte Regierung verhielt sich ausgesprochen besonnen. Man vermied alles, den politischen Gegner mit dem Anschlag in Verbindung zu bringen. Das Ereignis wurde nicht an die große Glocke gehängt, Hoffmann selbst stellte sich nicht der Presse, vor allem wurde die konstruktive und die absolut reibungslose Zusammenarbeit mit der Bundesrepublik und ihren Behörden herausgestellt, insbesondere mit der Polizei in Bayern und Rheinland-Pfalz.<sup>79</sup>

### **Ulbricht ehrt den Attentäter**

Trotz der Fehler beim Hoffmann-Attentat wollte das MfS nicht auf die Dienste von Alfred Weise verzichten. Ausschlaggebend war wohl die völlig furchtlose Persönlichkeit des ehemaligen Chemiearbeiters aus Dessau, der Anfang der 50er Jahre mit der Beseitigung von Giftgas aus der NS-Zeit beschäftigt war und sich dabei Verbrennungen zugezogen hatte. Nach dem gescheiterten Attentat führte ihn sein neuer Auftrag ins Ruhrgebiet und nach Norddeutschland. Als „Alfred Ernst“ wurde er schließlich 1963 verhaftet, niemand brachte ihn

seinerzeit mit dem Hoffmann-Attentat in Verbindung. Er war Führungsmann einer Gruppe älterer Kommunisten, die Sprengstofflager anlegten, um Sabotageakte in rüstungsrelevanten Unternehmen durchführen zu können. 1964 wurde er zu einer mehrjährigen Haftstrafe verurteilt, einige Monate später aber in die DDR abgeschoben. Am 4. Februar 1966, 11 Jahre nach dem Attentatsversuch, erhielt er von Walter Ulbricht persönlich den Vaterländischen Verdienstorden in Silber. Ende der 90er Jahre kam ihm ein mittlerweile verstorbener Redakteur des Saarländischen Rundfunks auf die Spur. Weise, der Attentäter von damals, mittlerweile fast 90 Jahre alt, präsentierte sich als ehemaliger Stasi-Mitarbeiter voller Stolz und ohne jegliche Reue.<sup>80</sup>

Der „richtige Matthias Göbel“ lebte in der Lausitz bei Bautzen und arbeitete in der Landwirtschaft. Auf Umwegen erfuhr er, dass nach ihm in der Bundesrepublik gefahndet wurde. Er suchte den Kontakt zum MfS, das ihm auf Nachfrage versicherte, keine derartigen Attentate durchzuführen, es handele sich um eine Provokation der Westpresse. Da Göbel nicht darüber schwieg und 1958 in einem Gespräch mit einem SED-Mitglied die Sache ansprach, stellte das Kreisgericht Dresden am 17. Mai 1958 einen Haftbefehl gegen ihn aus, den es allerdings am 18. September wieder aufhob, nachdem die MfS-Bezirksverwaltung Dresden am 25. August darum gebeten hatte, das Verfahren einzustellen und Göbel nach seinem Wohnort aus der Haft zu entlassen.<sup>81</sup>

### **Resümee**

Die Saarfrage war für die SED Mittel zum Zweck. Ihre Agitation gegen die westeuropäische Integration der Bundesrepublik konnte an der Saarfrage aufgegriffen werden, dies bot sich nicht zuletzt deshalb an, weil die Saarfrage ein Bremsklotz für die Entwicklung der deutsch-französischen Beziehungen war. Indirekt bestätigt damit die DDR die Klugheit der Politik Konrad Adenauers, der die Saarfrage bewusst gegenüber Paris zurückstellte, um zuerst die Politik der Westintegration der Bundesrepublik voranzubringen. Seine Strategie, durch das gesamtdeutsche Ministerium die Saar von innen auszuhöhlen, zugleich die Saarfrage zurückzustellen und Frankreich zu vermitteln, dass es allein die Saarfrage nicht lösen könne, ging auf.

Grosso modo ist die Saarpolitik der SED auf der ganzen Linie gescheitert. So wie es ihr nicht gelang, die westeuropäische Integration der Bundesrepublik

zu verhindern, so misslang auch der Versuch, mit einem Attentat auf Hoffmann die Ratifizierung der Pariser Verträge zu verhindern.

Nur bedingt konnte die SED in die KP Saar hineinwirken. Die KP Saar konnte sicherlich nicht von KPD und SED unabhängig handeln, die Qualität der Einflußnahme ist aber neu zu bewerten, sie war nicht so nachhaltig wie dies Winfried Becker in seinem Beitrag von 1992 darstellt.<sup>82</sup> Letztlich eröffnete die Sondersituation an der Saar den saarländischen Genossen, sich den Direktiven von KPD und SED nicht immer zu unterwerfen. Die von der SED erzwungene stärkere Agitation gegen die USA und gegen Adenauers Westintegration schwächte das Profil der KP als antiautonomistische Partei und verstärkte das Bild einer von Moskau gelenkten Partei. Sie festigte das ohnehin in der Öffentlichkeit vorhandene diktatorische, atheistische und sowjetfreundliche Erscheinungsbild der Kommunisten, nicht zuletzt bedingt durch den Kalten Krieg und die Ereignisse im Ostblock. Dies erleichterte der oppositionellen Sozialdemokratie wie auch den anderen Oppositionskräften, sich vor allem in Betrieben und Gewerkschaften an die Spitze der Opposition zu stellen. Im Zusammenwirken mit den Oppositionskräften des bürgerlichen Lagers nutzte die DSP die Angriffsfläche, die sich aus den gesellschaftlichen Partizipationsdefiziten der Regierung Hoffmann/Kirn ergab. Das Auftreten französischer Arbeitgebervertreter, die fehlende Tarifautonomie sowie das deutlich hinter der bundesdeutschen Mitbestimmung liegende Betriebsverfassungsgesetz waren Anknüpfungspunkte für nationale Denkweisen; die Teilhabe an einer fortschrittlicheren Betriebsverfassung, die vielen Arbeitern in ihren Inhalten gar nicht bekannt war, war nicht vorrangige Motivation für ein Zurück zur Bundesrepublik, sondern vor allem der Wunsch nach einem Ende von latenter Inferiorität und Fremdbestimmung, die sowohl in der Preußenzeit wie in den Jahren des Völkerbundes sich in das Bewußtsein der Menschen eingegraben hatten und nach 1945 im Alltag mit der Trikolore und dem Französischunterricht sogar in den Grundschulen ebenso erlebbar war wie in den Gruben, in denen junge französische Ingenieure mit Stopuhren die Gedingeleistung erfassten.

## Anmerkungen

- 1 Rainer Hudemann und Raymond Poidevin (Hrsg.), *Die Saar 1945 – 1955. Ein Problem der europäischen Geschichte, 1945 – 1955*, München 1992.
- 2 Armin Heinen, *Saarjahre. Politik und Wirtschaft im Saarland 1945 – 1955*, Stuttgart 1996.
- 3 Hans-Christian Herrmann, *Sozialer Besitzstand und gescheiterte Sozialpartnerschaft. Sozialpolitik und Gewerkschaften im Saarland 1945 – 1955*, Saarbrücken 1996.
- 4 Rainer Möhler, *Entnazifizierung in Rheinland-Pfalz und im Saarland unter französischer Besatzung von 1945 bis 1952*, Mainz 1992.
- 5 Heinrich Küppers, *Bildungspolitik im Saarland 1945 – 1955*, Saarbrücken 1984.
- 6 Robert H. Schmidt, *Saarpolitik, 1945 – 1957*, 3 Bde., Berlin 1959 – 1962.
- 7 Herrmann (Anm. 3), S. 13.
- 8 Von der „Stunde 0“ zum „Tag X“. *Das Saarland 1945 – 1959. Katalog zur Ausstellung des Regionalgeschichtlichen Museums im Saarbrücker Schloß*, Saarbrücken 1990.
- 9 Z. B. zur Unterstützung des Landtages, siehe Anm. 1; zur Arbeitskammer, siehe Anm. 3.
- 10 Dazu Überlieferung im Bundesarchiv Koblenz, Bundeskanzleramt (B 136), Nr. 950, 951, 952.
- 11 Walter R. Craddock, *The Saar-Problem in Franco-german relations, 1945 – 1957*, Ann Arbor (Diss.) 1965.
- 12 Per Fischer, *Die Saar zwischen Deutschland und Frankreich. Politische Entwicklung von 1945 – 1959*, Frankfurt 1959.
- 13 Jacques Freymond, *Die Saar 1945 – 1955*, München 1961.
- 14 Ulrich Lappenküper, *Der Schuman-Plan. Mühsamer Durchbruch zur deutsch-französischen Verständigung*, in: *Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte*, 42/1994, S. 403.
- 15 Heinen (Anm. 2), S. 108 ff.
- 16 Schmidt (Anm. 6), Bd. 1, S. 243 ff.
- 17 Klaus J. Becker, *Die KPD in Rheinland-Pfalz 1946–1956*, Mainz 2001, S. 108–115.
- 18 Ulrich Pfeil, *Die „anderen“ deutsch-französischen Beziehungen. Die DDR und Frankreich 1949 – 1990*, Köln 2004, S. 63 ff., 232 ff., 242 ff.
- 19 *Stiftung Parteien und Massenorganisationen im Bundesarchiv (BArchSAPMO)*, BY 1 (KPD Westl. Besatzungszone), Nr. 1069, Bl. 100 und 110; Nr. 577, Bl. 4.
- 20 Herrmann (Anm. 3), S. 222 ff., 507. Gerhard Paul und Klaus-Michael Mallmann, *Milieus und Widerstand. Eine Verhaltensgeschichte der Gesellschaft im Nationalsozialismus. Widerstand und Verfolgung im Saarland 1935 – 1945*, Bd. 3, Bonn 1995, S. 515 ff.
- 21 Wie Anm. 19.
- 22 Paul/Mallmann (Anm. 20), S. 518.
- 23 Wie Anm. 19.
- 24 Becker (Anm. 17), S. 290.

- 25 BArchSAPMO, BY 1/1066, Bl. 140, Protokoll v. 26.9.1949.  
 26 Ebd., Nr. 1077, Bl. 233, Protokoll v. 22.12.1949.  
 27 Ebd., Nr. 1070, Bericht über die politische Situation und die Lage der Partei im Saargebiet.  
 28 Ebd., Nr. 1065, Bl. 27, Bericht über den Landespartei Vorstand vom 10.12.1949.  
 29 Ebd., ZK der SED (DY 30), IV 2/ 10.03/224, Beschlussprotokoll vom 20. Januar 1951 der Kommission zur Überprüfung leitender Parteikader der KPD.  
 30 Ebd., BY 1/1066, Bl. 170, Protokoll v. 5.11.1950,  
 31 Ebd., Nr. 1067, Bl. 17 ff., Protokoll v. 25.6.1951.  
 32 Hans-Christian Herrmann, Vom Wiederaufbau zur Landeshauptstadt, Europastadt und Grenzmetropole (1945 – 1974), in: Geschichte der Stadt Saarbrücken, hrsg. von Rolf Wittenbrock, Bd. 2, Saarbrücken 1999, S. 346.  
 33 BArchSAPMO, DY 30/IV 2/10.03/266, Stenographischer Bericht der Arbeitstagung der KPD mit den verantwortlichen Funktionären für Kommunalpolitik und mit Abgeordneten in Dresden am 13./14. Nov. 1951. Ebd., BY 1/1066, Bl. 10, Protokoll v. 24.11.1948.  
 34 Ebd., BY 1/1068, Bl. 346, Bericht über das Saargebiet 1953.  
 35 Klaus-Michael Mallmann, Kommunisten in der Weimarer Republik. Sozialgeschichte einer revolutionären Bewegung, Darmstadt 1996, S. 154, 157.  
 36 BArchSAPMO, BY 1/1070, Bl. 26 ff, Instruktorsbericht v. 21.12.1951.  
 37 Ebd.  
 38 Ebd.  
 39 Ebd., Bl. 89 ff., Bericht über Saarreise v. 23.3. – 9.4.1952.  
 40 Mallmann (Anm. 35), S. 203.  
 41 Paul/Mallmann (Anm. 20), S. 516. Zu Müller: Hermann (Anm. 3). S. 295.  
 42 BArchSAPMO, BY 1/577, Bl. 53 ff., Bericht für Jan. 1947; ebd. Nr. 1068, Bl. 219 ff, Tätigkeitsbericht v. 2.3.1950.  
 43 Ebd., Nr. 1070, Bl. 119 ff, Instruktorsbericht v. 10.6.1952  
 44 Herrmann (Anm. 3), S. 293.  
 45 BArch/SAPMO, BY 1/1069, Bericht vom 20.1.1951.  
 46 Ebd., Nr. 1070, Bl. 1, Bericht über die Kreisfunktionärskonferenz in Saarlouis v. 10.2.1946. Ebd., Nr. 1068, Bl. 269, Bericht v. 21.12.1950. DY 30 (ZK der SED), IV 2/10.03/233, Bl. 43, Tagung des KP-Vorstandes v. 3.3.1951. Ausnahmen bildeten die Kreise Homburg, Ottweiler und Neunkirchen, in denen es eine vergleichsweise stark prodeutsch ausgerichtete Sozialdemokratie gab.  
 47 Ebd., Nr. 1068, Bl. 310, Bericht v. 26.4.1952.  
 48 Ebd., Bl. 26 ff., Instruktorsbericht v. 21.12.1951.  
 49 Herrmann (Anm. 3), S. 315.  
 50 BArchSAPMO, BY 1/1070, Bl. 1 – 8 , Bericht der Kreisfunktionärskonferenz in Saarlouis v. 10.2.1946.  
 51 Frank Dingel, Die Kommunistische Partei Saar, in: Richard Stöss (Hrsg.),

- Parteienhandbuch. Die Parteien der BRD 1945 – 1980, Bd. 2, Opladen 1983, S. 1852-1879, hier 1862. BArchSAPMO, BY 1/1069, Bericht vom 20.1.1951.  
 52 Herrmann (Anm. 3), S. 342 ff.  
 53 BArchSAPMO, BY 1/1067, Bl. 18, Protokoll vom 25.6.1951.  
 54 Heinen (Anm. 2), S. 438 – 446.  
 55 Pfeil (Anm. 18), S. 70.  
 56 BArchSAPMO, BY 1/1070, Bl. 26 ff., Instruktorsbericht v. 21.12.1951.  
 57 Ebd., Nr. 1060, Instruktorsbericht v. 20.1.1951; 70, Bl. 26 ff., Instruktorsbericht v. 21.12.1951.  
 58 Herrmann (Anm. 3), S. 342 ff.  
 59 Archiv des französischen Außenministeriums (MAE), Haut Commissariat en Sarre (HCS), Cabinet Politique, Doss. 70, Bl. 142, Ulrich Kloock an das Sekretariat des Parteivorstandes der KPD in Düsseldorf v. 30.5.1951.  
 60 Lappenküper (Anm. 14).  
 61 Wie Anm. 59.  
 62 MAE, HCS, Cabinet Politique, Doss. 70, Bl. 145, Ulrich Kloock an Sekretariat des Parteivorstandes der KPD vom 28.6.1951. Bundesarchiv Koblenz, Bundesministerium für innerdeutsche Beziehungen (B 137), Nr. 3446, Dr. von Gemmingen-Hornberg an Dr. Strohm v. 13.10.1950. Die Treuhänder der Röchling'schen Familiengemeinschaft vom 24.10.1950 an Dr. Erhard über Dr. Strohm.  
 63 Vgl. Hans-Christian Herrmann, Plante Hermann Röchling ein zusammenhängendes Montanrevier Saar-Lor-Lux?, in: Zeitschrift für die Geschichte der Saargegend 47/1994, S. 214–224.  
 64 Bergarbeiter kämpfen wir einig gegen den Schumanplan, der Plan der Verleumdung, des Ruins und des Krieges, hrsg. von der IG Bergbau im FDGB, 1953, S. 28.  
 65 Herrmann (Anm. 3), S. 387.  
 66 MAE, HCS, Cabinet Politique, Doss. 70, Bl. 145 ff.  
 67 Herrmann (Anm. 3), S. 379  
 68 Ebd., S. 370 ff, 376 ff.  
 69 Focus 19/1997.  
 70 BStU, MfS A 1844/70, Bl. 1 ff.  
 71 Landesarchiv des Saarlandes, Schneider-Becker-Archiv , C III 3 c, Sammlung von Presseauschnitten zum Attentat auf Johannes Hoffmann.  
 72 Die Bundesbeauftragte für die Unterlagen des Staatssicherheitsdienstes der ehemaligen DDR (BStU), MfS A 1844/70, Bl. 62, Schmeing an Wolf v. 28.9.1955.  
 73 Wie Anm. 71 und 72.  
 74 Ebd .  
 75 Ebd.  
 76 Pfeil (Anm. 18), S. 78 ff.  
 77 Neues Deutschland, Ausgabe A, vom 3.2.1955 und 4.2.1955.

78 *Wie Anm.* 71.

79 *Wie Anm.* 71, z. B. *Volksstimme* 11.2.1955.

80 *Focus* 19/1997.

81 BStU, MfS BV Dresden, Ast Nr. 6018, Bl. 9 – 12.

82 Winfried Becker, *Die Entwicklung der Parteien im Saarland 1945 bis 1955 nach französischen Quellen*, in: R. Hudemann und R. Poidevin (Hrsg.), *Die Saar 1945 – 1955. Ein Problem der europäischen Geschichte* München 1992, Becker, S. 289.

## Die Eingliederung des Saarlandes in die Bundesrepublik Deutschland - eine Erfolgsgeschichte?

*Marcus Hahn*

Als vor einem halben Jahrhundert den Saarländern das Europäische Statut für ihr Land in einem Referendum zur Zustimmung vorgelegt wurde, waren sich alle Beteiligten eigentlich darüber im Klaren, dass sie damit an einer epochenmachenden Wende angelangt waren.<sup>1</sup> In den Monaten vor dem Tag der Abstimmung, dem 23. Oktober 1955, waren keine Kosten und Mühen gescheut worden, möglichst jedem einzelnen Saarländer einzuhämmern, dass eine schicksalshafte Entscheidung von ihm verlangt wurde: Deutschland oder Frankreich - auf diese Alternative wurde die Fragestellung des Referendums im Abstimmungskampf gleichermaßen verkürzt wie erweitert. Denn wörtlich genommen war ja nur die Zustimmung zu einem europäisch grundgelegten Autonomie-Statut gefordert, wobei allerdings für den Fall einer Ablehnung im Text des vorausgehenden Vertrages zwischen der Bundesrepublik und der Republik Frankreich gerade keine Regelung vorgesehen war.

Wenn man vom Referendum ausgeht, war daher wirklich klar nur, dass sich etwas ändern würde. Wie aber die Zukunft der Saar in der zweiten Hälfte des 20. Jahrhunderts ganz genau aussehen würde, wusste niemand so genau. Daher erscheint der Mut manches heutigen Beobachters, der mit leichter Hand vom „Sieg“ der einen oder anderen Seite im Abstimmungskampf spricht, bei genauerem Hinsehen doch ziemlich überraschend. Nicht einmal das Abstim-

---

<sup>1</sup>Dieser Text basiert auf einem Vortrag, der im Rahmen einer Veranstaltungsreihe der Stiftung Demokratie gehalten wurde und Ergebnisse der 2003 erschienenen Dissertation des Autors reflektiert. Vgl. Marcus Hahn, *Das Saarland im doppelten Strukturwandel 1956-1970. Regionale Politik zwischen Eingliederung in die Bundesrepublik Deutschland und Kohlekrise, Merzig 2003*. Die Vortragsform wurde für den Druck weitgehend beibehalten. Auf Belege und Literaturverweise wurde daher verzichtet. Knappe Andeutungen zur Forschungslage sind am Ende beigefügt.

mungsergebnis, das mit Zweidrittel der Stimmen zwar eine satte, aber eben doch nicht einmütige Mehrheit für das „Nein“ zum Europäischen Statut erbrachte, lässt eine so eindeutige Interpretation zu. Und bei genauerer Lektüre zeigt sich auch, dass die damals verantwortlichen Politiker - trotz aller grundsätzlichen Gegensätze und trotz aller der Wahlkampfsituation geschuldeten Pointierungen - an den entscheidenden Stellen fast immer mit beträchtlicher Vorsicht formuliert haben. Wer ein sensationslüsterndes Publikum vor sich glaubt, mag zwar ohne Weiteres Zitate vorlegen wollen, in denen die Kontrahenten kein gutes Haar an ihrem jeweiligen Gegner bzw. dessen politischen Standpunkten lassen; wie im Einzelnen aber die eigenen Vorstellungen über die kommenden Jahre ausgesehen haben, lässt sich viel schwerer nachweisen. Beispielsweise formulierte mit Hubert Ney, dem ersten gewählten Ministerpräsidenten des Saarlandes in der Nach-Hoffmann-Ära, einer der profiliertesten Nein-Sager des Heimatbundes sogar anlässlich der offiziellen Eingliederungsfeier am 1. Januar 1957 ebenso unscharf wie vorsichtig. In seiner Rede war viel von „Heimat“, vom Deutschtum und vom „Wohle des gesamten Volkes“ die Rede. Glasklare Zukunftsvorstellungen aber sehen anders aus.

Die Frage, inwiefern die Eingliederung des Saarlandes in die Bundesrepublik als eine Erfolgsgeschichte zu schreiben ist, berührt insofern gleich zwei Probleme: Erstens sieht sich die Geschichtsschreibung bei diesem Thema stets mit höchst suggestiven politischen Texten konfrontiert, deren angemessene Interpretation einiges an methodischer Vorsicht bedarf. Zweitens herrschte bereits bei den Zeitgenossen keineswegs Einigkeit darüber, anhand welcher Maßstäbe Erfolg oder Mißerfolg regionaler Politik im deutsch-französischen Spannungsfeld zu bemessen sind. An Dringlichkeit fehlt es dieser Frage aber trotzdem nicht, sind doch die gravierenden wirtschaftlichen Probleme des Landes und auch seine daraus resultierende Finanzsituation bis heute Dauerbrenner politischer Diskussionen über den Föderalismus und die 60er Jahre. Das warf früher bereits und wirft bis heute die Frage auf, ob die Bedeutung der Entscheidung vom 23. Oktober 1955 nicht vielleicht überschätzt wird. Stellten nicht zumindest die Kohlekrise und die daraus resultierenden Probleme im Montansektor säkulare Ereignisse dar, die das Saarland unabhängig vom Ausgang des Referendums getroffen hätten?

Mit einiger Sicherheit feststellen kann man diesbezüglich nur, dass das Ausmaß der im Saarland nach 1955 eingetretenen Veränderungen die Vorstellungskraft der meisten Beobachter und Beteiligten bei Weitem überschritten hat. Wie unerwartet und heftig diese Veränderungen wirken konnten, sollte als

einer der Ersten der gerade zitierte Hubert Ney am eigenen Leib erfahren. Zwar war die Stellung dieses kantigen CDU-Politikers selbst in den eigenen Reihen nie unumstritten gewesen - dafür war er stets viel zu unversöhnlich mit Kritikern umgegangen -, aber dass sein ganzes Politik-Modell, nämlich der deutsch-national argumentierende Heimatbund, binnen weniger Monate nach dem Referendum Schiffbruch erleiden würde, damit hatte wohl niemand gerechnet. Denn schon zu dem Zeitpunkt, als er seine Eingliederungsrede hielt, besaß er als Regierungschef keine Mehrheit mehr im Parlament. Seine Heimatbund-Koalition war auseinandergebrochen, weil die DPS unter Heinrich Schneider am 13. Dezember 1956 die Zustimmung zum so genannten Eingliederungsgesetz verweigert hatte, mit dem der rechtliche und politische Rahmen für die Eingliederung in die Bundesrepublik geschaffen werden sollte.

Dieses Scheitern des Heimatbundes hatte viel damit zu tun, dass keine der an der Abstimmung beteiligten Parteien inhaltlich oder programmatisch auf die Ablehnung des Statuts und die daraus resultierenden neuen Aufgaben vorbereitet war. Und auch nach dem Referendum blieb kaum Zeit für solche Grundsatzprobleme: Schon für den 15. Dezember 1955 waren Neuwahlen des saarländischen Landtags angesetzt, und unter den völlig veränderten Bedingungen ging es für die Parteiführungen hauptsächlich darum, ihre mittlerweile doch wahlkampfmüde gewordenen Anhänger neu zu motivieren.

Dementsprechend blieb die Saar bei den Vorbereitungen für die Verhandlungen über ihr zukünftiges Schicksal weitgehend außen vor. Da das europäische Statut für das Saarland keine Bestimmungen für den Fall seiner Ablehnung enthielt, fiel die primäre Verantwortung nämlich auf die diplomatische Ebene zurück. Während allerdings schon unmittelbar nach dem Referendum sowohl in Bonn als auch in Paris eigene Arbeitsgruppen eingesetzt wurden, um das weitere diplomatische Vorgehen vorzubereiten, und während auch schon erste Kontaktaufnahmen auf Ministerebene stattfanden, um die zentralen Eckpunkte künftiger Saar-Verhandlungen abzustecken, war die saarländische Übergangsregierung unter Ministerpräsident Heinrich Welsch auf ihr Mandat zur Führung der Geschäfte und zur Aufrechterhaltung von Ruhe und Ordnung beschränkt. Eine konzeptionelle Auseinandersetzung mit den Existenzfragen der Zukunft blieb aus.

Nun fehlt hier leider der Raum, den außerordentlich interessanten Gang dieser schon Ende Januar beginnenden Luxemburger Verhandlungen über die Saarfrage im Jahr 1956 nachzuzeichnen. Eigentlich wären wenigstens ein paar



Worte darüber zu verlieren, wie wenig effizient diese Verhandlungen verliefen, weil die Delegationen sich von Anfang an immer wieder in halsstarrig geführte Auseinandersetzungen über Einzelheiten verstrickten. Man kann das eigentlich nur als diplomatischen Kleinkrieg bezeichnen. Es wäre auch davon sprechen, dass die bundesdeutsche Seite ganz genauso wenig auf die Möglichkeit einer Rückkehr der Saar zu Deutschland vorbereitet war wie die Saarländer. Politische Konzepte für diesen Fall hatte man keine in petto und klare Verhandlungsziele auch nicht. Dementsprechend war die deutsche Verhandlungsführung unter Staatssekretär Walter Hallstein der französischen Maximalforderungsstrategie einigermaßen ratlos ausgeliefert.

Klar war hauptsächlich, dass auch die deutsche Seite die Saarländer unter allen Umständen aus den Verhandlungen heraushalten wollte, denn nichts befürchtete man mehr, als von den Saarländern gegen Frankreich ausgespielt zu werden. Klar war auch, dass man eine möglichst schnelle Lösung der Saarfrage erreichen wollte; dabei spielten sicher schon die kommenden Verhandlungen über die Europäische Wirtschaftsgemeinschaft eine Rolle, die man sich keinesfalls durch das Saar-Problem blockieren lassen wollte. Jedenfalls verloren die deutschen Unterhändler in der zweiten Hälfte des Jahres 1956 immer öfter die Nerven, wenn die Saar-Regierung, die inzwischen Zeit zum Nachdenken gefunden hatte, nun doch begann, eigene Forderungen zu erheben. Als die Saarländer dann sogar damit drohten, die Verhandlungen insgesamt scheitern zu lassen, falls französische Ansprüche (wie z. B. der auf Kohle aus dem Warndt) nicht abgewehrt würden, platzte der deutschen Bundesregierung endgültig der Kragen.

Welche Faktoren beeinflussten dabei die Debatte im Saarland? Bei den Wahlen zum saarländischen Landtag am 15. Dezember 1955 hatte sich die CVP Johannes Hoffmanns zur allgemeinen Überraschung - und zum Ärger der CDU - als drittstärkste Kraft stabilisiert. Auch die Hoffnungen Kurt Conrads, des Vorsitzenden der prodeutschen Sozialdemokratie, der auf ein Scheitern der verfeindeten Schwester SPS spekuliert hatte, waren nicht erfüllt worden. Damit war eines klar: Wenn es jemals zu einer Eingliederung in die Bundesrepublik kommen sollte, war dazu eine Verfassungsänderung notwendig - und die war aufgrund der Mehrheitsverhältnisse ohne die CVP nicht zu erreichen. Eine Versöhnung, zumindest aber ein Waffenstillstand mit den einstigen Erzfeinden war nötig. Und genau das war nun gerade nicht die Stärke eines Hubert Ney. Dem neuen Ministerpräsidenten, der sich selbst gerne als erster demokratisch gewählter Ministerpräsident bezeichnen ließ, hätte es viel besser gefallen,

wenn er mit seiner Heimatbündkoalition einfach hätte durchregieren können. Daher war seine Entmachtung nur eine Frage von Monaten.

Als das Scheitern von Hubert Ney absehbar wurde, war die große Stunde der Diadochen gekommen. Egon Reinert ist hier zu nennen, der sich schon bei der ersten Kabinettsbildung gegen seinen Dillinger Kontrahenten Franz Josef Röder durchsetzte. Aber auch junge Kräfte aus der CVP traten damals in Erscheinung, Werner Scherer beispielsweise, der rhetorisch gewandte und taktisch kluge wirtschaftspolitische Kopf seiner Fraktion. Die politische Leistung dieser Phase bestand darin, einen Stil der politischen Auseinandersetzung zu finden, der es einerseits ermöglichte, die alten Schaukämpfe über die Zeit vor 1955 weiterhin auszutragen, der es aber andererseits verhinderte, dass sich die Politik wegen dieser quasi historischen Debatten immer weiter auseinanderdividierte. Und als wäre das nicht schon schwierig genug, mussten außerdem die machtpolitischen Aspekte berücksichtigt werden: Für die bürgerlichen Kräfte ging es darum, die Sozialdemokraten kleinzuhalten, deren Ausgangssituation allerdings nach den Landtags- und Kommunalwahlen schon denkbar ungünstig war. Der Hauptgegner aller aber war die DPS: Deren Höhenflug seit dem Referendum war ein unberechenbares Element in der traditionellen Machtverteilung zwischen Links und Rechts, und ihr Wählerpotenzial war eine höchst interessante „Beute“.

Letztlich hatte man also enorm viel zu tun, so dass für die aus heutiger Sicht eigentlich entscheidende Frage, wie denn das Saarland auf die kommende Eingliederung vorzubereiten wäre, kaum noch Zeit übrig blieb. Aber nicht nur die Politik, auch die politische Verwaltung war überfordert. Erst nach den Sommerferien und bis in den Oktober 1956 hinein, also bis kurz vor der Unterzeichnung des Saarvertrags, bekriegten die saarländischen Fachausschüsse ihre Verhandlungspartner mit umfangreichen Dossiers und Stellungnahmen. Dies war zwar weitgehend wirkungslos, weil viel zu spät, band aber so viele Kräfte, dass praktisch keine Zeit mehr für die Bearbeitung des Eingliederungsgesetzes blieb, das im deutsch-saarländischen Verhältnis die juristischen und politischen Einzelheiten der Eingliederung regeln sollte. Auch in diese Verhandlungen stolperte man daher einigermaßen unvorbereitet.

Dass die DPS dem Eingliederungsgesetz in der entscheidenden Schlussabstimmung am 13. Dezember 1956 dann die Zustimmung verweigerte, weil sie darin die saarländischen Interessen nicht ausreichend gewürdigt sah, war von daher gar nicht einmal unbegründet. Für die Eingliederung war eine Übergangszeit zwischen politischer Eingliederung am 1. Januar 1957 und der voll-



ständigen, dann auch wirtschaftlichen Eingliederung vorgesehen, die spätestens an Silvester 1959 vorgenommen werden sollte. Praktisch bedeutete diese Übergangszeit aber für die Wirtschaft keine Entlastung, sondern eine zusätzliche Belastung, weil man für beide Märkte, den deutschen und den französischen, gleichzeitig produzieren musste. Die in Aussicht gestellten Hilfen waren dagegen viel zu gering und zudem - zumindest was die Investitionshilfen angeht - nur als Kredite ausgeschrieben. Dabei hätte man Investitionsmittel dringend gebraucht, nachdem man jahrelang vom deutschen Investitionsgütermarkt de facto abgeschnitten war und die Modernisierung und Rationalisierung vor allem der verarbeitenden Industrie unter der Schwäche des Franc gelitten hatte.

Überhaupt: der Wertverlust des Franc. In den innen- und außenpolitischen Wirren der Endphase der Vierten Republik in Frankreich verlor deren Währung zunehmend an Vertrauen auf den internationalen Finanzmärkten. Für die Saarländer bedeutete das Preissteigerungen und Kaufkraftverluste, denen man quasi hilflos ausgeliefert war. Andererseits profitierte man von den außenwirtschaftspolitischen Vorteilen dieser Währungspolitik nur in sehr geringem Umfang. Dazu war die verarbeitende Industrie im Saarland einfach viel zu schwach vertreten. Vollends den Eindruck, in den Ruinen eines untergehenden Staates zu leben, vermittelte das Schicksal des saarländischen Sozialleistungssystems. Darauf war man so stolz gewesen, dass nicht einmal die entschiedensten Nein-Sager gewagt hatten, es in Frage zu stellen. Als Anton Storch-Affäre ist eine Episode in die Geschichte eingegangen, die der damalige deutsche Arbeitsminister Anton Storch (CDU) ausgelöst hat, als er im Dezember 1956 ohne jede Rücksprache vor der Presse erklärt hatte, dass eine Weiterführung des saarländischen Familienzulagen nach der Eingliederung überhaupt nicht in Frage komme. Sein saarländischer Kollege Kurt Conrad (SPD) soll darauf hin lautstark getobt haben, hatte er doch die Garantie des sozialen Besitzstandes im Saarland zu seinem persönlichen Programm erhoben. Kurzfristig konnte er mit seinen wütenden Dementis wenigstens die theoretische Möglichkeit dafür offenhalten und so die Zustimmung seiner Fraktion zum Eingliederungsgesetz ermöglichen. Mittelfristig bedeutete die Abwicklung der saarländischen Sozialkassen aber für die saarländische Sozialdemokratie viel mehr noch als nur ein persönliches Scheitern Conrads.

Um an dieser Stelle kurz innezuhalten: Zu zeigen war, dass die saarländische Politik trotz aller für die Öffentlichkeit scharf formulierten Standpunkte weitgehend unvorbereitet in die Zeit nach dem Referendum gegangen ist. Von einer

geordneten Vorbereitung auf die neuen Herausforderungen, die das Land zu erwarten hatte, indem es mit seinem Votum dem Vorschlag der späteren Abstimmungssieger folgte, kann keine Rede sein. Bis weit in das Jahr 1956 hinein waren Art und Umfang der künftigen Veränderungen weder in der Politik noch in den politischen Verwaltungen einigermaßen absehbar. Nun ist die Versuchung groß, die Probleme des Saarlandes nach der Eingliederung auf dieses Manko zurückzuführen. Kann diese These überzeugen?

Wenn im Folgenden von der Krise der frühen 60er Jahre die Rede ist, muss vorausgeschickt werden, dass anfangs eigentlich nur sehr wenig auf eine solche Krise hindeutete. Die wirtschaftliche Eingliederung am 5./6. Juli 1959 ist nach Einschätzung aller Beobachter überraschend ruhig verlaufen. Es gab kaum technische Probleme bei der Umstellung auf die neue Währung, und die Schwierigkeiten z.B. bei der Umrechnung von Preisen waren relativ gering. Natürlich erregten Einzelfälle von Händlern, die bei der Preisumstellung kurzerhand 100 : 1 umgerechnet hatten (anstatt 117,50 : 1, wie es richtig gewesen wäre), vorübergehend einige Aufmerksamkeit. Insgesamt war man aber viel eher positiv beeindruckt von der glitzernden neuen Warenwelt, die da auf einmal in die Schaufenster und Regale kam, und die Werbung tat das Ihre, den Konsumenten in die Rolle des unworbenen Kunden zu versetzen. Und auch wirtschaftspolitisch schien das meiste gutzugehen: Der Zusammenbruch der saarländischen Wirtschaft, den manche Schwarzseher für den Tag X vorausgesehen hatten, blieb weitgehend aus.

Die Realität holte die Hoffnungen auf eine auf Rosen gebettete Zukunft des Landes jedoch sehr schnell ein. In dem Maße, in dem die Saarländer Erfahrung mit ihrer neuen Währung sammeln konnten, wurde klar, dass auch die Bundesrepublik kein Schlaraffenland war. Zumindest die im Vergleich zum eigenen Verdienst recht hohen Preise waren die Kehrseite einer stabilen Währung und schränkten die Konsummöglichkeiten stärker ein, als es die Konsumwünsche zu akzeptieren bereit waren. Außerdem stand der Kauf auf Raten - in der Bundesrepublik schon seit Längerem ein gängiges Verhalten aufgeklärter Konsumenten - im Saarland im Widerspruch zu über Jahre hinweg antrainierten Verhaltensweisen. Es ist daher kein Wunder, dass die erste gründliche Erhebung des Meinungsklimas an der Saar nach der Eingliederung ziemlich negativ ausfiel. In einer Studie der Arbeitskammer von 1962 ist sehr viel von Enttäuschungen und Pessimismus die Rede. Sogar die Frage nach dem Europäischen Statut für das Saarland wurde nun neu bewertet.

Es wäre aber viel zu kurz gegriffen, die Krise der Jahre 1961/63 ausschließlich auf sozialpsychologische Faktoren zurückzuführen. Stattdessen zeigten die meisten der harten wirtschaftspolitischen Daten ebenfalls nach unten. Praktisch alle Zweige der Industrie hatten im Vergleich zur Bundesrepublik dramatische Rückschläge zu verkraften. Vor allem die Geschäfte der Saarbergwerke AG liefen überhaupt nicht gut. Das Unternehmen, das mit dem Saarvertrag erstmals in saarländische Hand gekommen war, weil Bund und Land die Anteile daran von der französischen Régie des Mines übernommen hatten, geriet ab 1959 in den Sog der europäischen Kohlekrise. Damit taumelte der größte Arbeitgeber im Saarland. Dass diese Krise kommen würde, war zwar bereits 1957/58 prognostiziert worden; auch waren durchaus erste Anpassungsmaßnahmen wie z. B. die Schließung der Grube St. Ingbert vorgenommen worden. Aufs Ganze gesehen war jedoch der Umfang der in Angriff genommenen Maßnahmen längst nicht ausreichend. Man kann die damalige Denkweise sehr deutlich an einem Besprechungsprotokoll über die Grubenschließung in St. Ingbert aus den Akten der Landesregierung erkennen. Unternehmensleitung und Gewerkschaftsvertreter hatten eine Krisensitzung mit der Landesregierung gefordert, die die Schlichtung zwischen den über die sozialen Auswirkungen der Schließung zerstrittenen Parteien herbeiführen sollte. Einer der zentralen Punkte des in dieser Sitzung vereinbarten Kompromisses war die Sicherung der Zukunft des Grubenorchesters.

Von einiger Kreativität zeugte aber das neue Rahmenkonzept zur Sanierung des saarländischen Bergbauunternehmens, das der Vorstand der Saarbergwerke als so genannten „ersten Generalplan“ ins Werk setzte. Auf die Einzelheiten dieses Plans, der neben vielen Entlassungen und Rationalisierungsmaßnahmen auch eine Expansion des Unternehmens auf rentable Geschäftsfelder vorsah, kann hier nicht eingegangen werden. Wichtig ist, dass dieser Plan der saarländischen Landespolitik aus einem wirklich komplizierten Dilemma hinaushalf. Die Krise dieser Jahre war ja eben keineswegs nur eine der Steinkohle. In den allermeisten Wirtschaftszweigen hatten sich die Hoffnungen nach der Eingliederung nicht erfüllt. Die Saarwirtschaft war ertragsschwach, weil sie zu wenig konkurrenzfähig war; sie war wachstumsschwach, weil sie zu wenig an den neuen Boombranchen beteiligt war; und sie war investitionsschwach, weil die Unternehmen nach den schwierigen Jahren der Umstellung einfach keine freien Mittel mehr besaßen. Kurz und schlecht: Anstatt von der Wachstumslokomotive Bundesrepublik mitgerissen zu werden, schien man am äußersten Rand der Republik von der weiteren Entwicklung abgehängt zu werden.

Wirksame Gegenmaßnahmen waren gefordert, aber wer sollte die bezahlen? Aus der Zeit der Währungs- und Zollunion mit Frankreich hatte man eine immense Staatsverschuldung geerbt, weil das französische Steuersystem keinen Ausgleich für den ja schon seit Jahren umsatzstarken, aber eben ertragschwachen Bergbau im Saarland vorsah. Während der Eingliederung hatte die Bundesrepublik zwar viele Mittel bereitgestellt, die aber nicht zur Schuldentilgung, sondern zur Abfederung der Umstellungsschwierigkeiten vorgesehen waren. Diese Mittel waren zudem in der Regel als Kredite gewährt worden - mußten also zurückgezahlt werden - und hatten daher das Finanzproblem des Saarlandes eher noch vergrößert. Nun brachen aufgrund der schlechten Konjunktur auch noch die Steuereinnahmen ein, obwohl man gleichzeitig ein großes Modernisierungsprogramm hätte aufstellen müssen, um nicht völlig den Anschluss an die Bundesrepublik zu verlieren. Der Generalplan der Saarbergwerke war diesbezüglich ein sehr interessantes Konzept. Er war viel mehr als ein Sanierungsprogramm. Die Saarbergwerke sollten beispielsweise in Zukunft verstärkt in Boombranchen wie z. B. der Chemieindustrie investieren, die zudem, grenzüberschreitend organisiert, zur besseren Vernetzung der Wirtschaft im Saar-Lor-Lux-Raum führen sollte. Das zeigt, dass der Generalplan eher ein regionalpolitisches Modernisierungsprogramm war. Die Saarbergwerke wurden damit zu einer Art regionalpolitischer Modernisierungsagentur. Der „Trick“ dabei bestand darin, dass der Bund als Eigentümer von drei Vierteln der Aktien zur Finanzierung der geplanten Maßnahmen herangezogen werden konnte.

Nun können hier längst nicht alle Aspekte jener großen Krise der Jahre 1961 bis 1963 angesprochen werden, die der Erwähnung wert wären. Selbst den vielleicht interessantesten Themenbereich, nämlich die merkwürdige Geschichte des Saar-Pfalz-Kanals, muss leider außen vor bleiben. Trotzdem sollte die zentrale These deutlich geworden sein: Der Strukturwandel im Saarland nach 1955 war deshalb so kompliziert, weil sich darin säkulare Trends wie die europäische Kohlekrise mit den singulären Auswirkungen der politischen und wirtschaftlichen Eingliederung des Saarlandes in die Bundesrepublik zu einem unentwirrbaren Geflecht verknüpften. Man kann insofern von einem doppelten Strukturwandel sprechen. Dass die handelnden Akteure in den Jahren nach 1955 auf diesen doppelten Strukturwandel praktisch nicht vorbereitet waren, hat die Probleme des Landes deutlich verschärft.

Auch wenn man also mit den heutigen Methoden der Erklärung für die Probleme des Saarlandes in den frühen 60er Jahren schon recht nahe kommen kann,

darf man nicht übersehen, dass der zur Mitte des Jahrzehnts wieder wachsende Optimismus durchaus nicht aus der Luft gegriffen war. Die Möglichkeit von Anpassungsschwierigkeiten hatten ja auch die größten Nein-Sager nie geleugnet. Und als die Konjunkturdaten ab 1964 auch im Saarland wieder aufwärts zeigten, konnten sich viele sehr wohl bestätigt sehen. Um die These zu begründen, dass bereits die Krise der frühen 60er Jahre tatsächlich speziell in der saarländischen Situation grundlegende strukturelle Probleme aufzeigte, müssen zwei weitere Faktoren erwähnt werden. Erstens ist darauf hinzuweisen, dass das föderale Wirtschafts- und Finanzsystem der Bundesrepublik in der damaligen Zeit nur über wenige politische Instrumente verfügte, die dazu geeignet gewesen wären, die speziellen Probleme einer wirtschaftlich starken, aber strukturell und finanziell schwachen Region zu lösen. Zweitens wurde die Situation im Saarland dadurch verschärft, dass man sich nicht nur mit Problemen des aktuellen Strukturwandels herumschlagen hatte, sondern dass man auch immer noch mit einer Reihe von Schwierigkeiten konfrontiert war, die ihre Ursachen eigentlich in sehr viel älteren Phasen des Strukturwandels hatten.

Eines dieser letztgenannten Probleme war z. B. der Mangel an Industrie- und Wohnflächen in der industriellen Verdichtungszone am Mittellauf der Saar. Diesbezüglich hatte die saarländische Politik schon seit den 20er Jahren Konzepte entwickelt; das Demonstrativbauvorhaben „Wohnstadt“ in Überherrn ist womöglich eines der bekannteren der Nachkriegszeit. Derartige Projekte basierten oft auf Voraussetzungen, die nun, unter den geänderten Bedingungen, nur noch zum Teil zutrafen. In Überherrn wollte man beispielsweise ursprünglich Wohnraum für Arbeiter der saarländischen Schwerindustrie schaffen. Zwischendurch, als der Personalabbau im Bergbau und die Ansiedlung neuer Betriebe in ganz anderen Gegenden die Voraussetzungen verändert hatten, musste die Zielsetzung der Maßnahme immer wieder neu angepasst werden. Diese Fälle sind insofern interessant, als man daran erkennen kann, dass die saarländische Politik und Verwaltung in den 60er Jahren den säkularen Trend zum Wandel schwerindustrieller Strukturen nicht einfach verschlafen haben. Vielmehr waren gerade die innovativen Kräfte durchaus mit Struktur-reformen beschäftigt, die sich nur eben zu oft auf ältere, allerdings ebenfalls noch längst nicht bewältigte Phasen des Strukturwandels bezogen.

Genau diese Komplexität der Probleme macht deren Deutung aus heutiger Sicht so schwierig. Beispielsweise sind die Auswirkungen der Krise der Jahre 1961/63 anhand der zeitgenössischen Wahlergebnisse nur sehr schwer nachzuvollziehen. Ganz im Gegenteil: Die DPS Heini Schneiders folgte weiter ihrem

Abwärtstrend, je mehr Zeit seit ihrer glorreichen Phase als Schlüsselfigur der Nein-Sager im Heimatbund verstrichen war. Und die SPD hing zwar nicht mehr im 30-Prozent-Getto der 50er Jahre fest, konnte aber von den gravierenden Problemen der CDU-Regierung nicht weiter profitieren. Vielmehr war die dominante Stellung Franz Josef Röders und seiner CDU bei den Landtagswahlen des Jahres 1965 ungebrochen, nachdem sie die alte Spaltung der Christdemokratie endlich überwunden hatte. Es ist letztlich unklar, warum die Kräfteverhältnisse der Parteien im Saarland so stabil geblieben sind, obwohl in diesen stürmischen Zeiten so viele Hoffnungen und Erwartungen enttäuscht worden sind.

Zu vermuten ist, dass die Parteien den auf dem politischen System als Ganzem lastenden Modernisierungsdruck internalisiert haben. Indizien dafür finden sich z.B. in der Geschichte der SPD. Kurt Conrad, der große, wenn auch noch gar nicht so alte Mann der saarländischen SPD, fiel diesem Prozess letztlich zum Opfer. Er hatte schon 1956 das Heil seiner Partei in der Regierungsarbeit gesucht. Gegen den Rat mancher Parteimitglieder war er in eine Koalition mit der CDU eingetreten und hatte sich sogar zum Sozialminister ernennen lassen, um in diesem Amt die spezielle Kompetenz seiner Partei zu beweisen und sie so aus der chronischen Unterlegenheit gegenüber den Christdemokraten herauszuführen. Dabei hatte er auch die Einigung der Sozialdemokratie im Auge, die er als Minister sehr viel machtvoller betreiben konnte. Aufgegangen ist diese Rechnung aber nicht. Vielmehr hat die SPD ganz im Gegenteil sogar gerade denjenigen Teil der Eingliederungsschwierigkeiten auf sich konzentriert, der besonders viel Verärgerung beim Wähler hervorrief.

Selbst als Conrad 1960 aus der Regierung herausgewählt wurde, blieb sein Kurs staatsmännisch. Konstruktive Opposition nannte er seine Strategie, notwendige Kompromisse auch dann mitzutragen, wenn sie mit der Programmatik seiner Partei kaum zu vereinbaren waren. Die bessere Regierungspartei wollte er sein. Genutzt hat ihm das bei den Wählern nicht viel; an ein Schritthalten mit den großen Fortschritten der Bundes-SPD nach Bad Godesberg war im Saarland nicht zu denken. Die jungen, wilden Abgeordneten, die 1965 neu ins Parlament gewählt wurden, wollten das nun auf keinen Fall mehr akzeptieren. Zu nennen ist beispielsweise der unlängst verstorbene Wilhelm Silvanus aus Saarlouis, dessen erste Rede im Parlament bereits mindestens ebenso sehr eine Abrechnung mit seinem eigenen Fraktionsvorsitzenden darstellte wie mit dem Ministerpräsidenten der CDU. Als Conrad nun im Jahr 1969 auch noch die zaghafte Reform des konfessionell gegliederten Schulsystems im Saarland mit-

tragen wollte, war die Geduld der jungen SPD-Abgeordneten endgültig am Ende. Da ihnen der mit Zustimmung ihres Vorsitzenden ausgehandelte Reformvorschlag nicht weit genug ging, verweigerten sie dem Gesetz die Zustimmung und stellten damit ihren Partei- und Fraktionsvorsitzenden vor aller Öffentlichkeit bloß. Solcherart düpiert, war das Ende seiner Karriere eingeläutet. Conrads Sturz ist ein interessantes Beispiel dafür, wie ausgerechnet eines dieser sehr alten, tief in den älteren Phasen des Strukturwandels verwurzelten Probleme zur Neufassung der sozialdemokratischen Oppositionspolitik führte.

Kampfabstimmungen gab es im Saarland allerdings eine ganze Reihe, als in den Jahren 1966/67 die Bundesrepublik zum ersten Mal in ihrer Geschichte von einer Rezession geschüttelt wurde. Die Geschäfte der Saarländischen Wirtschaft liefen so schlecht wie nie. Damit rückte jener ökonomische Zusammenbruch, den viele für das Jahr 1959 vorausgesagt hatten, in greifbare Nähe. Die im Luxemburger Vertrag von 1956 vereinbarten Kohlelieferungen an Frankreich waren nun einer der Faktoren, die die Saarbergwerke überhaupt noch über Wasser hielt. Die Landesfinanzen jedoch gerieten völlig aus den Fugen, sodass schließlich sogar Darlehen zur Deckung laufender Ausgaben aufgenommen werden mussten - ein nach damaligen Maßstäben verfassungsrechtlich problematisches Vorgehen. Zwar half das föderale Finanzsystem seinem de facto zahlungsunfähigen Mitglied mit Sofortmaßnahmen aus der Patsche; es wurde aber deutlich, dass eine umfassende Reform nötig war.

Verabschiedet wurde diese Reform dann bereits unter der Großen Koalition, die den föderalen Finanzausgleich auf völlig neue Füße stellte. Wichtig ist dabei, dass nicht nur die Mittelverteilung, sondern auch die regionalpolitischen Konzepte modernisiert wurden. Erstmals erhielt das Saarland unter Federführung einer Planungskommission der Staatskanzlei ein umfassendes, und zwar staatliches, Entwicklungsprogramm, das wissenschaftlichen Kriterien entsprach. Dieses Programm formulierte nun endlich jene Entwicklungsstrategie, die in den Jahren zuvor nicht vorgelegt worden war. Erst jetzt besaß das Saarland eine politische Strategie, die den Anforderungen der neuen Umstände einigermaßen gerecht wurden - und erst jetzt verfügte der Bund ansatzweise über Instrumente, um die speziellen Schwierigkeiten seiner Problemregionen sachgerecht zu bewältigen.

Aus strukturhistorischer Perspektive könnte man daher davon sprechen, dass erst mit diesen Maßnahmen die Eingliederung in vollem Umfang vollendet wurde. Dabei ist es sehr wichtig, dass die Modernisierung der Politik nicht nur

auf Bundes- oder auf Landesebene erfolgte, sondern als ein Prozess struktureller Konvergenz zu verstehen ist. Beide Seiten mussten ihre politischen Konzepte und Instrumentarien an die neuen Bedingungen anpassen, wobei das Saarland aufgrund seiner geringen Größe mit seinen Problemen womöglich nicht alleinige Ursache, ganz bestimmt aber ein auslösender Faktor war.

Wie fällt nun das Gesamturteil aus? Wichtig ist die Feststellung, dass die Ausgangssituation des jungen Bundeslandes aus vielen Gründen alles andere als günstig war. Die Eingliederung hat diese Probleme sicher nicht alle geschaffen, aber eben auch längst nicht alle gelöst. Festzuhalten ist, dass die Bewältigung der Schwierigkeiten dieser besonders problembelasteten Region vor wie nach der Eingliederung maßgeblich von der Innovationsfähigkeit regionaler Politik abhing, mithin also von einem möglichst großen regionalpolitischen Gestaltungsspielraum - und dessen kreativer Nutzung. Als Frage von großer Bedeutung erwies sich dabei auch die sachgerechte Einpassung der regionalen Regionalpolitik in den politisch übergeordneten Zusammenhang. Darin bestand bereits in der Phase der Teilautonomie im Verhältnis mit Frankreich das Grundproblem; im Zuge der Eingliederung traten durchaus ähnliche Schwierigkeiten im Verhältnis zur Bundesrepublik auf.

Kann man also von der Eingliederung als einer Erfolgsgeschichte sprechen? Ein klares Ja auf diese Frage wäre sicherlich ebenso falsch wie die im Umfeld des Referendums von manchen geäußerten Hoffnungen auf nationale Erlösung übertrieben waren. Aus dem krisenhaften Verlauf der wirtschaftlichen und politischen Geschichte des Saarlandes in den 60er Jahren jedoch direkt auf ein Scheitern der Eingliederung zu schließen, geht wohl zu weit.

Richtiger ist es hervorzuheben, dass die mittel- und langfristig wirksamen Ansätze zur Lösung regionalpolitischer Probleme auch in den 60er Jahren im Kontext der politischen Diskussionen innerhalb des Bundeslandes entstanden sind. Das hing auch damit zusammen, dass sich der bundesdeutsche Föderalismus in dieser Zeit als ein sehr anpassungsfähiges Konzept erwies, dessen Stärke in der Berücksichtigung regionaler Besonderheiten bestand. Besonders deutlich wird dies daran, dass im Zuge der Eingliederung nicht nur die strikt nationalen Politik-Ansätze mancher Heimatbund-Politiker gescheitert sind, sondern dass ganz im Gegenteil sogar die grenzüberschreitende Zusammenarbeit mit den Nachbarn im Westen als Instrument der Regionalpolitik neu fundiert wurde.

Inwieweit dieser Befund zu verallgemeinern ist, steht noch zur Diskussion. Sicherlich stellen sich heute viele Probleme anders dar, seit das integrierte Europa in vielen Bereichen Funktionen der Nationalstaaten übernommen hat. Speziell die Geschichte des doppelten Strukturwandels im Saarland kann aber Argumente dafür liefern, dass die Leistungsfähigkeit regionaler Politik und ihre messbaren Erfolge einen wichtigen Strukturfaktor europäischer Politik darstellen können.

## Literaturhinweise

Einen Zugang zur methodisch wie thematisch sehr vielfältigen historischen Saarforschung bieten die Sammelbände von Klaus-Michael Mallmann, Gerhard Paul, Ralph Schock u. Reinhard Klimmt (Hg.), *Richtig daheim waren wir nie. Entdeckungsreisen ins Saarrevier 1815-1955*, Bonn 1987; Rainer Hudemann u. Raymond Poidevin unter Mitarbeit v. Annette Maas (Hg.), *Die Saar 1945-1955. Ein Problem der europäischen Geschichte*, München 1992, S. 381-396; Rainer Hudemann, Burkhard Jellonnek u. Bernd Rauls unter Mitarbeit v. Marcus Hahn (Hg.), *Grenz-Fall. Das Saarland zwischen Frankreich und Deutschland 1945-1960*, St. Ingbert 1997.

Zum internationalen Kontext der Verhandlungen zur Lösung der Saarfrage vgl. den detaillierten diplomatiehistorischen Überblick von Ulrich Lappenküper, *Die deutsch-französischen Beziehungen 1949-1963. Von der „Erbsfeindschaft“ zur „Entente élémentaire“*, München 2001, sowie die Einordnung in der Perspektive internationaler Politik von Armin Heinen, *Die Saarfrage und das Europa der Vaterländer. Diskurslogiken, gesellschaftliche Veränderungen und die Pariser Außenministerkonferenz*, in: Hélène Miard-Delacroix u. Rainer Hudemann (Hg.), *Wandel und Integration. Deutsch-französische Annäherungen der fünfziger Jahre - Mutations et intégration. Les rapprochements franco-allemands dans les années cinquante*, München 2005, S. 125-137. Unverzichtbar ist weiterhin die Darstellung von Jean-Paul Cahn, *Le second retour. Le rattachement de la Sarre à l'Allemagne 1955-1957*, Frankfurt a.M. u.a. 1985.

Die Geschichte der Parteien im Saarland kann zumindest in der Periode bis 1956 als recht gut erforscht gelten. Einen Zugang zur Literatur bieten die Aufsätze von Markus Gestier u. Armin Herrmann, *Die Christliche Einigung an der Saar. CVP und CDU 1955-1959*, in: *Zeitschrift für die Geschichte der Saargegend* 48 (2000), S. 276-307; Jean-Paul Cahn, *Von der sozialistischen Einheit zum Bruch der Heimatbundregierung. Sozialdemokratie an der Saar und ihr Verhältnis zum Parteivorstand der SPD von der Volksabstimmung bis zum Ende der Heimatbundregierung (1955-1957)*, in: *Jahrbuch für westdeutsche Landesgeschichte* 25 (1999), S. 603-624; Marcus Hahn, *Die DPS - Liberaler Neuanfang im deutsch-französischen Spannungsfeld*, in: Hudemann, Jellonnek u. Rauls (Hg.), *Grenz-Fall*, S. 199-224. Die Geschichte der Kommunistischen Partei stellt allerdings ein Desiderat dar.

Die Wirtschaftsgeschichte des Saarlandes seit den 60er Jahren ist noch nicht sehr gut erforscht. Wichtige Hinweise dazu liefert die Gesamtdarstellung der Geschichte des teilautonomen Saarstaates von Armin Heinen, *Saarjahre. Politik und Wirtschaft im Saarland 1945-1955*, Stuttgart 1996. Jörg Roesler, *Die wirtschaftliche Rückgliederung der Saar. Erwartungen, Enttäuschungen, Entwicklungen*, in: Hudemann, Jellonnek u. Rauls (Hg.), *Grenz-Fall*, S. 445-464, zeigt erste Interpretationslinien auf. Zu den Problemen der Übergangszeit formuliert Hans-Christian Herrmann, *Eine Bilanz der kleinen Wiedervereinigung. 40 Jahre nach der wirtschaftlichen Rückgliederung des Saarlandes*, in: *Zeitschrift für die Geschichte der Saargegend* 48 (2000), S. 309-328, prägnante Thesen.

Die Komplexität des saarländischen Strukturwandels wird in der Forschung erst allmählich klar. Einen Überblick über die wichtigsten Probleme gibt Dietrich Soyez u.a. (Hg.), *Das Saarland. Bd. 1 Beharrung und Wandel in einem peripheren Grenzraum, Saarbrücken*



1989. Zu den neueren Forschungsansätzen vgl. Hans-Walter Herrmann, Rainer Hudemann u. Eva Kell (Hg.), *Forschungsaufgabe Industriekultur. Die Saarregion im Vergleich, Saarbrücken 2004*. Zur Kohlekrise vgl. Christoph Nonn, *Die Ruhrbergbaukrise. Entindustrialisierung und Politik 1958 bis 1969, Göttingen 2001*; speziell zu den Saarbergwerken siehe Peter Dörrenbächer, *Unternehmerische Anpassungsprozesse. Ein industriegeographisches Arbeitsmodell, dargestellt am Beispiel der Saarbergwerke AG, Saarbrücken 1992*.

Einen Aufriss der Diskussion über die Problematik der Regionalpolitik in „alten“ Industrieregionen geben die Sammelbände von Joachim Jens Hesse (Hg.), *Die Erneuerung alter Industrieregionen. Ökonomischer Strukturwandel und Regionalpolitik im internationalen Vergleich, Baden-Baden 1988*; Manfred Hommel (Hg.), *Umbau alter Industrieregionen, Stuttgart 1995*; Hartmut Häußermann (Hg.), *Ökonomie und Politik in alten Industrieregionen Europas. Probleme der Stadt- und Regionalentwicklung in Deutschland, Frankreich, Großbritannien und Italien, Basel u.a. 1992*; Rainer Schulze (Hg.), *Industrieregionen im Umbruch. Historische Voraussetzungen und Verlaufsmuster des regionalen Strukturwandels im europäischen Vergleich, Essen 1993*; Heiderose Kilper u. Dieter Rehfeld (Hg.), *Konzern und Region. Zwischen Rückzug und neuer Integration - internationale vergleichende Studien über Montan- und Automobilregionen, Münster 1994*. Anregungen für den unverzichtbaren Vergleich mit den Nachbarn im Westen geben Nicole May, *Wandel der Region Lothringen: Kontinuitäten und Brüche*, in: Heiderose Kilper u. Dieter Rehfeld (Hg.), *Konzern und Region. Zwischen Rückzug und neuer Integration - internationale vergleichende Studien über Montan- und Automobilregionen, Münster 1994*, S. 13-60; François Reitel, *L'industrie en Lorraine. Die Industrie in Lothringen*, in: Wolfgang Brücher, Reinhold Grotz u. Alred Pletsch (Hg.), *Industriegeographie der Bundesrepublik Deutschland und Frankreichs in den 1980er Jahren. Géographie industrielle de la France et de la République fédérale d'Allemagne dans les années quatre-vingt, Frankfurt a.M. 1991*, S. 261-272.

## Die saarländischen Gewerkschaften und der 23.10.1955<sup>1</sup>

Wilfried Busemann

50 Jahre danach, so zum Beispiel in der Diskussion zum Auftakt-Vortrag von Prof. Dr. Kimmel am 12.9.2005, wird immer noch gefragt, was denn ausschlaggebend war für das eindeutige, ablehnende Ergebnis der Volksbefragung vom 23. Oktober: Das Nationalgefühl, Deutscher zu sein, zum deutschen Volke zu gehören oder das antifranzösische Ressentiment, die Abneigung, die Abwehr gegenüber einer als fremd und aufgezwungen empfundenen Herrschaft und Kultur.

Gewiß spielen solche Gefühle der Zu- und Abneigung eine große Rolle, man sollte sie nicht unterschätzen, man sollte sie aber auch nicht überschätzen, zumal eine solche Argumentation bewußt oder unbewußt die Perspektive der prodeutschen „Sieger“ übernimmt, zum Teil auch zum Nachklang ihrer schließlich erfolgreichen Propaganda wird, ein Nachklang der damals mit voller Absicht betriebenen Schwarz-Weiß-Malerei.

Tatsächlich führt - es ist beinahe banal, das zu betonen - ein hochkomplexes Gründe Bündel zu dem Ergebnis vom 23. Oktober, ein Bündel aus Erfahrungen und Enttäuschungen, aus Hoffnungen und Erwartungen, eine vielschichtige Gemengelage von unterschiedlichen, auch widersprüchlichen Motiven, die letztlich die eigentlich wichtige Frage aufwirft, woran der von Johannes Hoffmann und Richard Kirn geführte Saarstaat tatsächlich scheitert. Denn es hieß damals ja nicht: Das Statut muß weg!, sondern: Der Dicke muß weg!

Eine plausible, differenziertere Erklärung hierfür bietet - so lautet meine These - die Geschichte der Gewerkschaftsbewegungen an der Saar. Um die volle Tragweite dieses Erklärungsansatzes entfalten zu können, ist es notwendig, auch die historische Entwicklung der Gewerkschaften in der Übergangszeit, hier bis 1966, zu betrachten. Im übrigen ist es auch an der Zeit, die Herangehensweise an das Thema „Volksabstimmung vom 23.10.1955“ grundlegend zu ändern. Es sollte zunehmend, zumal die Sperrfristen für zahlreiche Behördenakten auslaufen<sup>2</sup>, danach gefragt werden, was die Abstimmung dem Saarland



gebracht hat, was also seit diesem Datum sich zugetragen hat an sozialen, ökonomischen, kulturellen, politischen usw. Veränderungen, vor allem sollte endlich einmal gefragt werden, wie das Wahlergebnis das Alltagsleben der Menschen an der Saar seither beeinflußt hat.<sup>3</sup> Zunächst, in den Frühjahrs- und Sommermonaten des Jahres 1945, stehen selbstverständlich ganz andere Probleme im Vordergrund als die Frage nach der staatlichen Zugehörigkeit des Saarlandes im Jahre 1955.

Unmittelbar nach der Besetzung der Region an der Saar durch US-Truppen, im Osten tobt noch die Schlacht um Berlin, bemühen sich im April 1945 überlebende Gewerkschafter<sup>4</sup> an der Saar um den Wiederaufbau der zerstörten Industrieanlagen. Dafür braucht es auch demokratische Betriebsräte - und funktionierende demokratische Gewerkschaften<sup>5</sup>.

Am 8. April 1945 treffen sich Vertreter der Grube Kohlwald heimlich, still und leise - die Zusammenkunft ist illegal - um eine provisorische Betriebsvertretung zu organisieren und die Interessen der Belegschaft gegenüber dem Werksdirektor zu artikulieren. Zwei Wochen später, am 22.4.1945, treffen sich Vertreter der Gruben König, Kohlwald, Heinitz und Reden zu einer Besprechung über das vereinbarte Thema: „Der gewerkschaftliche Aufbau“. Karl Handfest, der Gewerkschaftshistoriker, dem die Nachwelt die Überlieferung der entsprechenden Quellen verdankt<sup>6</sup>, betont zu Recht in seiner Analyse den Gedanken des gewerkschaftlichen Neubeginns. In den alten Papieren fällt aber noch etwas anderes auf: Da ist immer die Rede von - ich zitiere: „Erhaltung der Saargruben als Voraussetzung für Arbeit und Brot.“! Die Organisierung von gewerkschaftlichen Zusammenschlüssen ist also kein Selbstzweck, sie sind nicht bloßes Wieder-Anknüpfen an alte Traditionen, sie stehen nicht nur für den antifaschistischen Anspruch. Vielmehr nehmen die aktiven Bergarbeiter all die Mühen auf sich angesichts der äußerst widrigen Rahmenbedingungen, die man im Begriff der „Zusammenbruchsgesellschaft“<sup>7</sup> ausdrückt, aus Sorge um den Bestand der Gruben. Einerseits besteht die Gefahr, dass immer noch fanatische Nationalsozialisten als Werwölfe Sabotageakte ausüben, andererseits muß man aus der Erfahrung der Nachkriegszeit des Ersten Weltkrieges mit umfassenden Demontagen der Siegermächte rechnen. Um das zu vermeiden, braucht es handlungsfähige, vor allem aber demokratische Betriebsvertretungen.

Im Rahmen der Zusammenkunft vom 22. April wird auch schon über den Charakter der neuen Gewerkschaft gesprochen; anders als zur Zeit vor dem Nationalsozialismus, als sozialistische, christliche bzw. kommunistische Richtungs-

gewerkschaften bestanden, soll nun das Prinzip der Einheitsgewerkschaft befolgt werden. Nie wieder Richtungsgewerkschaften und der unselige Streit untereinander. So entsteht am 29.10.1945<sup>8</sup> - also vor 60 Jahren - in Saarbrücken die Einheitsgewerkschaft. Hierzu noch eine Bemerkung: Der Gründungstermin der EG ist der 29.10.1945 und nicht früher!

Karl Handfest hat den von ihm gefundenen Tagebuch-Eintrag eines Privatmannes<sup>9</sup> richtig interpretiert, dass es sich bei der Versammlung am 1. Juli 1945 in St. Ingbert um eines von mehreren Vorbereitungstreffen handelt. Andere Historiker<sup>10</sup> haben später aufgrund oberflächlicher Lektüre der Quelle die Behauptung aufgestellt: Am 1.7.1945 wurde in St. Ingbert die Einheitsgewerkschaft gegründet. Das ist in dieser Form falsch. In dem kurzen Zeitraum von knapp zweieinhalb Monaten zwischen Mitte April und Ende Juni ist es gar nicht möglich, auf einer größeren Zahl zuvor notwendiger Versammlungen die Gründungsdelegierten zu wählen, ein vermeintlicher Gründungskongress am 1. Juli 1945 wäre überhaupt nicht demokratisch legitimiert gewesen und hätte damit das Gegenteil dessen bewirkt, was die Gewerkschafter wollten.

In rascher Folge werden nach dem Oktober 1945 als Untergliederungen die einzelnen Industrieverbände, z.B. IV Bergbau, IV Metall<sup>11</sup> usw. gegründet, und innerhalb eines Jahres unter den Bedingungen der Zusammenbruchsgesellschaft gut 100.000 Mitglieder geworben.<sup>12</sup> Unter dem Vorwand, in der EG sei der Einfluss der Sozialisten und Kommunisten zu groß, vollziehen ältere christliche Gewerkschafter am 24.8.1947 den von langer Hand vorbereiteten Bruch. Mit der Gründung der Gewerkschaft christlicher Saarbergleute spalten sie die Einheitsgewerkschaft. Im Archiv der Arbeitskammer wird ein alter Aktenordner aus dem Nachlass des bekannten christlichen Gewerkschaftsführers Johann Klein aufbewahrt, aus dem eindeutig hervorgeht, dass der christliche Sonderweg angebahnt wird seit Januar 1946. Einem Zeitpunkt also, zu dem die Gründungsphase der EG gerade erst begonnen hat, und der angebliche Einfluss von Kommunisten und Sozialisten sich noch nicht verfestigen konnte. Es hätte also die Möglichkeit bestanden, ähnlich wie im Ruhrgebiet, gemeinsam mit den sozialdemokratischen Kollegen etwaige kommunistische Tendenzen zu bekämpfen. Man hat von vornherein darauf verzichtet. Hans-Christian Herrmann hat übrigens in seinem Vortrag am 4. Oktober 2005 unter dem Titel: „Die Saar im Visier der SED“ über Arbeit und Struktur der Kommunistischen Partei Saar gesprochen als einer Partei, die überaltert, desorganisiert und zerstritten ist. Ich selbst habe zahlreiche Quellen gefunden, in denen das ZK der KPS immer wieder eine negative Bilanz ihrer Gewerkschaftsarbeit zie-

hen muss. So beurteilt die KP-Führung im März 1950 ihren Einfluss auf die Einheitsgewerkschaft mehr als skeptisch. Danach mangelt es den kommunistischen Genossen in der Gewerkschaft an politischer Orientierung und Standfestigkeit; es gelingt ihnen nicht, die Direktiven der Partei in der Gewerkschaftsarbeit umzusetzen, eher tragen sie Gewerkschafts-Argumente in die Partei. Zu oft machen Kommunisten mit anderen Kollegen gemeinsame Sache gegen die Parteilinie, was die Landesleitung als parteischädigend kritisiert. In der Logik der KP können das nur Menschen sein, die sich im Verein mit anderen Gewerkschaftern dem „Suff“ ergeben haben und deshalb ausgeschlossen werden müssen aus der Partei<sup>13</sup>. Der kommunistische Einfluss in der EG geht um die Jahreswende 1949/50 gegen Null. Die demokratische Gewerkschaftsidee ist stärker als die kommunistische Ideologie.

Der wahre Grund für die christliche Spaltung liegt in der Vergangenheit: Bis 1945 kollaborieren zu viele vorherige christliche Gewerkschaftsfunktionäre - bei weitem nicht alle! - mit den Nazis; sie sind deshalb innerhalb der EG satzungsgemäß nicht wählbar.<sup>14</sup> Die christlichen Funktionäre<sup>15</sup> schweben demnach in der Gefahr, den Einfluss zu verlieren, den sie glauben beanspruchen zu dürfen.

Beide Gewerkschaftsrichtungen bekennen sich Ende 1947 zum autonomen Saarstaat und zur saarländisch-französischen Wirtschaftsunion.<sup>16</sup> Sie sind bereit zur Übernahme sozialpolitischer Verantwortung in den neuen Verhältnissen, sie erstreben die Selbstintegration in den demokratischen Sozialstaat, an dessen Aufbau und Ausbau sie maßgeblich beteiligt sein wollen. In der Tat erreichen die sozialen Leistungen unter der Ägide des sozialdemokratischen Arbeitsminister Kirn ein deutlich über dem europäischen Standard liegendes Niveau. Zu denken ist an die Kriegsopferversorgung oder an die Familienzulage. Allerdings nimmt der sich entwickelnde Wohlfahrtsstaat stark autoritäre Züge an, weil in ihm die Gewerkschaften ihren emanzipatorischen Anspruch auf Selbst- und Mitbestimmung nicht verwirklichen können. Bis 1955 gestalten sich die Gesetzgebung, mehr noch die politische Praxis aus gewerkschaftlicher Sicht völlig unbefriedigend, statt einer Einbindung in den Staat bewirken sie Distanz und Entfremdung. Gegenstände der Gewerkschaftskritik sind:

- Die Koalitionsfreiheit. Sie wird in der Praxis aufgehoben mit der Zerschlagung des IV Bergbau Ende 1952 und der damit einhergehenden finanziellen Enthauptung der Einheitsgewerkschaft<sup>17</sup>.
- Die Tarifautonomie. Sie wird in der Praxis ausgesetzt von Fall zu Fall, sei es von der Regierung, sei es von den zuständigen französischen Stellen.<sup>18</sup>

- Das Arbeitskampfrecht. Das gibt es nur auf dem Papier, wie die massiven Polizeimaßnahmen gegen den Februar-Streik 1955 nachdrücklich und schmerzhaft unter Beweis stellen.<sup>19</sup>
- Das Betriebsverfassungsrecht. Das Gesetz von 1954 kommt viel zu spät und enttäuscht alle darin gesetzten Erwartungen.<sup>20</sup>
- Die Unternehmensmitbestimmung. Sie ist nicht vorhanden. Von den viel besseren Regelungen, die zu Anfang der 50er Jahre in der Bundesrepublik<sup>21</sup> eingeführt werden, können die Arbeitnehmer an der Saar nur träumen.<sup>22</sup>

Die verschiedenen gegen sie gerichteten Maßnahmen erleben die Gewerkschaften als einen Prozess sich beschleunigender und radikalischer Ausgrenzung, an der die Bereitschaft zur Integration in den Saarstaat schließlich bei den meisten Gewerkschaftsmitgliedern zerbricht. Sie zerbricht nicht zuletzt an der Tatsache, dass den Gewerkschaften immer stärker die Arbeitsgrundlage und damit ihre Existenzberechtigung grundsätzlich in Frage gestellt wird. Wozu sollen die Mitglieder relativ hohe Beiträge in die Gewerkschaftskassen zahlen, wenn ihre Funktionäre nicht die Möglichkeit haben, die Missstände des alltäglichen Arbeitslebens offensiv anzugehen.

Ausführliche Beschreibungen des Alltagslebens in den verschiedenen Betrieben sind nicht überliefert<sup>23</sup>, es ist darum nicht möglich die Berichte über die Missstände in der Produktion bezüglich ihrer Bedeutung einzuordnen. Freilich sind die vorhandenen Beschwerden usw. ein vielsagendes Indiz für die Notwendigkeit einer starken Gewerkschafts-Organisation und ebenfalls starker Betriebsräte, die es indes nicht gibt.

Durchgängig sind die Klagen über die körperliche Anstrengung, Gesundheitsbelastungen und Sicherheitsmängel. Bis heute berüchtigt ist das autoritäre Verhalten von Werksmeistern und Steigern. Deren unbedingten Gehorsam verlangenden Feldwebel-Allüren stehen ebenso in der Kritik wie die unsichtbare soziale Schranken aufrecht erhaltenden Standesdünkel und die Neigung zur gewalttätigen Disziplinierung von Arbeitern, insbesondere von Lehrlingen. Einen weiteren Grund zu ständigen Klagen bietet das viel zu komplizierte Lohnsystem, welches als unverständlich, nicht kontrollierbar und ungerecht gilt. Der übliche Lohnzettel besteht aus einem Wirrwarr von Stundenlohn-Staffeln, Arbeitsstunden-Tabellen, verschiedenen Einstufungslöhnen, Prämien, Zeitlohnzulagen, Zuschlägen für Mehr- und Sonntagsarbeit, zahlreichen unverständlichen Lohnkoeffizienten, entsprechenden Stundenzulagen, Altersstufen, variablen Teuerungszulagen, Tätigkeitsmerkmalen u. v. a. m.<sup>24</sup> Und das Schlimmste ist: All die Lohn- und Tarifstaffeln erweisen sich als nicht flexibel

genug gegenüber den sich ständig wiederholenden Teuerungswellen. Etwa seit 1948 klagen die Arbeitnehmer über diese Inflationsschübe<sup>25</sup> vor allem bei den Grundnahrungsmitteln, z.B. Brot und Kartoffeln. Dass die Gewerkschaften bis 1955 hier keine nachhaltige Abhilfe schaffen können, treibt viele Arbeiterinnen und Arbeiter etwa seit 1950 in die Resignation.

Zunächst noch vereinzelt, treten nach der Zerschlagung der Bergarbeitergewerkschaft 1952 immer mehr Gewerkschaftsmitglieder den Weg in die Opposition an. Die Einzelgewerkschaften beider Richtungen<sup>26</sup> spalten sich 1954/55 an der Frage, ob sie den autonomen Kurs der Regierung oder die - bis Juli 1955 verbotenen - prodeutschen Parteien SPD, CDU, DPS unterstützen sollen. Angesichts der westdeutschen Mitbestimmungsrechte fällt die Entscheidung leicht, die meisten entscheiden sich gegen die Regierung: „Der Dicke muss weg!“ Unterstützung erhalten die regimiekritischen Gewerkschafter von den Kolleginnen und Kollegen des DGB-Bundesvorstandes bzw. des DGB Rheinland-Pfalz. Relativ rasch nach der Konsolidierung des neuen Gewerkschaftsbundes auf Bundesebene wird ab etwa 1951 der regelmäßige Informationsaustausch zwischen den westdeutschen und saarländischen Gewerkschaften organisiert, seit 1954 bieten insbesondere Wochenseminare in Rheinland-Pfalz unter anderem die Möglichkeit zur Rednerschulung und zur weiteren Vernetzung der prodeutschen Gewerkschaftsströmungen.

Auf dem Höhepunkt des in schrillen Tönen sich überschlagenden Abstimmungskampfes wird am 18.10.1955 der DGB Saar gegründet<sup>27</sup>. Er kann - und soll die Entscheidung des 23.10.1955 nicht mehr beeinflussen. Seine zunächst wichtigste Aufgabe besteht in der möglichst schnellen Wiederherstellung der gewerkschaftlichen Einheit nach dem 23.10.1955. Bildhaft gesprochen wirkt der 23.10.1955 wie eine Art Scharnier in einer Vorher-Nachher-Situation. Alles das, was den Gewerkschaftsbewegungen bis zu diesem Tag vorenthalten wird an Mitgestaltungsrechten, steht ihnen nachher im vollen Maße zur Verfügung und wird dadurch zur Grundlage einer außerordentlich interessanten und aufschlussreichen Erfolgsgeschichte in den 60er bis 80er Jahren.

### **Mitbestimmung als Königsweg 1955 - 1966**

Der Weg ist frei! Die Abstimmung vom 23. Oktober 1955 ermöglicht die Eingliederung des bisher autonomen Saarlandes in die Bundesrepublik. Am 1.1.1957 beginnt die staatsrechtliche Integration in das westdeutsche föderative System. Inzwischen wird die Phase, die bis 1965/70 anhält als Übergangszeit be-

zeichnet. Der damit verbundene einmalige sozialpolitische Systemwechsel stellt die saarländischen Gewerkschaften vor außerordentliche Herausforderungen. Von günstigen Startbedingungen in die Übergangszeit kann für die Gewerkschaften und generell für die saarländischen Arbeitnehmer keine Rede sein, mehrere negative Begleiterscheinungen belasten die soziale Realität.

- Die Einführung der D-Mark im Sommer 1959 führt zu massiven realen Einkommensverlusten<sup>28</sup>: Bergarbeiter verlieren bis zu ein Drittel ihrer früheren Kaufkraft, die Verschuldung der Familien-Haushalte z.B. durch Ratenkäufe<sup>29</sup> liegt weit über den Bundesdurchschnitt. Erfolgreich besteht der DGB Saar die Bewährungsprobe des von ihm wesentlich organisierten Käuferstreiks<sup>30</sup> als symbolischer Aktion kurz nach dem „Tag X“. Gleichwohl: die erheblich angehobenen Brotpreise werden nicht voll zurückgenommen, die Bäcker backen nun kleinere Brötchen.
- 1958 signalisiert der Zerfall des Kohlepreises durch Import-Konkurrenz den Ausbruch der Kohlekrise und das im Saarland bald einsetzende Zechensterben, welches bis 1970/75 den Verlust von ca. 60 Prozent der Arbeitsplätze bewirkt.
- Bundespolitiker sehen sich nicht in der Lage, die besseren sozialen Leistungen des Saarlandes auf das Bundesgebiet zu übertragen oder dem Saarland einen sozialpolitischen Sonderstatus einzuräumen: Gleiches (Sozial-) Recht für alle! Der Verlust des sozialen Besitzstandes wird lebhaft beklagt. Bemerkenswerterweise spielen dagegen die sofort spürbaren Vorteile der Rentenreform von 1957 keine große Rolle in den Erinnerungen der von mir befragten Zeitzeugen.
- Innerhalb des Gewerkschaftsspektrums gelingt dem am 18.10.1955 gegründeten DGB Saar die Wiederherstellung der gewerkschaftlichen Einheit<sup>31</sup>, zuvor im Abstimmungskampf gesplante Organisationen finden den Weg zum DGB Saar, die alte Einheitsgewerkschaft beschließt am 5.2.1956 die Selbstauflösung.<sup>32</sup> Aber im vorübergehenden Gefühl vermeintlicher Stärke beharren die Christlichen Gewerkschaften auf ihrem Sonderweg. Mehr noch: Vom Saarland soll die Expansion ausgehen der Christlichen Gewerkschaften auf das ganze Bundesgebiet. Dieses Vorhaben scheitert allerdings schon im Ansatz<sup>33</sup>, weil namhafte alte Christliche Gewerkschafter wie Karl Arnold<sup>34</sup> das Prinzip der Einheitsgewerkschaft nicht aufgeben wollen - trotz einiger damals aktueller Vorbehalte<sup>35</sup> gegenüber dem seinerzeit amtierenden DGB-Bundesvorstand.

All diese Beeinträchtigungen irritieren und verunsichern nicht nur die arbeitende Bevölkerung, sie wirken sich aber nicht so destabilisierend aus, dass das soziale und politische System als solches in Frage gestellt wäre. Neben der optimistischen Grundeinstellung des Wirtschaftswunders: „Wir sind wieder wer!“ wird der DGB Saar zu einem wichtigen Garanten für die Wahrung des sozialen Friedens. Ausgangspunkt der DGB-Erfolgsgeschichte ist der einmalige sozialpolitische Systemwechsel wie er im nun möglichen Gebrauch der Kernelemente der westdeutschen Sozialverfassung sich dokumentiert. Koalitionsrecht und Tarifautonomie<sup>36</sup> können nunmehr ohne staatliche Behinderungen genutzt werden; ebenso das Arbeitskampfrecht, dessen Anwendung behutsam erfolgt, aber auch konsequent wie im großen Bergarbeiterstreik von 1962 - wenn es denn unbedingt sein muß. In voller Würdigung ihres Stellenwertes respektieren - anders als vorher - alle Beteiligten, Gewerkschaften, staatliche Stellen und sogar die meisten Unternehmer diese Rechte und Möglichkeiten. Anfangs in Teilen unterschätzt loben die Gewerkschaftsfunktionäre die Anwendung der für sie neuen westdeutschen Mitbestimmungsrechte als Glanzstück der neuen Sozialverfassung, mit diesen Rechten und Chancen gleichsam als Vehikel erlangen der DGB Saar und seine Einzelgewerkschaften, allen voran IG Bergbau und IG Metall eine zuvor nie dagewesene Anziehungskraft. Die insbesondere in der Montanmitbestimmung verankerten Instrumente des Betriebsrates, der Arbeitnehmer-Vertretung im Aufsichtsrat und des Arbeitsdirektors ermöglichen die allmähliche Umwandlung der Arbeitswelt, ihre Humanisierung und Demokratisierung. So kommt es, dass die einstmals autoritären, willkürlichen Methoden der Werksmeister und Steiger alsbald der Vergangenheit angehören.

Entscheidend auf den Weg gebracht in Westdeutschland am Anfang der 50er Jahre auch von ehemaligen christlichen Gewerkschaftern, sind diese Instrumente zugeschnitten auf den Typ der Einheitsgewerkschaft wie sie der DGB und seine Untergliederungen verkörpern. Durch ihre Einführung im Saarland geraten die christlichen Gewerkschaften langsam aufs Abstellgleis, sie verfügen nicht über genügend Anhang, um aus eigener Kraft Arbeitsdirektoren oder Mehrheiten auf der Arbeitnehmerseite im Aufsichtsrat oder im Betriebsrat zu stellen. Zuerst verlieren die Christlichen Gewerkschaften ihren Anhang bei den verschiedenen Wahlen, dann verlieren sie im sich beschleunigenden Maße ihre Mitglieder.

Darüber hinaus tendieren die sozialpolitischen Stellungnahmen vor allem von Papst Johannes XXIII. zum Prinzip Einheitsgewerkschaft; den christlichen Ge-

werkschaften wird ihre programmatisch-ideologische Grundlage entzogen. Am Ende sind die „Christen“ so ausgeblutet, dass sie nicht einmal einen drohenden Streik finanzieren können. Ein christlicher Funktionär kommentiert um 1965: „Wir unterscheiden uns nicht mehr von Kolping-Vereinen oder Pfadfinder-Gruppen!“ Der galoppierende Bedeutungsverlust der Christlichen Gewerkschaften an der Saar ist ein bedeutsamer Aspekt in dem Vorgang, den man allgemein als Auflösung des katholischen Milieus bezeichnet im Zuge der Säkularisierung und des Wertewandels in den 50er und 60er Jahren. Diese Entwicklung ist in meinen Augen fast noch wichtiger als die Tatsache, dass die Christlichen Gewerkschaften spätestens nach dem Bergarbeiterstreik<sup>37</sup> von 1962 zahlungsunfähig sind, vor allem keine Streikkasse bedienen können.

Auf dem Höhepunkt des Erfolges des DGB und als Endpunkt einer langen sozialgeschichtlichen Epoche finden schließlich die letzten Überbleibsel der christlichen Gewerkschaftsbewegung den Weg unter das Dach des DGB Saar als Einheitsgewerkschaft. Die Fusion bzw. die Überleitung der christlichen Saarbergleute und der christlichen Metallarbeiter in die IG Bergbau und Energie bzw. IG Metall im Frühjahr 1966 ist der überzeugendste und öffentlichkeitswirksamste Ausdruck der gewerkschaftlichen Erfolgsgeschichte.

Erneut, wie schon 1946, bekunden die Gewerkschaften nach 1955 ihren Willen zur Selbstintegration in die veränderten Verhältnisse, das größere Ausmaß an Emanzipation und sozialpolitischer Teilhabe erleichtert diesen Schritt und verstärkt das Gefühl, nicht mehr Staatsbürger zweiter Klasse zu sein. Durch die Annahme und sachgemäße Nutzung der Mitbestimmung, der vielfältigen Arbeits- und Sozialrechte vollziehen die DGB-Gewerkschaften und die in ihnen organisierten Mitglieder den Eintritt in die soziale Realität der Bundesrepublik. Von großer, heute vielfach unterschätzter Bedeutung für die Selbstintegration der Gewerkschaften ist ihre Bildungsarbeit<sup>38</sup>. In erster Linie soll gewerkschaftliche Bildungsarbeit notwendige Informationen und Wissen vermitteln für die alltägliche Arbeit vor Ort als Betriebsrat, Vertrauensperson, Funktionär in Betriebsgruppen oder als Gewerkschaftsvertreter in außergewerkschaftlichen Gremien. Unterhalb dieser offensichtlichen Ebene vollzieht sich indes noch etwas anderes. Die Erkenntnis, in den Gewerkschafts-Lehrgängen zu neuen wertvollen, weil brauchbaren Kenntnissen zu gelangen, erhöht das Ansehen des Gewerkschaftsapparates; der Austausch mit Angehörigen anderer Gewerkschaften befördert die Einsicht, dass viele Menschen ein gemeinsames Ziel verfolgen; der Austausch mit Kollegen der eigenen Gewerkschaft aus anderen Betrieben verfeinert das Gemeinschafts-Erlebnis, indem es zur Bestätigung



oder Differenzierung und Vertiefung der eigenen Haltung führen kann. All dieses (und natürlich noch einiges mehr, z.B. das gute Essen und Trinken im Bildungszentrum der Arbeitskammer) ist notwendige Voraussetzung für die Entwicklung eines Wir-Gefühls, die Bereitschaft, sich intensiv mit Gewerkschaften zu identifizieren und daraus die eigene Gewerkschafts-Identität zu beziehen. Konsensbildung und Identitätsvermittlung kennzeichnen die Bildungsarbeit als Integrationsklammer. Nicht exakt bestimmbar, trotzdem nicht von der Hand zu weisen, ist die Vermutung, dass in den verschiedenen Seminaren usw. ein Stück saarländischer Regional-Identität angelegt wird.

Über den langfristigen „Ertrag“ der Bildungsanstrengungen können nur auf hoher Wahrscheinlichkeit beruhende Vermutungen angestellt werden. Umfangreiches Sachwissen untermauert den Anspruch auf Einflußnahme und Mitsprache im Betrieb und steigert so das Ansehen des DGB bzw. seiner Einzelgewerkschaften, was sich vornehmlich in den seinerzeit rasant ansteigenden Mitgliederzahlen festmacht. Abgesehen von diesem naheliegenden Aufschwung am Arbeitsplatz und in der Organisation ist ein anderer allgemeiner Aspekt hervorzuheben von nicht zu unterschätzender Wichtigkeit. Über die Unterrichtung in Sozial- und Arbeitsrecht und all die anderen Themen begeben sich die Menschen auf den Weg in den westdeutschen Sozialstaat, sie übernehmen bewußt oder unbewußt den sozialpolitischen Optimismus des Wirtschaftswunders. Die saarländischen Arbeitnehmer kommen an in der Bundesrepublik und sie werden - wie sich insbesondere in der Stahlkrise zeigen wird - eine wichtige, zuverlässige Stütze der Gesellschaft.

## Die Stahlkrise in den 70er und 80er Jahren

In den Jahren der Stahlkrise<sup>39</sup> erwirbt sich die saarländische Gewerkschaftsbewegung große Verdienste und den Erhalt bzw. die Wiederherstellung des Sozialen Friedens. Hervorgegangen aus der Übergangszeit nach 1955 als stabile, in sich vielfach gefestigte Interessenorganisation der Arbeitnehmer, entstehen dem DGB Saar Probleme aus seiner zu stark konsensorientierten Integration in die soziale Wirklichkeit Westdeutschlands. Trotzdem hinterläßt die Vertrauenskrise der spontanen Streiks 1969 keine bleibenden Narben, zumal durch das hier sich manifestierende veränderte Lohnbewußtsein als Selbstbewußtsein die Krisenzeiten ab 1977 subjektiv vielleicht als schärfer empfunden werden. Nun rücken auch kritische Köpfe wieder näher heran an die Gewerkschaften, weil diese das Gegenmacht-Zentrum bilden zu den Rationalisierungs- und Gesundenschumpfungsexzessen der Unternehmerseite. Nichts desto weniger

zeigt der Verlauf der Stahlkrise, dass die zunehmend in die Defensive gedrängten Gewerkschaften „nur“ noch Teilerfolge erringen können in Form von Sozialplänen. Die Fallbeispiele Heckel<sup>40</sup> und Streif<sup>41</sup> sowie Petri<sup>42</sup> demonstrieren nachdrücklich die rücksichtsloser werdende, sich verhärtende Haltung der Unternehmer gegenüber den Belegschaften, die zunehmend nur noch als Kostenfaktor und „Schönheitsfehler“ in den Bilanzen wahrgenommen werden. Provziert durch die Ablehnung sozialer Verantwortung der nur noch der reinen Profitlogik verpflichteten Arbeitgeber, dadurch in ihrer Existenz zutiefst bedroht, haben die Arbeitnehmer genügend Anlaß, wutentbrannt auf die Straße zu gehen. Trotzdem bleiben schwere Straßenschlachten, bürgerkriegsähnliche Zustände wie in Frankreich oder Belgien ebenso aus wie die reaktionären Klassenkampffrituale der englischen Bergarbeiter um Arthur Scargill.

Hierfür finden sich gleich mehrere Erklärungen:

- Einerseits ist die Mehrzahl der Gewerkschaftsmitglieder durch lange Organisationszugehörigkeit ausreichend geschult, diszipliniert - und selbstbewußt.
- Andererseits bewirken Arbeits- und Sozialrecht der Bundesrepublik eine eigene Disziplinierung.
- Die hohe Verrechtlichung zur Steuerung der Krisenerscheinungen wird vom DGB Saar in vollem Maß ausgeschöpft, z.B. in der Anwendung der im Betriebsverfassungsgesetz garantierten Rechte.
- Durch die Öffnung zu relevanten Bündnispartnern wie Parteien und Kirchen gelingt dem DGB Saar zeitweise der Ausbruch aus der Wagenburg.
- Schließlich schlägt die soziale Krise nicht allein durch Zutun der Gewerkschaften, im gleichen Maße tragen politische Kreise dafür die Verantwortung, in eine politische Krise um, deren Lösung am 5.3.1985 sich vollzieht mit der Abwahl der alten Landesregierung Werner Zeyer.

Nach mehr als fünfzehn Jahren verlustreichen Kampfes bleibt unterm Strich nicht viel übrig: Die alten Hütten in Völklingen, Neunkirchen und Burbach sind stillgelegt, mindestens 35.000 Arbeitsplätze in den Hütten und in ihrem Umfeld sind verloren gegangen, die Haushaltslage des Landes ist langfristig zerrüttet. An den Folgen der Stahlkrise wird die saarländische Bevölkerung noch lange zu tragen haben. Die Folgen der Krise wären noch weitaus verheerender, wenn es dem DGB Saar, der IG Metall, GHK usw. nicht gelungen wäre, Sozialpläne, Übergangsregelungen, Vorruhestandsvereinbarungen usw. für die saarländischen Arbeitnehmer auszuhandeln. Anders als manche marktradikalen Ideologen glauben machen wollen, erweisen sich die sozialen Absicherungen nicht



als bequeme Hängematten für Faulenzer im Freizeitpark Saarland, aber sie helfen den Betroffenen, mit Anstand über die Runden zu kommen. Im Windschatten der Stahlkrise zeichnen sich die Umrisse neuer Verwerfungen auf dem saarländischen Arbeitsmarkt ab. Da aber der Umstrukturierungsprozeß, den das Schlagwort „Neue Medien/Neue Informations- und Kommunikationstechnologien“<sup>43</sup> versinnbildlicht, noch nicht abgeschlossen ist, scheint ein Fazit hierzu verfrüht.

## Nach der Stahlkrise

Nur kurzfristig werden die Folgen der Stahlkrise überlagert von der Vereinigungseuphorie des Jahres 1990. Seit 1987 bestehende Kontakte zwischen dem DGB Saar und dem Bezirk Cottbus des Freien Deutschen Gewerkschaftsbundes der DDR<sup>44</sup> dienen seit Januar und Februar 1990 als Ausgangspunkt für umfangreiche Unterstützungsleistungen beim Aufbau einer demokratischen Gewerkschaftsbewegung in und um Cottbus. Hohe Aufwendungen an Personal- und Sachkosten sowie Finanzspenden beanspruchen bei kleineren saarländischen Einzelgewerkschaften wie der Gewerkschaft Handel, Banden, Versicherungen (HBV) weit mehr als 10 Prozent des Jahresetats<sup>45</sup>. Insbesondere die wochen- und monatelange Abwesenheit der „Hauptamtlichen“ bewirkt sofort Defizite in der Mitgliederarbeit, z.B. Werbung neuer Mitglieder und hat auch Mitgliederverluste zur Folge. Gleichwohl ist der „Aufbau Ost“ nicht der einzige und nicht der wichtigste Grund für die negative Mitgliederentwicklung im DGB Saar. Stagnieren in manchen Einzelgewerkschaften die Mitgliedszahlen schon seit Beginn der 80er Jahre<sup>46</sup>, so können spätestens seit 1993 die massiven Mitgliederverluste nicht mehr ignoriert werden. Ein Blick auf die rückläufige Entwicklung im Einzelnen verweist bereits auf die Ursachen: Während bei der ÖTV die Zahlen stagnieren, müssen die IG Metall und die IG Bergbau hohe Verluste hinnehmen wegen der dramatischen Betriebsschließungen, der Entlassungen, des Strukturwandels am Arbeitsmarkt. Allgemein heißt es auch an der Saar, dass die Mitglieder nicht unzufrieden sind mit ihren Gewerkschaften und deshalb austreten, sondern der Austritt erfolgt mit dem Eintritt ins Rentenalter oder zur Beginn von Arbeitslosigkeit oder Teilzeitarbeit. Besorgniserregend wirkt die geringe Zahl von Neueintritten. Dies gilt beispielhaft für Frauen<sup>47</sup> in sogenannten geringfügigen Beschäftigungsverhältnissen, die sich nicht mehr mit ihrer Arbeit - dem „Job“ identifizieren (können) und deshalb keine Notwendigkeit sehen in der Mitgliedschaft bei „ihrer“ Gewerkschaft. Auf die Mitgliederkrise und die Umstrukturierungen am Arbeitsmarkt reagiert die deutsche Gewerkschaftsbe-

wegung auf zwei Ebenen. Zunächst ins Auge fallen die spektakulären Fusionen der Einzelgewerkschaften - von den einst 17 Mitgliedsorganisationen der 70er Jahre verbleiben dem DGB an der Saar noch acht. Die IG Bergbau und Energie, Chemie-Papier-Keramik und die Gewerkschaft Leder schliessen sich im Oktober 1997 zusammen zur IG Bergbau-Chemie-Energie; aus ÖTV, Deutscher Angestellten-Gewerkschaft, HBV, Deutscher Postgewerkschaft wird ver.di<sup>48</sup>. Vor dem Hintergrund der nachhaltigen Veränderungen bei der IG Metall und der neuen IG BCE sorgt die Entstehung der Vereinigten Dienstleistungsgewerkschaft für eine Verschiebung der Einflußmöglichkeiten im DGB-Gefüge; diese Entwicklung ist noch nicht abgeschlossen. Außerhalb des DGB Saar wenig wahrgenommen, ist dessen Reorganisation vor allem bei der aktiven Mitgliederbasis heftig umstritten. Ausgehend von Einsparungsvorgaben des Bundesvorstandes zieht der DGB Saar seine internen Grenzen so oft neu, bis nur noch zwei DGB-Kreise im Saarland übrig bleiben. Die auf diesem Weg eingesparten Personalstellen, der allgemeine „Rückzug des DGB aus der Fläche“, sollen kompensiert werden durch die Stärkung des Ehrenamtes in den DGB-Ortsverbänden. Dazu bedarf es unter anderem einer angemessenen finanziellen Ausstattung, die bleibt indes im von der Basis gewünschten Ausmaß aus.<sup>49</sup>

Inhaltlich sehen der DGB Saar und seine Einzelgewerkschaften während der 90er Jahre ihre Hauptaufgabe in der wirkungsvollen Bekämpfung der anhaltenden Massenarbeitslosigkeit. Erinnert sei nur an die neuerliche Kohlekrise vom März 1997<sup>50</sup> und das Saar-Memorandum des DGB Saar und der betroffenen Einzelgewerkschaften zur Kohlesituation<sup>51</sup> sowie den vom DGB Saar angestoßenen Saarland-Sozialgipfel am 6.9.1996, der in seinem Bemühen um ein breites gesellschaftliches Bündnis an die Erfahrungen der Stahlkrise anknüpft. Unter dem Eindruck der skizzierten Entwicklungen entfaltet sich bei Teilen der Gewerkschaftsmitglieder spätestens zum Ende der 90er Jahre eine differenzierte Orientierungs- und Selbstverständnis-Debatte, die ihrerseits Teil ist zahlreicher von den Einzelgewerkschaften bundesweit geführter „Zukunftsdebatten“. Eine der Kernfragen aller dieser Gespräche und Diskussionen lautet: Sollen sich die Gewerkschaften weiter um die Organisation von Solidarität bemühen oder alle ihre Kraft einsetzen für ein umfangreiches, attraktives Dienstleistungsangebot an ihre Mitglieder (Beratungs-, Bildungsmöglichkeiten, Versicherungsschutz usw.) im Sinne eines ADAC-Pannendienstes? Soll weiterhin der Grundwert Solidarität die Gewerkschaftsarbeit prägen, sollte er, das fordern führende Gewerkschafts-Theoretiker, eine neue inhaltlich-programmatische Auslegung erhalten als „Engagement für die Verbesserung und Entfaltung von individuel-

len Lebenslagen innerhalb eines übergreifenden Interessenverbandes“. Ein überragender Aspekt gewerkschaftlicher Anpassung und Neuausrichtung an die Herausforderungen der Zukunft liegt nach allgemeiner Einschätzung in ihrer Europäisierung. Auf diesem Gebiet ist der DGB Saar bestens vorbereitet; man kann sogar behaupten, dass er hier im Spektrum des Bundes-DGB eine Vorreiterrolle einnimmt.

## Die europäische Perspektive - Der Interregionale Gewerkschaftsrat (IGR)

Bereits bestehende grenzübergreifende Kontakte aus der Zeit bis 1955 bzw. der Zeit der Entflechtung deutsch-französisch-saarländischer Wirtschaftsbeziehungen nach 1955 sowie saarländisch-lothringisch-luxemburgische Begegnungen im Rahmen der Montan-Union werden viele Jahre nicht systematisch genutzt, schon gar nicht ausgebaut. Es ist Manfred Wagner, der als neu gewählter DGB-Landesvorsitzender 1972 die Idee einer regelmäßigen interregionalen Zusammenarbeit als Forderung in die Diskussion bringt. Nach längerer, sorgfältiger Vorbereitung wird am 10.7.1976 in Saarbrücken der „Interregionale Gewerkschaftsrat Saarland-Lothringen-Luxemburg“ gegründet<sup>52</sup> mit dem Ziel einer konstruktiven gewerkschaftlichen Koordination in Fragen der grenzübergreifenden Raumordnung, Entwicklungsplanung und gemeinsamer Strukturverbesserungen. Aus den Erfahrungen mit den drei Verhandlungsbzw. Gesprächsebenen Einrichtungen/Kommissionen der damaligen Europäischen Gemeinschaft, nationale Regierungen in Bonn, Paris, Luxemburg sowie der regionalen politischen Entscheidungsträger Landesregierung, Département Moselle, später Region de l'Est lernen die Gewerkschaftsvertreter sehr schnell, dass es darüber hinaus um Belange der Energiepolitik, hier: Förderung der heimischen Kohle, Arbeitsmarktpolitik, koordinierte Ausbildungspolitik u.v.a.m. geht.

Rasch nach der Gründung gelingt der Ausbau des IGR: Sei es der Aufbau der inneren Strukturen vom Präsidium, dessen erster Vorsitzender lange Jahre Manfred Wagner<sup>53</sup> ist, bis zur Durchführung interregionaler Konferenzen, die gleichsam zum grenzübergreifenden „Parlament der Arbeit“ werden. Oder sei es die Gewinnung weiterer, insbesondere französischer Gewerkschaftsorganisationen oder die spätere regionale Ausdehnung. Dennoch bleibt der IGR viele Jahre „nur“ der Zusammenschluß der in ihm zusammengeschlossenen Gewerkschaftsvorstände, also eine Organisation ohne reale Mitgliederbasis. Um dem entgegenzuwirken regen verschiedene Funktionäre, auf saarländi-

scher Seite z.B. Manfred Wagner oder Walter Stephan, regelmäßige Kontakte an zwischen DGB-Ortskartelle (heute: Ortsverbände) und lokalen Gewerkschaftsgruppen in Lothringen. Zwar kommen diese nicht „flächendeckend“ zustande, aber die Zusammenarbeit zum Beispiel zwischen dem Ortskartell Sulzbach und der CFDT-Gruppe in Saareguemines<sup>54</sup> zeitigt überaus interessante Ergebnisse von allgemeiner Bedeutung. Rosemarie Moog aus Sulzbach erklärt dazu: „Der Existenzkampf der Arbeitnehmer ist auf allen Seiten der Grenzen in etwa ähnlich, aber in der Art und Weise, wie er ausgetragen wird, gibt es zum Teil bedeutende Unterschiede.“ So amtiert der Chef eines französischen Unternehmens zugleich als Vorsitzender des Comités, welches man aus saarländischer Sicht als „Betriebsrat“ bezeichnen könnte. Gravierende Differenzen bestehen im gewerkschaftlichen Selbstverständnis, das zwischen Sozialpartnerschaft und klassenbewußter Kampforganisation pendeln kann. Unter generell nicht leichten ökonomischen und gewerkschaftlichen Rahmenbedingungen erzielt der IGR einige bedeutende Erfolge. So unterzeichnen am 17.1.1994 die IG Metall Saar und fünf französische Gewerkschaftsbünde gemeinsam mit der Chef-Etage eine „Vereinbarung für einen deutsch-französischen Verbindungsausschuß der Arbeitnehmer-Vertretungen im Konzern USI-NOR/SACILOR“. Von Manfred Wagner stammt dazu der Kommentar, dieser Ausschuß setze Maßstäbe, an denen sich die Europäische Kommission zu orientieren hat bei ihrer Arbeit für die geplanten Richtlinien des Euro-Betriebsrates. Mit dem Ziel, der weiteren Aushöhlung (Stichwort: „Privatisierung“) der Öffentlichen Dienste, z.B. Müll- und Abwasser-Entsorgung, ÖPNV usw. Einhalt zu gebieten, strebt neuerdings die Vereinigte Dienstleistungsgewerkschaft ver.di eine institutionalisierte engere Zusammenarbeit an mit ihren lothringischen und luxemburgischen Schwester-Organisationen.

In den kommenden Jahren werden sich die Voraussetzungen für die Arbeit des IGR in grundlegender Weise verändern. Auf die bevorstehende Verabschiedung der bei manchen Gewerkschaften der SAR-LOR-LUX-Region nicht unumstrittenen „Europäischen Verfassung“ muß die Erarbeitung eines europäischen Sozialvertrages folgen, der den sozialen Dialog zwischen Gewerkschaften und Arbeitgebern entscheidend verbessert, und zwar vornehmlich auf dem Wege der Reform und Weiterentwicklung der europäischen Unternehmens-Mitbestimmung und Tarifautonomie. Das Ziel bleibt Europa! Für die Gewerkschaften heißt das: Die Ausgestaltung eines gerechten und belastbaren europäischen Sozialstaates, in dem der seit je her anhaltende soziale Wandel die europäischen Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer als selbstbestimmte und gleichberechtigte Teilhaber integriert.

## Zusammenfassung

Selbstverständlich bietet die Studie der „Kleinen Gewerkschaftsgeschichte“ zahlreiche sehr unterschiedliche Aspekte; wie ein „Roter Faden“ tritt in der Darstellung immer wieder die Frage hervor: Wie können Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer, Arbeiter, Angestellte und Beamte ihre Interessen so vertreten, dass ihre Interessenvertretung ein unverzichtbarer, kreativer und verantwortungsbewußter Bestandteil des lebendigen und gerechten Sozialstaates wird. Konkreter formuliert: Über welche Rechte verfügen Arbeitnehmer und wie können sie damit dazu beitragen, die Arbeitswelt - und einiges mehr - sinnvoll und sozial zu organisieren.

Die historische Entwicklung der Gewerkschaften an der Saar bis 1955 demonstriert überzeugend, wie die Verweigerung von Arbeitnehmerrechten und Emanzipationsmöglichkeiten, z.B. der Mitbestimmung und der Tarifautonomie zur Entfremdung der Arbeitnehmer gegenüber dem autoritären Wohlfahrtstaat führt. Nicht zuletzt diese Defizite unterstreichen den besonderen sozialpolitischen Wert der nach 1955 den Arbeitnehmern offenstehenden Möglichkeiten des westdeutschen Arbeitsrechtes und der Mitbestimmung, die von den Gewerkschaften in verantwortungsvoller Weise genutzt werden. Im Zuge der Stahlkrise erweisen sich diese Rechte als ausreichend, um die massiven sozialen Verluste abzufedern, ihre Nutzung kann aber nicht verhindern, dass die Gewerkschaften gesamtgesellschaftlich gesehen in eine defensive Position geraten. Den daraus erwachsenden krisenhaften Folgen für die Organisationen begegnen seit den 90er Jahren auch der DGB Saar und seine Einzelgewerkschaften mit Zukunftsdebatten und der Ausweitung der europäischen Perspektiven. Das ist die richtige Richtung, aber es ist noch ein weiter Weg.

## Anmerkungen

1. Die ursprüngliche Vortragsform wird beibehalten bis auf einige wenige Erweiterungen im Text und einige weiterführende Quellen- und Literaturhinweise. Ausführlicher zur saarländischen Gewerkschaftsgeschichte: Wilfried Busemann, *Kleine Geschichte der saarländischen Gewerkschaften nach 1945*, Saarbrücken 2005 (Beiträge 2, 2005, 18. Jahrgang, hrsg. von der Arbeitskammer des Saarlandes). Zur Quellenlage: Wilfried Busemann, *Erschließung der Materialien zur Geschichte der Gewerkschaften im Saarland in der Nachkriegszeit. Abschlußbericht zur ersten Phase des Forschungsprojektes „Geschichte der Gewerkschaften im Saarland seit 1945“*. Saarbrücken 2001, (hektographiert)
2. Unter anderem hiervon profitiert die außerordentlich anregende Studie von Marcus Hahn, *Das Saarland im doppelten Strukturwandel 1956 - 1970. Regionale Politik zwischen Eingliederung in die Bundesrepublik Deutschland und Kohlekrise*. Saarbrücken 2003.
3. Vgl. hierzu: Wilfried Busemann, *Ja, ja - Nein, nein - Ach, nee. Ein Nachruf auf den 23.10.2005*, in: *saarbrücker hefte* Nr. 95, Sommer 2006, S. 68-70.
4. Allgemein, so heißt es, waren in den ersten Jahren nach den Krieg Gewerkschafter in der Französischen Besatzungszone „...politisch ... mitunter sogar einflußreicher als die Parteien ...“, weil französische Kräfte Parteien wegen des Unterganges der Weimarer Republik mit wenig Zutrauen begegneten. Einfluß hatten Gewerkschafter unter anderem auf den Aufbau politischer Institutionen von der kommunalen Ebene ausgehend und als Ordnungsfaktoren in den Betrieben. Vgl. hierzu: Rainer Hudemann, *Reparationsgut oder Partner? Zum Wandel in der Forschung über Frankreichs Deutschlandpolitik nach 1945*, in: *Aus Politik und Zeitgeschichte, Beilage der Wochenzeitung „Das Parlament“*, B6/97 (Bonn/Berlin 1997), S. 31 - 41, Zitate: S. 36f.
5. Vgl. zur Gründungsgeschichte der Gewerkschaften an der Saar: Wilfried Busemann, *Gewerkschaftlicher Neubeginn 1945 auf Kohlwald*, in: *Heimatblätter 2006 für Heiligenwald, Landsweiler-Reden, Schiffweiler und Stenweiler (im Druck)*. Hier finden sich umfangreiche Quellen- und Literaturhinweise.
6. Karl Handfest, *Noch vor Kriegsende im April 1945. Saar-Gewerkschafter werden wieder aktiv*, in: *arbeiter. Zeitschrift der Arbeitskammer des Saarlandes*, Nr. 4, 1985, S. 212 - 214.
7. Zum durchaus problematischen Begriff der „Zusammenbruchsgesellschaft“: Christoph Kleßmann, *Die doppelte Staatsgründung. Deutsche Geschichte 1945 - 1955*, Bonn 1982, S. 37 - 65.
8. Im „Antrag auf Genehmigung der Einheitsgewerkschaft“ heißt es unter III. „Die Gründungsversammlung findet am 29. Oktober 1945, morgens 9.00 Uhr in Saarbrücken, Brauerstrasse 6 - 8, statt.“ Landesarchiv Saarbrücken, RP 115, B. 1 und 2.
9. Der volle Wortlaut der Fundstelle lautet: „1. Juli. Heute fand im Karlsbergsaal eine stark besuchte Versammlung statt zwecks Gründung einer neuen Einheitsgewerkschaft auf demokratischer Grundlage. Es sprachen Vertreter der früheren freien Gewerkschaftsorganisation, Jakob Müller und Jakob Frank. Die Versammlung gab ihr Einverständnis zur Gründung eines allgemeinen einheitlichen Gewerkschaftsverbandes.“ Aus: Adolf Jantzer, *Kriegstagebuch (1939 - 1945)*, abgedruckt in: Wolfgang Krämer,



Geschichte der Stadt St. Ingbert. Von den Anfängen bis zum Ende des Zweiten Weltkrieges. 2. Aufl., St. Ingbert 1955, S. 305 - 385. Zitat: S. 381. Abgesichert wird dieser Quellenfund durch eine Bemerkung in *Die Arbeit*, Nr. 5, November 1946: „St. Ingbert ist die Wiege der Einheitsgewerkschaft, denn hier fand die erste Zusammenkunft alter Gewerkschafter statt, die richtungsgebend für den Aufbau der Gewerkschaft war ... die Saat (wurde) im Juli 1945 in St. Ingbert gesät.“ „Die Arbeit“ war das Verbandsorgan der Einheitsgewerkschaft.

10. Zum Beispiel: Klaus-Michael Mallmann/Horst Steffens, *Lohn der Mühen. Geschichte der Bergarbeiter an der Saar*, München 1989, S. 246f. Ungenau und ohne Quellenangabe: Hans-Christian Herrmann, *Sozialer Besitzstand und gescheiterte Sozialpartnerschaft. Sozialpolitik und Gewerkschaften im Saarland 1945 bis 1955*. Saarbrücken 1996, S. 287.

11. *Neue Saarbrücker Zeitung*, 21.11.1945, Bericht von der Gründung des IV Bergbau und Chemie in Reden, Bericht von der Gründungsversammlung der Eisenbahnergewerkschaft in Dudweiler. NSZ, 24.11.1945: Erneut ausführliche Berichte zu den beiden Gründungen.

12. Einzelheiten über Aufbau, Struktur und Arbeitsweise der Einheitsgewerkschaft in: Busemann, *Kleine Gewerkschaftsgeschichte*, S. 28 - 44.

13. Universität des Saarlandes, Historisches Institut, Mikrofilmarchiv, Nachlaß Edgar Hector, Film 10, Sequenz-Nummer 100213 - 232, hier 223 - 224: Tätigkeitsbericht der KP Saar für Februar und März 1950; außerdem z.B. NL Hector, F 24, Snr. 100299 - 322, hier 311f.: Lagebericht der KP Saar 1945 bis ca. 1950: Ab 1945 strömen der KPS aus opportunistischen Gründen viele neue Mitglieder zu bis zum Höchststand von 9.000. Dieser Bestand zerfällt sehr schnell wieder, weil die „Neuen“ ideologisch ungeschult, unzuverlässig sind, es kommt innerhalb der Partei zu erheblichen Spannungen, „Verwirrung“ und Machtkämpfen. Herrmann, *Sozialer Besitzstand*, S. 291 - 298, kommt zu anderen Ergebnissen, weil zum Zeitpunkt der Abfassung der Doktorarbeit die Existenz des Nachlaß Hectors noch nicht bekannt war.

14. Archiv der Arbeitskammer des Saarlandes, Depositum H.A. Klein, unverzeichneter Bestand, Akte „Gründungsunterlagen 1947“: Der Beginn der ersten Vorbereitung ist auf den Winter 1945/46 zu datieren, die Maßnahmen verstärken sich ab April 1946 mit der Rückkehr früherer bekannter Funktionäre. Jakob Michaely polemisiert unter anderem in einem Brief vom April 1946 heftig gegen die Gründung der Christlichen Gewerkschaften mit den Argumenten, es sei 1935 im Zuge der Eingliederung der alten Christlichen Gewerkschaften in die Deutsche Arbeitsfront zu Unterschlagung, Veruntreuung und Korruption gekommen bei den eigenen Leuten, die keine Schwierigkeiten hatten bei der Zusammenarbeit mit bzw. der Zuarbeit für die Nationalsozialisten.

15. Archives de l'occupation Francaise en Allemagne et en Autriche, Colmar, Fonds AAA, AAA602, Schreiben des Directeur du Travail an den Administrateur General Laffon, Baden-Baden, 12.8.1947. In seinen Informationen zur Neugründung der Christlichen Gewerkschaften an der Saar betont der Directeur du Travail, dass die Christliche Volkspartei seit 1945 mehrmals die Neugründung verlangt hat, obwohl zahlreiche christliche Gewerkschaftsfunktionäre in der Einheitsgewerkschaft Verantwortung tragen und am Gedanken der Einheit festhalten.

16. Siehe z.B. die Verlautbarungen in den Parteizeitungen der Sozialdemokratischen Partei Saar, SPS, „Volksstimme“ und der Christlichen Volkspartei, CVP, „Saarländische Volkszeitung“ seit Oktober 1947.

17. Busemann, *Kleine Gewerkschaftsgeschichte*, S. 57 - 68.

18. Herrmann, *Sozialer Besitzstand*, S. 355 - 365.

19. Siehe z.B. die Berichterstattung in der „Volksstimme“ 21.2. - 3.3.1955.

20. Zu den zahlreichen Protestveranstaltungen der Einheitsgewerkschaft z.B. NL Hector, F 15, Snr. 100608 - 610: Bericht der Geheimpolizei, „Quelle Y 61“ zur Protestversammlung in Neunkirchen, 3.12.1953; Snr. 100614 - 617: Übersetzung, evtl. Surete zur Protestversammlung im Völklingen, 9.12.1953: Im „Stimmungsbericht Dezember 1953, der Landes kriminalpolizei vom 10.1.1954, F 17, Snr. 200320 - 339, hier: 200329, heißt es, die Versammlungen seien durchweg schlecht besucht. Da keine Diskussionen erlaubt sind, halten die meisten Arbeiter die Versammlungen für Schein-Aktionismus zum Nachweis der Existenzberechtigung der Einheitsgewerkschaft. Außerdem z.B.: *Volksstimme*, 2.7.1953, 23.11.1953.

21. Vgl. z.B.: Michael Schneider, *Kleine Geschichte der Gewerkschaften. Ihre Entwicklung in Deutschland von den Anfängen bis heute*, Bonn 1989, S. 260 - 272.

22. Landesarchiv Saarbrücken, PVD 1435: Broschüre „Wir fordern Mitbestimmung. Eine Stellungnahme zum Betriebsverfassungsgesetz.“ Nach dem Erlaß der Betriebsräteverordnung am 1.8.1947 erfolgt die eigentlich gesetzliche Regelung erst am 7.7.1954. LA SB, StK 3251, 12.6.1953: Die Einheitsgewerkschaft, „gez. Rauch“ unterschrieben, schickt an den Ministerpräsidenten die Abschrift eines Briefes an den Botschafter Grandval, in dem die Aufnahme von Betriebsräten in die Aufsichtsräte der unter Sequesterverwaltung stehenden Betriebe im Saarland gefordert wird.

23. Sehr anschaulich: Carola Stahl, *Die Eidechse. Eine Lebensgeschichte aus der Hüttenstadt Völklingen zwischen 1939 und 1986*, Walsheim 2000, S. 104 ff. Lebhaft erinnern sich im Frühjahr 2006 Mitglieder der IG Metall-Seniorengruppen in Völklingen und Dillingen an schwere handgreifliche Übergriffe der Meister: Im Archiv der Arbeitskammer des Saarlandes wird eine umfangreiche, bisher nicht vollständig veröffentlichte Reihe von Zeitzeugeninterviews aufbewahrt. Über die Meister sagt Helmut Gläser am 25.10.2001, S. 10 des verschriftlichten Gespräches mit Harald Glaser: „Die haben gemeint, sie wären die Herrgötter!“ In „Gewerkschaftliche Rundschau. Zeitschrift der Christlichen Gewerkschaften an der Saar CGS“, Juni, Juli 1950, wird das maßlose Auftreten von Hauern und Steigern thematisiert, die Bergleute als Halunken beleidigen und ihnen Faulheit unterstellen. Ebda., September 1950: Ein Bergmann wird wegen einer Nichtigkeit schwer verprügelt von einem Sieger, der nicht gemäßregelt wird für seine Mißhandlungen.

24. Kurz nach ihrem ersten Erscheinen am 1.7.1946 beginnt die Monatszeitschrift „Die Arbeit. Organ der Einheitsgewerkschaften der Arbeiter, Angestellten und Beamten“ mit regelmäßigen Berichten, in denen die jeweils aktuellen Lohnzettel ausführlich erklärt werden. Ebenso regelmäßig kommt es in Gewerkschaftsversammlungen zu Protesten der Mitglieder, z.B. NL Hector, F 10, Snr. 200936, Bericht der Polizei Sulzbach von 27.8.1950 über eine Versammlung des IV Bergbau am 27.8.1950 in Neuweiler. Die Bergarbeiter beklagen die Kompliziertheit der Lohnzettel, den aufgeblähten Beamtenapparat auf den Saargruben sowie die Erhöhung der Brotpreise. F 11, Snr. 100024, Überwachungsbericht der Gendarmerie Saarbrücken, 10.1.1951 über die Versammlung der IV Metall-Betriebsgruppe Burbacher Hütte: „Die anwesenden Betriebsangehörigen brachten ihre Unzufriedenheit über die Kompliziertheit der Lohnberechnung und die Unzulänglichkeit der gegenwärtig

gezählten Löhne deutlich und scharf zum Ausdruck.“ Die Regierung soll schuld sein, wenn diese keine Abhilfe schaffe, müsse sie gestürzt werden.

25. Vgl. zu den zahlreichen Klagen z.B. NL Hector, F 15, Snr. 100500 (Nicht gekennzeichnet Text, Herbst 1953): Die Kokerei der Burbacher Hütte verzeichnet einen Produktionsrückgang von 20 - 25%, Die Stundenlöhne wurden um 50 - 60 Centimes gekürzt. Ebenso: F 15, Snr. 10553 - 577, hier 560, Stimmungsbericht der Landeskriminalpolizei für Oktober 1953. F 10, Snr. 201052, Polizeibericht, anonym, 11.11.1950: Bereits im Herbst 1950 verlieren die führenden Funktionäre der Einheitsgewerkschaft wegen der unbefriedigenden Lohnsituation das Vertrauen der Mitglieder, obwohl diese keine große Streikbereitschaft, vielmehr Resignation signalisieren.

26. NL Hector, F 18, Snr. 100225, Proklamation der christlichen Gewerkschaftsopposition, 15.6.1954; Kollege Peter Giehr wird beauftragt, die Voraussetzungen zu schaffen zur Gründung einer „Unabhängigen Gewerkschaft der Saarbergleute“.

27. Allgemeine Zeitung, 19.10.1955.

28. Regelmäßig berichtet zum Beispiel „Das Saar-Echo“ im Jahre 1959 über die wirtschaftlichen Probleme der Arbeitnehmer an der Saar. Das „Saar-Echo“ erschien vom 8. Februar 1956 bis zum 20. März 1962 zweimal im Monat als Mitglieder-Zeitschrift des DGB Saar.

29. Saar-Echo, Nr. 14, 21.7.1960: „Lohnskandal um Fernsehruhen“. Der DGB Saar verwahrt sich gegen eine Behauptung der DPS, nach der die hohe Zahl der Ratenkäufe seit dem Tage X (Einführung der D-Mark, 5.7.1959) - die Zahl der Fernsehruhen an der Saar hat sich seither verzehnfacht - die Ursache für die sozialen Probleme der Arbeitnehmer sei.

30. Als Rückblick auf den erfolgreichen einstündigen Streik am 9. Juli 1959: Saar-Echo, Nr. 14, 22.7.1959: „Proteststreik - auch Demonstration der Kraft des DGB“

31. DGB Saar, Archivkeller, unverzeichneter Bestand, Alt-Signatur 102/1/2/3/4/5/OV, ohne Titel: Vereinigungsphase 1957 - 59; Alt-Signatur 141/1/2/3/S/OV, ohne Titel: Liquidation der Einheitsgewerkschaft 1956.

32. Volksstimme 7.2.1956: Auf einem außerordentlichen Kongreß in Kirkel am 5.2.1956 beschließt die EG ihre Auflösung und die Übertragung von Vermögen und Einrichtungen auf den DGB Saar. Dieser übernimmt die arbeits- und sozialrechtliche Interessenvertretung der ehemaligen EG-Mitglieder. Vgl. auch Allgemeine Zeitung, 7.2.1956.

33. Landesarchiv Saarbrücken, Nachlaß Johann Klein. Klein war führendes Mitglied der Christlichen Gewerkschaften im Saarland, von 1961 bis 1969 Mitglied des Bundestages für die CDU. Klein schreibt 1973 eine kurze (77 Blätter) Darstellung: „Die Fusion der Christlichen Gewerkschaften mit dem Deutschen Gewerkschaftsbund“. Als Gründe des Scheiterns der Christlichen Gewerkschaften auf Bundesebene nach 1955 nennt Klein, ebda., S. 34f.: 1. Häufiger Wechsel der Führung, 2. Die Abwerbung von DGB-Mitgliedern mißlingt, 3. Unorganisierte treten nicht ein, 4. Konfessionelle Arbeiterorganisationen, z.B. die Katholische Arbeiterbewegung KAB, bleiben aus, 5. die christlich-soziale Kollegenschaft im DGB ist ziemlich einflußreich bis mindestens 1960. Ebda. S. 32: Ebenfalls von Bedeutung ist die tiefe Zersplittertheit der Christlichen Gewerkschaften an der Saar nach 1955. Vor diesem Hintergrund werden die DGB-Gewerkschaften vornehmlich bei jüngeren christlichen Kollegen attraktiv.

34. Detlev Hüwel, Karl Arnold. Eine politische Biographie, Wuppertal 1980, S. 247.

35. Vgl. z.B.: Schneider, Kleine Gewerkschaftsgeschichte, S. 290 - 292

36. Umfassend informiert hierzu: Herrmann Kotthoff, Peter Ochs, Mitbestimmung an der Saar. Sozialgeschichte der Mitbestimmung in den Saarhütten und im Saarbergbau, Köln 1988.

37. Hahn, Doppelter Strukturwandel, S. 226f. Am Bergarbeiterstreik im Mai 1962 beteiligen sich 36.836 Kollegen; 257.851 Ausfalltage werden gezählt. Das ist der bei weitem größte Streik in der Bundesrepublik im Jahre 1962.

38. Archiv der Arbeitskammer des Saarlandes, Depositum Walter Stephan, unverzeichneter Bestand. Hier finden sich unter anderem 17 Ordner des früheren DGB-Kreises Saarbrücken über Lehrgänge und Seminare zu Arbeitsrecht, Betriebsverfassungsrecht, Jugendvertretung u.v.a.m., Laufzeit 1976 - 81, außerdem 2 Ordner mit Lehrplänen zu Bildungsveranstaltungen des DGB bzw. der Arbeitskammer des Saarlandes sowie 9 Ordner zur Organisation der Bildungsarbeit. In einem Ordner „Verschiedenes“ sind ausführliche Teilnehmerlisten von Veranstaltungen im Bildungszentrum Kirkel aus den Jahren 1957 - 1964 enthalten.

39. Ein erster historischer Überblick aus der Sicht der Betroffenen: IG Metall Völklingen (Hrsg.), Kurt Hartz, Die Zukunft mit Hüttenfeuer. Montanregion Saar 1975 - 1990, Völklingen 1990.

40. Betriebsrat der Firma Heckel, Burbach (Hrsg.), Heckel ist besetzt. Arbeitskampf an der Saar, o.O., o.J. (Saarbrücken 1983). Siehe auch: Busemann, Kleine Gewerkschaftsgeschichte, S. 182 - 192.

41. Gewerkschaft Holz und Kunststoff, Bezirksstelle Saarbrücken (Hrsg.), Keiner kämpft für sich allein. Der Kampf um das Streif-Werk in Losheim, o.O., o.J. (Saarbrücken 1985). Siehe auch: Busemann, Kleine Gewerkschaftsgeschichte, S. 192 - 199.

42. Gewerkschaft Holz und Kunststoff, Bezirksstelle Saarbrücken und Arbeitskammer des Saarlandes (Hrsg.), Nach 15 Monaten Kampf: „Belegschaft führt Betrieb Petri weiter!“ Ein Dokumentation, Saarbrücken 1986.

43. Archiv der Arbeitskammer des Saarlandes, Depositum Walter Stephan, unverzeichneter Bestand: Im Aktenordner „Ortskartell Sulzbach“ beginnen die ersten Informationen zu „Neue Medien“ um das Jahr 1983/84.

44. arbeitnehmer 3/1989, S. 156.

45. Archiv der Arbeitskammer des Saarlandes, Depositum HBV-Landesbezirk Saar, unverzeichneter Bestand, Akte Nr. 19, Protokolle der Landesvorstandssitzungen 1990, passim

46. Archiv der Arbeitskammer des Saarlandes, Depositum HBV-Landesbezirk Saar, unverzeichneter Bestand, Akte Nr. 19, Protokoll der Landesvorstandssitzung vom 20./21.8.1990. Der Landesvorstand erklärt sich die Situation damit, dass zu wenige jüngere Arbeitnehmer und Auszubildende eintreten oder Frauen in Teilzeitarbeit bzw. mit Pauschalarbeitsverhältnissen sich für die Gewerkschaft nicht interessieren.

47. Hahn, Doppelter Strukturwandel, S. 309, Fußn. 102 und 104, verweist darauf, dass bereits zwischen 1955 und 1967 aufgrund der Ansiedlungspolitik der Landesregierung die Erwerbstätigkeit von Frauen signifikant ansteigt.

48. arbeitnehmer 1, 1999, S. 27: Saarländische Vertreter von DAG, DPG, HBV, IG Medien



und ÖTV plädieren auf einem Forum in Kirkel für einen eigenständigen Ver.di-Landesverband. Das ist sinnvoll für die Zusammenarbeit mit der Landespolitik und der Landesverwaltung. Ein eigenständiger Landesverband wird, so rechnet man zu dieser Zeit, weit über 50.000 Mitglieder zählen. (Inzwischen sind es fast 60.000, W.B.). Im *Arbeitnehmer*, 12, 2000, S. 35 werden einige Kernpunkte der Kritik an dem Zusammenschluß aufgezählt. Danach erfolgt die Fusion zu schnell, sie ist verbunden mit dem Rückzug „aus der Fläche“, und sie führt zur Doppelstruktur von Fachgruppen und Landesbezirken. Die GEW lehnt in einer knappen Entscheidung die Fusion ab.

49. Beispielhaft: Wilfried Busemann, *Die Gründung des DGB Ortskartells Sulzbach im Jahre 1978*, in: DGB Ortsverband Sulzbach (Hrsg.), *25 Jahre DGB Ortsverband Sulzbach. Festschrift zum Jubiläum am 17.12.2003*, Sulzbach 2003, S. 1 - 39, hier: S. 37.

50. *Arbeitnehmer* 4/1997, S. 133 - 148.

51. DGB-Landesbezirk Saar, *Arbeitskammer des Saarlandes (Hrsg.), Saar-Memorandum 1997, Zur regionalpolitischen Flankierung der Anpassung im Bergbau. Eine Dokumentation, Saarbrücken o.J. (1997)*.

52. DGB Saar, *Archivkeller, unverzeichneter Bestand, ohne Signatur. Etwas 25 Aktenordner dokumentieren ausführlich die Gründungsgeschichte und die ersten Jahre der Arbeit im IGR. Einige wenige Auszüge, z.B. der Grußworte und Grundsätze der Zusammenarbeit sind veröffentlicht in: Interregionaler Gewerkschaftsrat Saar-Lor-Lux, Büro des IGR-Präsidenten Manfred Wagner (Hrsg.), 20 ans Conseil Syndical Interrégional/20 Jahre Interregionaler Gewerkschaftsrat, Saarbrücken 1996, S. 6 -23. Als erste historische Analyse aus französischer Sicht, überwiegend auf der Grundlage französischer Quellen aus Beständen der Europäischen Union: Sylvain Schirrmann, *Le conseil syndical interrégional Saar-Lor-Lux: un coin d'Europe en marche?*, in: Hans-Walter Herrmann, Rainer Hudemann, Eva Kell (Hrsg.), *Forschungsaufgabe Industriekultur. Die Saarregion im Vergleich, Saarbrücken 2004, S. 333 - 342*.*

53. *Als erste Information zur Bedeutung von Manfred Wagner für den DGB Saar: DGB Saar (Hrsg.), verantwortlich: Rolf Linsler, Eine Geschichte - ein Symbol: Manfred Wagner. DGB Saar, o.O, o. J. (Saarbrücken 1998)*

54. *Chronik Sulzbach, S. 29 - 34*.

## Die Abstimmungen 1935 und 1955 an der Saar im Vergleich

Joachim Heinz

2005 jährt sich die Abstimmungen vom 13. Januar 1935 zum 70. und die vom 23. Oktober 1955 zum 50. Mal. Zahlreiche Veröffentlichungen, ein offizieller Staatsakt zur Abstimmung 1955 und nicht zuletzt die beiden Vortragsreihen der Stiftung Demokratie Saarland haben diese Ereignisse aufgegriffen und versucht historisch und/oder politisch zu bewerten. Die Erfahrungen beider Abstimmungskämpfe, die nach Gerhard Paul gar „identitätsstiftend“<sup>41</sup> „zur Stärkung einer saarländischen Identität“ beitragen, sind im kollektiven Bewußtsein, in der politischen Kultur des Saarlandes aber auch im Bewußtsein vieler Saarländer/innen nach wie vor prägend. Hingewiesen werden soll in diesem Zusammenhang nur auf die wochenlang anhaltenden Auseinandersetzungen in den Leserbriefspalten der Saarbrücker Zeitung nachdem der Vorplatz der Kongresshalle, die als Symbol der Rückkehr des Saarlandes zur Bundesrepublik gilt, den Namen des Ministerpräsidenten des teil autonomen Saarstaates Johannes Hoffmann erhielt. Bezeichnungen wie „Separatist“, „Verräter an der deutschen Saar“ lebten ebenso wieder auf wie der Verweis auf undemokratische Zustände im Hoffmannregime. Wie schwierig eine differenzierte Darstellung und Aufarbeitung gerade der Abstimmung 1955 ist, zeigt meines Erachtens auch, dass es bisher keine wissenschaftlichen Biographien der beiden exponierten Vertreter dieses Abstimmungskampfes, Johannes Hoffmann und Heinrich Schneider, gibt.

Ich möchte den Versuch unternehmen beide Abstimmungen zu vergleichen bzw. zu hinterfragen, inwieweit ein Vergleich der Abstimmungen, der politisch-argumentativen Hintergründe und Erfahrungen aus der Abstimmung 1935 von beiden Seiten, sowohl von den Befürwortern als auch von den Gegnern des Saarstatuts 1955 zur Rechtfertigung ihrer aktuellen politischen Position herangezogen wurden oder versucht wurde die Propaganda der Gegenseite damit zu konterkarieren und wie eventuell der Ausgang der Abstimmung dadurch mit beeinflusst wurde. Ich werde in aller Kürze in jeweils 6 kurzen Punkten die wesentlichen Rahmenbedingungen der Abstimmungen 1935 und 1955 darstellen und dann wieder in sechs Schritten den angesprochenen Vergleich versuchen.

## Die Volksabstimmung am 13. Januar 1935

1. Mit Inkrafttreten des Versailler Vertrages wurde das Saarbeckengebiet beginnend mit dem 10. Januar 1920 politisch für 15 Jahre dem Völkerbund in Genf unterstellt. Ausgeübt wurde die politische Macht durch die vom Völkerbund bestimmte und ihm verantwortliche Regierungskommission, die sich bis etwa 1926 stark an den politischen Interessen Frankreichs orientierte.
2. Wirtschaftlich erhielt Frankreich insbesondere durch die Übertragung des Eigentums an den Saargruben eine dominierende Stellung im Saargebiet.
3. Nach 15 Jahren, 1935, so war es im Saarstatut des Versailler Vertrages geregelt, sollte die Saarbevölkerung in einer Volksabstimmung über ihre politische Zukunft entscheiden:
  - Vereinigung mit Deutschland,
  - Vereinigung mit Frankreich,
  - Beibehaltung der gegenwärtigen Rechtsordnung (Status quo) waren die schon im Saarstatut festgelegten Abstimmungsalternativen.
4. Bis zum 30. Januar 1933, der Machteinsetzung Adolf Hitlers in Deutschland, bestanden zu keiner Zeit ernsthafte Zweifel am Ausgang der Abstimmung für die Vereinigung mit Deutschland. Es bestand eine alle Klassen und Milieus umfassende und überlagernde nationale Einheitsfront für diese Abstimmungsalternative.
5. Die nationale Einheitsfront war politisch mehrheitlich deutschnational und klerikal konservativ ausgerichtet. Nationalistische, antifranzösische Argumentationsmuster mit der sozialen und physischen Ausgrenzung Andersdenkender waren alltäglich im Saarrevier der Völkerbundszeit. Der "Francophile", der „Französling“, so die umgangssprachliche Übersetzung mit propagandistisch eindeutig negativem Unterton, wurde zum Vaterlandsverräter schon lange bevor der Nationalsozialismus in Deutschland an der Macht war und exklusiv die politisch-propagandistische Erklärungshoheit für sich beanspruchte.
6. Der Abstimmungskampf an der Saar 1934/35 brachte den überwältigenden Erfolg für die Vereinigung mit Deutschland (90,36 %). Die Deutsche Front, eine nationalsozialistisch gelenkte Organisation, hat es äußerst geschickt verstanden in emotionaler Ansprache die Abstimmung auf die Frage „Deutschland oder Frankreich“ zu reduzieren. Hier Deutschland, dort Frankreich, hier Vaterland, dort „welche Tyrannei“. Die Emotionalität und die reduktionistische Beschränkung auf die nationale Frage ergaben das, was später das „Gefühl Deutschland“ genannt wurde, exemplarisch ausgedrückt

in dem Plakat „Deutsche Mutter – heim zu Dir!“ (Abb.1). Drohung und Gewalt seitens der Deutschen Front gegen Andersdenkende und die einseitige Stellungnahme der Katholischen Kirche für die Vereinigung mit Deutschland sind weitere Hauptgründe für das Abstimmungsergebnis. Dass die Nazis später das Ergebnis in ein Votum für Hitler umgedeutet haben, hat Johannes Hoffmann in seinen Erinnerungen als Lüge bezeichnet. „...so steht auch fest,“ schreibt Hoffmann, „daß viele die sich für die Rückkehr nach Deutschland aussprachen, sich bestimmt damit nicht zu Hitler sondern zu Deutschland bekennen wollten“.<sup>2</sup> Diese von vielen Historikern aber auch in der politischen Argumentation vielfach übernommene Wertung ist mir zu glatt, ja hat etwas von Rechtfertigungsrhetorik. Ohne an dieser Stelle darauf eingehen zu können, ist es meines Erachtens richtiger davon zu sprechen, dass viele Saarländer/innen angezogen wurden von der neuen Stärke Deutschlands, die politische Verfasstheit des Staates war nachrangig. Auch läßt die Argumentation Hoffmanns außer acht, dass sich z.B. die Katholische Kirche ideologisch durchaus mit einigen Grundsätzen des NS-Staates (z.B. dem Antimarxismus) anfreunden konnte bzw. damit übereinstimmte. Die Status quo-Seite, bestehend aus der sozialdemokratisch-kommunistischen Einheitsfront, der kleinen Gruppe des politischen Katholizismus um Johannes Hoffmann, kleiner linkssozialistischer Gruppen wie der SSP und francophiler Kleingruppen erreichte die Saarländer nicht. So wie die Parole vom Status quo oder die Parole „Für Deutschland – gegen Hitler“, die ein differenzierendes, rationales politisches Kalkül erforderten, gegen die Parole „nix wie hemm“ keine Chance hatten, hatte die Status quo-Bewegung mit ihren weitgehend emotionslosen, auf rationale Argumente setzenden Parolen insgesamt keine Chance. Es bleibt die Tragik der Status quo-Bewegung mit vielen ihrer Argumenten in fast hellseherischer Weise Recht zu behalten:

- Hitler hat an der saarländisch-französischen Grenze nicht Halt gemacht,
- nach der Rückkehr der Saar zu Deutschland wurden Österreich und das Sudetenland „heim geholt“,
- Hitler bedeutete Krieg und totalen Untergang Deutschlands und
- die Rückkehr nach Deutschland bedeutete die Rückkehr ins Reich der Unfreiheit.

Zahlreiche Exponenten der Status-quo-Bewegung mussten ins Ausland emigrieren, zum Großteil nach Frankreich, wurden vom 3. Reich ausgebürgert, beteiligten sich weiterhin in großer Zahl am Widerstand gegen das NS-Regime und mussten nach 1939/40 ihre Flucht fortsetzen, überlebten im



Abbildung 1

französischen Untergrund oder wurden von den NS-Behörden gefasst bzw. von Frankreich ausgeliefert. Einige überlebten dies trotz KZ und Zuchthaus, andere wurden von den Nazis ermordet. Beispielhaft will ich dieses Schicksal in vier Kurzbiographien von Personen erläutern, die nach 1945 zur „politischen Klasse“ gehörten:

**Richard Kirn:** 23.10.1902 in Schiffweiler geb., Bergarbeiter, seit 1923 Mitglied der SPD, seit 1925 hauptamtlicher Mitarbeiter des BAV, war er einer der Hauptorganisatoren der größten antifaschistischen Kundgebung am 26.08.1934 in Sulzbach. Am 19.01.1935 emigrierte er nach Forbach, beteiligte sich an der Beratung der Saarflüchtlinge, zeitweise bei der CGT und war teils in führender Funktion am Aufbau des Widerstandes in Frankreich beteiligt. Am 22.09.1941 wurde er vom Vichyregime an Hitlerdeutschland ausgeliefert, am 12.03.1943 durch den Volksgerichtshof wegen Vorbereitung zum Hochverrat zu acht Jahren Zuchthaus verurteilt. Am 24.04.1945 von der Roten Armee aus dem Zuchthaus Brandenburg-Görden befreit, kehrte er Ende 1945 an die Saar zurück.

**Johannes Hoffmann:** 23.12.1890 in Landsweiler-Reden geb., Teilnahme als Freiwilliger am 1. Weltkrieg; seit Ende 1918 in Berlin als Journalist tätig, übernahm er am 1.10.1929 die Chefredaktion der katholischen Saarländischen Landes-Zeitung. Am 10.02.1934 auf Druck der Hitlerregierung entlassen, gab er ab Mai 1934 die Neue Saarpost heraus und gründete Ende November 1934 den Deutschen Volksbund für christlich-soziale Gemeinschaft an der Saar. Er flüchtete nach Luxemburg, wo er nur am Rande des Existenzminimums seine vielköpfige Familie ernähren konnte. Ab Januar 1940 arbeitet er in Paris beim deutschsprachigen Radio Straßburg; nach dem deutschen Einmarsch in Frankreich interniert, gelang ihm in abenteuerlicher Weise die Flucht nach Südfrankreich und die Ausreise nach Brasilien, wo er sich als Angestellter des kanadischen Botschafters durchschlägt. Im September 1945 trifft er wieder in Saarbrücken ein.

**Heinrich Wacker:** am 18.01.1887 im württembergischen Aalen geb., Werkzeugmacher, seit 1909 Mitglied der SPD und des DMV, Teilnehmer am 1. Weltkrieg, seit 1917 bei der Fa. Schwinn in Homburg/Saar beschäftigt, 1922-1935 Geschäftsführer des Deutschen Werkmeisterbundes Saar, 1933-1935 Führer des Sozialistischen Schutzbundes an der Saar. 1935 Flucht nach Frankreich, wo er 1939 interniert wird, er überlebt als Dienstverpflichteter im Elsaß und in Karlsbad. Im Juni 1945 Rückkehr an die Saar.



**Eduard Welter:** am 08.03.1900 in Jägersfreude geboren, Bergmann dann Eisenbahner, ab 1925 Mitglied der KPD-Saar, 1929-1935 Mitglied im Gemeinderat Dudweiler; 1931 wegen seiner RGO-Politik von der Eisenbahnverwaltung entlassen, wurde er hauptamtlicher Parteiangestellter. 1933/34 im illegalen Widerstand in Deutschland, Ende 1934 wieder im Saargebiet versuchte er sich nach der Abstimmung vom 13. Januar 1935 als Vertreter über Wasser zu halten. Im Sept. 1935 von der Gestapo verhaftet und gefoltert wurde er durch Initiative seiner Frau dem Obersten Abstimmungsgerichtshof an der Saar übergeben, der ihn im Dezember 1935 freisprach. Er emigrierte nach Frankreich und kämpfte 1940 in der französischen Armee gegen die deutschen Invasoren; nach seiner Demobilisierung arbeitete er als Landarbeiter und unterstützte zeitweise die Resistance. Im November 1945 kehrt er nach Dudweiler zurück, wird Vorsitzender des IV Eisenbahn, Post und Fernmeldewesen und Stellvertreter Heinrich Wackers als Präsident der Einheitsgewerkschaft.

Ihnen wie vielen Anderen war gleich, dass

- sie die mobilisierende und manipulierende Kraft nationalistischer Propaganda schmerzlich kennen gelernt hatten;
- sie Frankreich als Flucht-, Gast- und Schutzland erlebt hatten;
- der Nationalismus nach ihrer Auffassung wesentlichen Anteil am Aufstieg des Nationalsozialismus hatte und somit mitverantwortlich für Zerstörung und millionenfachen Tod war;
- die nationalstaatliche Restauration Deutschlands - die Mitte 1945 eh für kaum jemand vorstellbar war - war daher für sie und ihre saarländische Heimat unvorstellbar;
- 1933/35 und die Folgen für sie zum traumatischen Erlebnis geworden waren.

### Die Abstimmung vom 23.10.1955

1. In der politischen und wirtschaftlichen Situation 1945/46 gab es keine ernsthafte Alternative zur politischen Entwicklung an der Saar, die zum wirtschaftlichen Anschluss des Saarlandes an Frankreich, dem teilautonomen Saarstaat mit der politischen Trennung von Deutschland führte. Der Dudweiler Sozialdemokrat Ernst Kunkel hat die Situation Mitte 1945 wie folgt beschrieben: „Dass die Bevölkerung angesichts der schlimmen Erfahrungen mit dem Dritten Reich jetzt andere Sorgen hatte, als die um Deutsch-

land, liegt auf der Hand. Jedem an der Saar, ich sage ausdrücklich und ohne Einschränkung, JEDEM lag das Hemd näher als der Rock. Es ging ums Überleben. Es ging zuerst darum „nix wie hemm“ zu kommen, diesmal in Richtung Saargebiet und sei es in die Ruinen. Es ging darum sobald wie irgend möglich Arbeit zu bekommen und wieder Geld zu verdienen. Die nationalen Gefühle waren zerbombt wie die Städte. Hilfe aus Deutschland war nicht zu bekommen. Dort sah es nicht anders aus als an der Saar.“<sup>3</sup>

2. Die nationale Frage spielte in der konkreten historischen Situation an der Saar keine Rolle – wobei ich hier bewußt MLS/MRS und KP nicht betrachte, weil sie für diese Fragestellung kaum Relevanz besitzen. Sei es weil sie vor dem Hintergrund der Abstimmung 1933/35 und der Nazi Herrschaft mit ihren einzigartigen Verbrechen und der totalen Niederlage Deutschlands für den Großteil der zurückkehrenden Emigranten zukünftig keine Rolle mehr spielen durfte. Europäische Lösungen jenseits nationalstaatlicher Organisation wurden angedacht. Sei es, „weil einem das Hemd näher war als der Rock“, sprich: es ging um Hunger, Not, ums Überleben. Weil auf der einen Seite ein attraktives französisches Konzept stand (keine Demontagen, keine zusätzlichen Flüchtlinge aus dem Osten, schnelle Versorgung des Saarlandes mit Lebensmitteln und anderen Waren aus Frankreich), dem auf der deutschen Seite gar nichts, nicht einmal die Sicherheit, dass es jemals wieder einen deutschen Staat geben würde, entgegenstand, haben sich die Saarländer dezidiert für das französische Konzept entschieden; dezidiert auch viele von denen, die später in der prodeutschen Opposition zu finden waren. Ich stelle dies ohne jeglichen mißfälligen Unterton fest.
3. Aber: die Frage der nationalen Zugehörigkeit der Saar zu Deutschland war – und dies ist meines Erachtens als strukturelles Problem im teil autonomen Saarstaat zu wenig heraus gearbeitet worden – von Anfang an latent und mit fortschreitender Zeit immer offener vorhanden. Stichwortartig möchte ich folgende Hinweise anführen:
  - schon in der Zeit der französischen Emigration gab es unter den Sozialdemokraten Anhänger für den politischen Anschluss der Saar an Frankreich, andere waren für eine europäische Lösung, eine dritte Gruppe war für ein Verbleiben der Saar bei Deutschland. Karl Mössinger vor 1935 wie auch nach 1945 einige Zeit Landessekretär der SPD/SPS, der im Oktober 1945 im Auftrag der Union des Réfugiés Sarrois en France eine Inspektionsreise ins Saarland unternahm, prophezeite „heftige Auseinandersetzungen“ innerhalb der Sozialdemokratie an der Saar über die nationale Zukunft des Saarlandes. Es gebe, so Mössinger, „Annexionisten, Autonomisten, Einhalb-, Einviertel-autonomisten und auch einige,

- welche absolut zu den Richtlinien der Gesamtpartei in Deutschland bezüglich der zukünftigen Grenzziehung stehen.“<sup>4</sup>
- Sowohl in SPS als auch in der CVP gab es von Anfang an eine relevante Minderheit gegen die Präambel der saarländischen Verfassung, die den Wirtschaftsanschluss an Frankreich und die politische Trennung von Deutschland festschrieb.
  - Die DPS wurde erst verspätet zugelassen, weil sie diese Prinzipien nicht akzeptieren wollte.
  - Das Hirtenwort des Trierer Bischofs Bornewasser unterschied sich im Hinweis auf die sittliche Pflicht zur Treue zum Vaterland 1955 kaum von dem des Jahres 1934.
  - Grandval lehnte eine Volksabstimmung über die Verfassung ab, weil er die nationale Agitation der Katholischen Kirche fürchtete.
  - Ministerpräsident Hoffmann versuchte durch strikt christlich-katholische Ausrichtung seiner Politik z.B. im Bereich der Konfessionsschule und mit der großzügigen staatlichen Unterstützung von Kirchenneubauten den Unmut in der nationalen Frage vieler katholischer Dechanten im Saarland im Zaum zu halten. Weitere Beispiele ließen sich anfügen.
4. Ich hatte im Rahmen der Ausführungen zur 35er Abstimmung auf das Trauma vieler Statusquoler, die dann nach Frankreich emigrierten und nach 1945 führende Positionen in Politik, Einheitsgewerkschaft und (Sozial-)Verwaltung innehatten, hingewiesen. Armin Heinen hat es prägnant formuliert: „Das Trauma der nationalsozialistischen Mobilisierungsdiktatur bildete die .... Grundlage der autoritären Demokratie Johannes Hoffmanns.“<sup>5</sup> Sowohl Frankreich als auch die verantwortlichen Saarpolitiker mißtrauten der politischen Einsichtsfähigkeit der Saarländer. „Die Saarländer“ fährt Heinen fort „waren in ihren Augen noch nicht reif für die vollkommene Demokratie, mußten noch erzogen werden zu wahren, zu europäischen Staatsbürgern, bedurften des Schutzes gegenüber der nationalistischen Verlockung.“<sup>6</sup> „So lebten die Saarländer in einer „Demokratie unter pädagogischem Vorbehalt“ ohne sich recht erziehen zu lassen“, formuliert Heinen.<sup>7</sup>
5. Die lebensgeschichtlich bedingte Angst führender Saarpolitiker vor erneuter nationalistischer Propaganda und Auseinandersetzung führte zu teils undemokratischen (Über-)Reaktionen, dem Verbot politischer und gewerkschaftlicher Organisationen, der Nichtzulassung prodeutscher Parteien und Medien. Dies führte umso mehr zu Legitimationsschwierigkeiten des teil autonomen Saarstaates je stärker das Wirtschaftswunderland Bundesrepublik zur wirtschaftlichen und politischen Alternative wurde. „Da nie-

- mand mehr Hunger hatte, war Patriotismus wieder „in“..“ schreibt Ernst Kunkel.<sup>8</sup>
6. Der Saarstaat ist in der Vergangenheit vielfach wegen seiner auch im gesamt-europäischen Rahmen gesehen hohen Standart der Sozialleistungen gewürdigt worden. Aber dies ist nur die eine Seite der Medaille. Ebenso wahr ist, was vor zehn Jahren Hans-Christian Herrmann als „gescheiterte Sozialpartnerschaft“ heraus gearbeitet hat.<sup>9</sup> Ich kann in diesem Zusammenhang auf den Beitrag des Kollegen Busemann im Rahmen dieser Vortragsreihe verweisen. In seiner kleinen Geschichte der saarländischen Gewerkschaften nach 1945 hat er ausführlich dargestellt, dass die Sozial- und Wirtschaftsverfassung des Saarstaates die Gewerkschaften weitgehend von Mitbestimmung und sozialpolitischer Mitverantwortung ausschloss. „...die sozialpolitische Emanzipation wird verweigert, die Arbeitnehmer müssen sich zunehmend vorkommen wie Staatsbürger zweiter Klasse...die Gewerkschaftskrise wird zur Staatskrise selbst“,<sup>10</sup> formuliert Busemann treffend. Unter Beachtung dieser Rahmenbedingungen ist die Auseinandersetzung im Abstimmungskampf 1955 zu sehen.

### Die Abstimmungen 1935 und 1955 im Vergleich

1. Vergleiche auf der Ebene personeller Verbindungen
- Zahlreiche führende Vertreter der Status quo- Bewegung 1935 waren führend bei den Befürwortern des Europäischen Statuts, den „Ja“-Sagern: Johannes Hoffmann, Richard Kirn, Heinrich Wacker, Angela Braun, Georg Schulte oder Ernst Kunkel als Beispiel. Führende Verfechter der Deutschen Front 1935 fanden sich auf der Seite der „Nein“- Sager, die das Europäische Statut der Saar ablehnten: Heinrich Schneider, Richard Becker, Johann Ecken, der erste DPS-Vorsitzende, Wilhelm Martin, der christliche Gewerkschafter Karl Hillenbrand und Dr. Hubert Ney als Beispiel. Es gab natürlich auch biographische Brüche, etliche Anhänger des Status quo 1935 fanden sich 1955 auf der Seite der Gegner des Statuts: Die Kommunisten Fritz Nickolay und Fritz Basel, die Sozialdemokraten Kurt Conrad, Karl Etienne, Friedrich und Werner Wilhelm oder die Gewerkschafter Alois Schmitt und Richard Rauch. Eher selten war der umgekehrte Weg von der Deutschen Front 1935 zur Seite der Befürworter des Europastatuts 1955, der auch politisch einflussreiche saarländische Dichter Johannes Kirschweg wäre zu nennen. Durch das heftige Aufeinanderprallen der beiderseitigen Führungspersönlichkeiten Hoffmann, Kirn einerseits und Schneider andererseits wurden in der öffentlichen Wahrnehmung die Fronten von 1935 mit denen von 1955 weitgehend gleichgesetzt



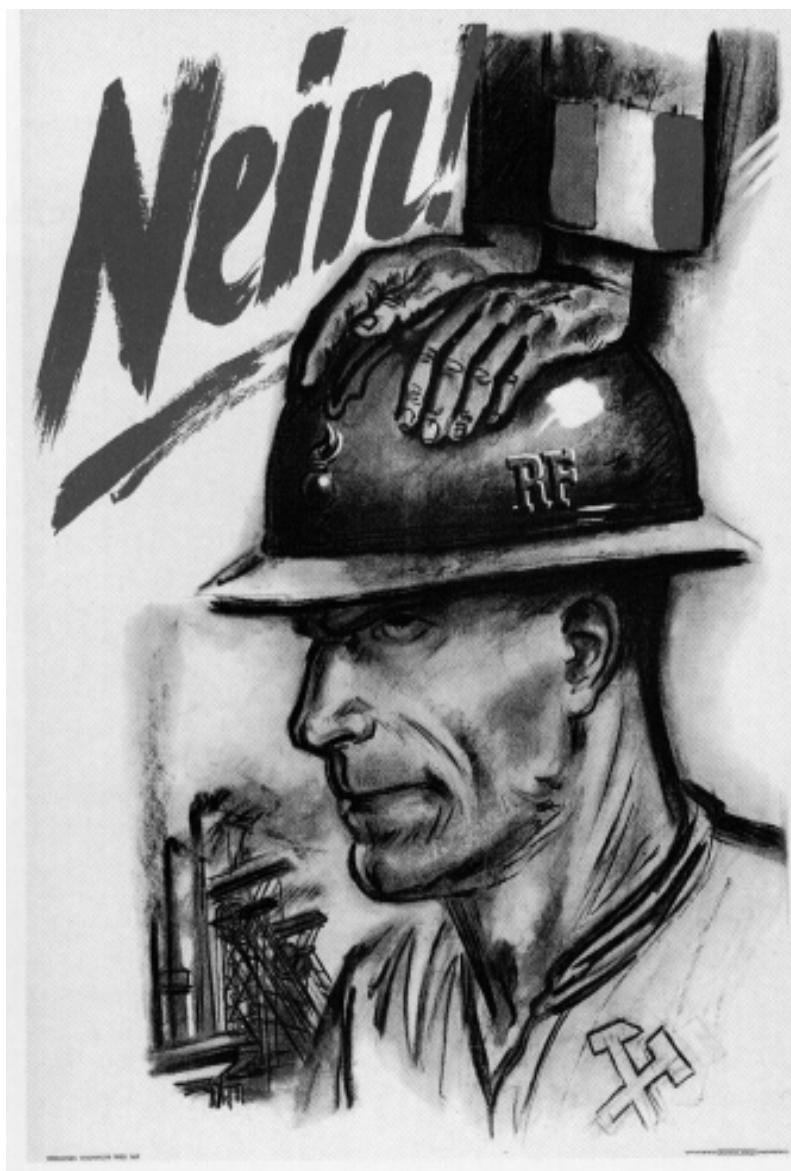


Abbildung 2



Abbildung 3

2. Wenn auch wesentlich lockerer organisiert wie 1934/35 standen sich die zwei Fronten personell teilweise in identischer Besetzung wieder gegenüber. Die Parteien des Deutschen Heimatbundes führten gemeinsame Veranstaltungen durch, die in vielem an die emotionsgeladenen Treueveranstaltungen der Deutschen Front erinnerten. „Besonders inbrünstig gebärdete sich Heinrich Schneider von der DPS, dessen Zuhörer mit Marschmusik, der Saarhymne und der ersten Strophe des Deutschlandliedes einstimmt wurden auf die Parole „Saarbevölkerung erneuert ihren Schwur von 1935.“<sup>11</sup> In diesem Zusammenhang ist daran zu erinnern, dass Heinrich Schneider 1933 als Saarreferent im Preußischen Innenministerium und NSDAP-Mitglied wesentlich an der Ausarbeitung der Saarpropaganda des Deutschen Reiches und der NSDAP beteiligt war.<sup>12</sup> Und er machte sich die „erfolgreichen“ Erfahrungen aus der Saarabstimmung 1935 zu Nutzen:
- die DPS emotionalisierte ihre Propaganda beispielhaft dargestellt an den Plakaten „Nein“ (Abb. 2) und „Mutter! nein“ (Abb.3). Beide Plakate erinnern deutlich an Propagandaplakate vor 1935; damals wie aktuell wurden emotional antifranzösische Vorurteile wiederbelebt. Frankreich will die wehrlose Saar vom deutschen Vaterland, von der deutschen Mutter rauben.
  - Gleichzeitig wurde die nationale Frage wieder in den Mittelpunkt gerückt, die Argumentationskette verlief wie folgt: Deutscher Heimatbund = Deutschland = Nein zum Statut = Nein zum Hoffmannstaat. Die DSP plakatierte: „Die Saar bleibt deutsch“. Wer dagegen war mußte zwangsläufig Separatist und Vaterlandsverräter sein. In einem Plakat der DPS „1939-1945 hetzten sie gegen Deutschland – Heute mißbrauchen sie unsere Toten“ (Abb.4) werden in übelster Polemik die Geschichte auf den Kopf stellend Justizminister Heinz Braun und Ministerpräsident Hoffmann als Hetzer gegen Deutschland diffamiert; einmal antideutscher Hetzer immer antideutscher Hetzer, so der suggerierte Bildinhalt. Besonders infam ist, dass die Karikaturen der beiden Politiker durchaus die aus der Nazipropaganda bekannten typisch semitischen Gesichtszüge aufweisen.
  - Propagandistisch geschickt, ebenfalls in Anlehnung an die Erfahrungen von 1934/35 lenkte die DPS von der eigentlichen Fragestellung Ja oder Nein zum Statut ab, indem sie mit der Formel „Der Dicke muss weg“ (Abb.5) die Abstimmung in eine Abrechnung mit dem zunehmend unbeliebten Hoffmannregime umfunktionierte.
  - Heinrich Schneider beließ es aber nicht beim Rückgriff auf die „bewährten“ Propagandamethoden sondern bediente sich auch bewährtem Werbung



Abbildung 4





Abbildung 5

sonal. Der Entwurf des zuerst als Klebezettel entworfenen Slogans „Der Dicke muss weg“ und das Plakat „DPS – wir sind wieder da!“ (Abb.6) in dem mit den Worten von Heinrich Schneider als „äußeres Symbol“ für die DPS „der die deutsche Seite verkörpernde Adler“<sup>13</sup> dargestellt ist, stammen beide von dem mit dem Kürzel „XIM“ zeichnenden saarländischen Grafiker Hermann Müller. Das DPS-Plakat mit dem Adler erinnert stark an eines, das von Müller 1940 entworfen wurde und einen auf einem Hakenkreuz abgestützten Adler zeigt. Als Text enthält es einen Ausschnitt aus der Rede des NSDAP-Gauleiters Bürckel vom 21. September 1940 in Metz nach der Eroberung Lothringens: „Gnade und Ehre ist es Deutscher zu sein!“<sup>14</sup> Andere Plakate zum Beispiel das schon eben erwähnte „1939-45 hetzten sie gegen Deutschland“ wurde von Hans Schweitzer entworfen. Seit 1926 signierte Schweitzer seine Plakate mit Mjölhnir und nannte sich auch so in Anspielung auf den Hammer des Donnergottes Thor aus der germanischen Mythologie. Mjölhnir war der bedeutendste NS-Plakatgestalter der 1920er Jahre und enger Mitarbeiter Goebbels. Im Abstimmungskampf 1934/35 hatte er das Plakat „Deutsche Mutter - heim zu dir!“ gestaltet. Ab 1935 war er Reichsbeauftragter für künstlerische Formgebung beim Reichsministerium für Volksaufklärung und Propaganda, 1938 wurde er von Hitler zum Professor ernannt. Nach dem Krieg wurde er von den Amerikanern im Lager Neuengamme interniert und 1948 wegen Mitgliedschaft in der SS zu einer Geldstrafe verurteilt, die aber gegen seine Haftzeit aufgerechnet wurde. In den 50er Jahren entwarf er wieder Plakate für das Presse- und Informationsamt der Bundesregierung, in den 60er Jahren arbeitete er für die NPD-Zeitung Deutsche Nachrichten.<sup>15</sup>

3. Die Argumentation der „JA-Sager“ litt ähnlich der Status quo-Bewegung vielfach an fehlender emotionaler Ansprache. Fast buchhalterisch gestaltete Rechenschaft über die sozialen und politischen Erfolge im Saarstaat standen neben nüchternen Leistungsbilanzen. Gemäß der nach ihrer Vorstellung gegenüber der Saarbevölkerung notwendigen Erziehungsarbeit wurde rationale Aufklärung über die intendierten Folgen des Saarstatuts versucht. Kunkel formulierte rückblickend bezogen auf den Abstimmungskampf der SPS: „Wir sprachen von europäischer Einigung, sachkundig, trocken, langweilig. Von Begeisterung keine Spur!“<sup>16</sup>
4. So wie die Deutsche Front 1934/35 ein klares Ziel „Vereinigung mit Deutschland“ verfolgte, konnte der Deutsche Heimatbund 1955 ein klar umrissenes Ziel angeben. Nein zum Statut = Weg mit dem Hoffmannregime = Deutsch die Saar. Die „Ja-Sager“ konnten kein konkret umrissenes Ziel angeben. Die



Abbildung 6

für das Statut mußte inhaltlich und in bezug auf die Zeitperspektive äußerst vage und spekulativ bleiben. „Das Statut war zunächst nichts als ein Papier, Zukunftsmusik, wenn man so will, dem die Realität des „angestammten Vaterlandes“ gegenüber stand“ erinnert sich Kunkel.<sup>17</sup> Was bedeutete 1955 Europa? War nicht gerade der EVG-Vertrag in der französischen Nationalversammlung gescheitert? Was bedeutete zukünftig Autonomie des Saarstaates mit einem Kommissar der WEU? Warum sollte gerade das kleine Saarland europapolitischer Vorreiter sein? In der Literatur ist schon mehrfach darauf hingewiesen worden, dass die Heimat verbundenen Saarländer mit dieser Vorstellung überfordert waren.<sup>18</sup> Dass das Europäische Statut bis zum Abschluss eines Friedensvertrages nicht mehr in Frage gestellt werden konnte, was in der damaligen historischen Situation des Kalten Krieges fast als endgültige Lösung zu verstehen war, stärkte die Unsicherheit gegenüber dieser Lösung und damit letztendlich die Ablehnung. Hinzuweisen ist, dass sich die Status quo - Bewegung 1934/35 in ähnlichen Erklärungsnotwendigkeiten befand. Es gab keine offizielle Festlegung wie die Status quo - Regelung nach 1935 aussehen sollte und die Bemühungen der SPD-Saar vom Völkerbund eine Zusage für eine zweite Abstimmung zu einem Zeitpunkt wenn Hitler nicht mehr an der Macht ist zu erlangen, waren vergeblich, so dass für potentielle Status quo - Wähler die Befürchtung bestand, das Nein zur Rückkehr der Saar zu Deutschland könnte endgültig sein.

5. Dort wo die Statutbefürworter mit Emotionalität und propagandistischer Schärfe dem Heimatbund entgegentraten, blieben sie oft Gefangene ihrer traumatischen Erlebnisse von 1934/35 und dem daraus resultierenden pädagogisch-erzieherischen Politikansatz gegenüber der Saarbevölkerung. Da wurde das Saarstatut als Schlüssel zum Frieden verkauft; „Nie wieder Krieg“ sei nur mit dem „Ja“ verbunden, als hätte ein „Nein“ Kriegsgefahr beschworen. Argumentationen, die aus der Erfahrung der Emigranten nach 1934/35 verständlich waren, aber keinen Bezug zur aktuellen politischen Situation hatten. Die CVP stellte Heinrich Schneider in Hitleruniform mit zum Hitlergruß erhobenem Arm und Schwurhand dar; Mit der Textzeile „So etwas wollen wir nie wieder!“ wurden die Leser aufgefordert „Deshalb ja zum Saar-Statut“. Die Gruppe Neues Europa und die Europa-Union antworteten auf das DPS-Plakat mit dem Adler „DPS – Wir sind wieder da!“ mit dem Plakat „Sie sind wieder da – Die Nationalisten! Nicht mehr da sind 52 Millionen Tote des letzten Krieges!“ (Abb.7). Die Assoziation des Bildes war klar: Am 23. Oktober sollte den neuen/alten Nationalisten keine Chance mehr gegeben werden.



Abbildung 7

6. Aus der Erfahrungswelt der Hitlergegner von einst mag dies alles logisch sein. Total übersehen wurde bei dieser Art Plakatwerbung, dass dies aber nicht die Erfahrungswelt des weit überwiegenden Teils der Saarbevölkerung war. Deren Erfahrungswelt entsprach nämlich viel eher derjenigen führender Mitglieder des Heimatbundes: Mitglied der Deutschen Front, Mitläufer oder auch Mitglied in NS-Organisationen ohne sich persönlich großer Verbrechen schuldig gemacht zu haben, aber erst recht mit keinerlei Sympathie für Emigranten und Widerstand, Kriegsteilnahme, Gefangenschaft und Entnazifizierungsverfahren. Die Entscheidung der Saarländer mit diesem Sozialisierungshintergrund für das „Nein“ war auch ein „Nein“ gegen die ständigen als Bevormundung empfundenen Erziehungsversuche des von Frankreich abhängigen autonomen Saarstaates und für viele eine Rehabilitation ihrer Entscheidung von 1935. „So erweckt der Propagandafeldzug der Nein-Parteien“, schreibt Jürgen Hannig, „in vielem den Eindruck, als ob man die Entscheidung von 1935 gewissermaßen nachträglich in einem symbolischen Akt rechtfertigen müsse. 1935 hatte man sich für die Tyrannei einer faschistischen Diktatur entschieden....zwanzig Jahre später war die Chance gegeben, mit den gleichen nationalen Argumenten sich „richtig“ zu entscheiden. Für einen unbezweifelbar demokratischen Rechtsstaat....der Triumph des Heimatbundes war auch eine verspätete „Rache“ der Besiegten von 1945 an den ehemaligen Gegnern von 1933/35.“<sup>19</sup> Ich ergänze: die Propaganda der Statutbefürworter gegen die „Nationalisten“ hat die Wirkung der Heimatbundparteien noch verstärkt, weil sie mit einer biographisch begründeten Solidarisierung zahlreicher Saarländer mit den Heimatbund-Parteien einherging und damit genau das Gegenteil dessen bewirkte, wie von den „Ja“-Sagern gewollt. Ich bitte zu beachten, dass es hier nicht um die Frage geht, war die politische Argumentation der „Ja“-Sager inhaltlich richtig, sondern es geht allein darum, wie sie auf die Saarbevölkerung gewirkt hat.
7. Wie ich gezeigt habe, gibt es auf verschiedenen Ebenen Beziehungsgeflechte zwischen den Abstimmungen von 1935 und 1955. Vergleiche auf personeller Ebene, der organisatorischen und politisch-propagandistischen Ausführung der Abstimmungskämpfe lassen sich ziehen. Bei allen Vergleichsebenen darf natürlich nicht übersehen werden, dass die Abstimmungen 1935 und 1955 in vielem gerade nicht vergleichbar sind. Vor allem, und dies ist der bedeutendste Unterschied, das Nein und damit das Votum für Deutschland 1955 war ein Votum für ein Deutschland, das die Status quo-Anhänger 1935 ersehnt hatten. Gerade in dieser Hinsicht versagte die Propaganda der Statutbefürworter 1955. Also: 1955 war keine Variation oder





Abbildung 8

gar Wiederholung von 1935. Aber die Abstimmung von 1955 war eine Abstimmung im Schatten von 1935, worauf nicht zuletzt die in vielen saarländischen Orten benutzte Plakatserie des Deutschen Heimatbundes „1935 stimmten im Wahlkreis...“ (Abb.8) hinweist.

### Verzeichnis der Abbildungen:

1. G. Paul und R. Schock, Saargeschichte im Plakat 1918-1957, Saarbrücken 1984, S.69
2. Gerhard Ames/Ludwig Linsmayer (Hrsg.), Ja und Nein. Das Saarreferendum von 1955, Merzig 2005, S.85
3. Saargeschichte im Plakat, S.181
4. Ebenda, S.180
5. Ja und Nein, S. 145
6. Ebenda, S.135
7. Ebenda, S.137
8. Ebenda, S.115

### Anmerkungen

<sup>1</sup> *Das Saarland. Politische, wirtschaftliche und kulturelle Entwicklung. Chef der Staatskanzlei (Hrsg.), Saarbrücken 2. Auflage 1991, S.50*

<sup>2</sup> *Johannes Hoffmann, Das Ziel war Europa. Der Weg der Saar 1945-1955, München 1963, S.43*

<sup>3</sup> *Ernst Kunkel, Dokumente und Erinnerungen zur Geschichte der SPS 1935-1956, S.81f.*

<sup>4</sup> *Zitiert nach: Gerhard Paul, Klaus-Michael Mallmann, Milieu und Widerstand. Eine Verhaltensgeschichte der Gesellschaft im Nationalsozialismus (Widerstand und Verweigerung im Saarland 1935-1945. Herausgegeben von Hans-Walter Herrmann Band 3), Bonn 1995, S.324*

<sup>5</sup> *Armin Heinen, Saarjahre. Politik und Wirtschaft im Saarland 1945-1955. (Historische Mitteilungen im Auftrage der Ranke-Gesellschaft, Vereinigung für Geschichte im öffentlichen Leben e.V., herausgegeben von Michael Salewski und Jürgen Elvert, Beiheft 19), Stuttgart 1996, S.559*

<sup>6</sup> Ebenda<sup>7</sup> Ebenda, S.238<sup>8</sup> Kunkel, S.162<sup>9</sup> Hans-Christian Herrmann, *Sozialer Besitzstand und gescheiterte Sozialpartnerschaft. Sozialpolitik und Gewerkschaften im Saarland 1945 bis 1955*, Saarbrücken 1996<sup>10</sup> Wilfried Busemann, *Kleine Geschichte der saarländischen Gewerkschaften nach 1945 (Arbeitskammer des Saarlandes, Beiträge)*, Saarbrücken 2005, S.81<sup>11</sup> Rudolf Walther, *Brudermörder Adenauer*, *Die Zeit* Nr. 43 v. 20. Oktober 2005<sup>12</sup> Gerhard Paul, *Deutsche Mutter heim zu Dir! Warum es mißlang, Hitler an der Saar zu schlagen. Der Saarkampf 1933 bis 1935. Mit einem Vorwort von Eike Hennig*, Köln 1984, S.69f.<sup>13</sup> Heinrich Schneider, *Das Wunder an der Saar. Erfolg politischer Gemeinsamkeit*, Stuttgart 1974, S.444<sup>14</sup> Renate Talkenberg-Bodenstein, *Politik im Bilde. Zur Ikonographie politischer Plakate aus dem ersten Nachkriegsjahrzehnt im Saarland*, in: *Mehr als nur Reklame. Saarländische Gebrauchsgraphik 1945-1960*, S.40-63 (53f.). *Dort auch die Abbildung des Plakats von 1940, S.54 unten rechts.*<sup>15</sup> Gerhard Paul, *Aufstand der Bilder. Die NS-Propaganda vor 1933*. Bonn 1990, S.161-164.<sup>16</sup> Kunkel, S.162<sup>17</sup> Ebenda, S.163<sup>18</sup> Heinen, *passim*.<sup>19</sup> Jürgen Hannig, *Separatisten? Nationalisten? Zum Abstimmungskampf 1955*, in: *Hudemann, Rainer; Poidevin, Raymond (Hrsg.), Die Saar 1945-1955. Ein Problem der europäischen Geschichte*, München 1992, S.381-396 (396).

## Kurzbiografien

### Busemann, Wilfried

Gewerkschaftshistoriker, Studium der Geschichte und Politischen Wissenschaften an den Universitäten Bonn und Köln, seit 1994 berufstätig im Saarland. Arbeitsschwerpunkte: Geschichte der Gewerkschaften und der politischen Parteien im Saarland nach 1945, saarländische Alltagsgeschichte, Geschichte der „Entschädigung“ der saarländischen Opfer des Nationalsozialismus; verschiedene Archivierungsprojekte in Deutschland und Frankreich. Zahlreiche Veröffentlichungen, zuletzt: „Kleine Geschichte der saarländischen Gewerkschaftsbewegung seit 1945“, Saarbrücken 2005.

### Hahn, Dr. Marcus

Dr. phil. Marcus Hahn, Jahrgang 1969, stammt aus Marpingen und hat Geschichte, Germanistik und Theologie studiert. Er wurde 2003 mit einer Arbeit zu dem Thema „Das Saarland im doppelten Strukturwandel 1956-1970. Regionale Politik zwischen Eingliederung in die Bundesrepublik Deutschland und Kohlekrise“ promoviert. Seine Arbeitsschwerpunkte liegen in den Bereichen Regionalgeschichte, Wirtschaftsgeschichte und historische Fachinformatik. Marcus Hahn war wissenschaftlicher Mitarbeiter am Lehrstuhl für neuere und neueste Geschichte am Historischen Institut der Universität des Saarlandes, lehrt am premier cycle international de Sciences Po Paris in Nancy und ist zur Zeit Studienreferendar am Staatlichen Studienseminar Neunkirchen.

### Heinz, Joachim

Studium Jura, Politikwissenschaft, Zeit- und osteuropäische Geschichte in Saarbrücken. Viele Jahre freiberuflich in der Erwachsenenbildung u.a. der Friedrich-Ebert-Stiftung, bei DGB-Gewerkschaften und der Arbeitskammer des Saarlandes tätig, seit 1990 im Ministerium für Umwelt beschäftigt. Er hat zahlreiche Veröffentlichungen zur Geschichte der (saarländischen) Arbeiterbewegung und zur Saargeschichte verfasst.

**Herrmann, Dr. Hans-Christian**

Archivoberrat am Staatsarchiv Leipzig, geb. 1964 in Saarbrücken, Studium der Geschichte, Germanistik und Erziehungswissenschaften an der Universität des Saarlandes (1986-1992), Promotion zur Geschichte der Sozialpolitik und der Rolle der Gewerkschaften in der Hoffmann-Zeit (1996), Archivreferendar am Staatsarchiv Münster (1995-1997); seit 1997 im sächsischen Archivdienst, 2001 Stage am Nationalarchiv in Paris, zahlreiche Veröffentlichungen zur saarländischen Landesgeschichte, zur Geschichte der Stadt Saarbrücken und zu den Außenbeziehungen der DDR zur westlichen Welt, v. a. Frankreich und Japan.

**Kimmel, Prof. Dr. Adolf**

Studium der Geschichte und der Politikwissenschaft an den Universitäten Würzburg, FU Berlin und Paris (Sorbonne und Institut d'Etudes Politiques). 1967 Promotion für Neuere Geschichte an der FU Berlin. 1970 bis 1978 Assistent und Assistenzprofessor am Historischen Institut der Universität des Saarlandes, 1979 Habilitation für Politikwissenschaft an der Universität des Saarlandes. Professor für Politikwissenschaft an verschiedenen Universitäten, zuletzt an der Universität Trier.